

Basler Stadtbuch
Dossier 2020

Von der Klimademo zum Klimastreik
Hanna Girard

Von der Klimademo zum Klimastreik

Hanna Girard

Am 21. Dezember 2018 giesst es wie aus Kübeln. An diesem Freitagmorgen brechen in Basel 1'500 Schülerinnen und Schüler zum ersten Mal zu einem Klimastreik auf. Ihr Vorbild ist die 15-jährige Greta Thunberg, die Freitag für Freitag vor dem schwedischen Parlament in Stockholm für ein besseres Klima protestiert. Die Jugendlichen tragen an jenem Tag die Kapuzen ihrer Regenjacken tief ins Gesicht gezogen, in den Händen selbst bemalte Schilder, Pappkartons und Transparente. «Make Earth Great Again» (sic) oder «Handeln für den Wandel» steht da geschrieben. Von Schulhaus zu Schulhaus zieht der Tross, immer mehr Schülerinnen und Schüler schliessen sich an. «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut», skandiert eine Stimme scheppernd aus einem Megaphon. Die Jugendlichen wollen ein Zeichen setzen, ein Zeichen gegen den Klimawandel, ein Zeichen gegen die Untätigkeit der Politik. «Wir wollen zeigen, wie viele wir sind, die für diese Sache einstehen», sagt eine der Schülerinnen zu einem Reporter von Telebasel. «Es ist so, als gingen wir jeden Tag nach Hause, um unser Haus zu zerstören, und niemand unternimmt etwas dagegen».¹

Und jetzt, wie gehen wir damit um?

Die Bewegung nimmt Fahrt auf. Die Schulleitungen sowie das Erziehungsdepartement (ED) reagieren zu Beginn überfordert. Das politische Engagement der Jugendlichen wird zwar begrüsst, trotzdem wird schnell klar: Das ED duldet keine Schulabsenzen – was im Grosse Rat für hitzige Diskussionen sorgt. SP-Grossrat Bodo Baumgartner bemerkt an einer Parlaments-sitzung: Die Schülerinnen und Schüler würden im Unterricht für den Klimawandel sensibilisiert, und wenn sie etwas dagegen unternähmen, bestrafe man sie mit einem Absenz-Eintrag.² Für Baumgartners Bitte, bei der Teilnahme am Klimastreik eine Ausnahme zu machen, hat die Regierung kein Gehör. Das Streikrecht in der Verfassung beziehe sich auf ein Arbeitsverhältnis, der Klimastreik sei somit kein Streik in diesem Sinn, erklärt Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger stellvertretend für den abwesenden Erziehungsdirektor Conradin Cramer.

Cramer trifft sich im Vorfeld des zweiten Klimastreiks mit einer Delegation Schülerinnen und Schüler, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Sie fordern einen Einsatz im Dienst der Umwelt als Kompensation für das Fernbleiben vom Unterricht – zum Beispiel das Rheinufer zu putzen. «Wer streikt, soll auch Konsequenzen in Kauf nehmen und ein Zeichen setzen», so eine Jugendliche. Obwohl das ED hart bleibt und ein Absenz-Eintrag droht, gehen am 18. Januar 2019 einige hundert Schülerinnen und Schüler statt zur Schule an die Klima-Demonstration. «Wieso für eine Zukunft lernen, die es bald einmal nicht mehr gibt» oder «Natur statt Matur», steht auf ihren Schildern geschrieben.³

Basel ruft den Klimanotstand aus

In Riehen fordert das neu gegründete Komitee «Riehener Jugend» den Gemeinderat auf, den Klimanotstand auszurufen. Der Gemeinderat solle Massnahmen ergreifen, damit «alle durch die Gemeindebehörden verantworteten Handlungen und Prozesse keine Treibhausemissionen verursachen oder deren Emissionen vollständig kompensiert werden».⁴

Was in Riehen gefordert wird, gelingt bald darauf in Basel. Kurz nach einer Demonstration mit etwa 4'000 Teilnehmenden – darunter auch viele Eltern und Grosseltern – sind sich zahlrei-

¹ <https://telebasel.ch/2018/12/20/am-freitag-streiken-die-schueler/?channel=105100> (Zugriff: 12.10.2020).

² <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/kein-pardon-fuer-klimastreik-gibt-es-in-basel-unentschuldigte-absenz> (Zugriff: 07.10.2020).

³ <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/streiken-statt-bueeffeln-basler-jugendliche-verlangen-bessere-klimapolitik> (Zugriff: 12.10.2020).

⁴ <https://www.bazonline.ch/contentstationimport/in-riehen-herrscht-kein-klimanotstand/story/16512394> (Zugriff: 12.10.2020).

che Parlamentarier einig, «dass die Empörung der Schülerschaft verständlich ist, und die Politik nicht die Hände in den Schoss legen darf».⁵ Die Grossräte Lisa Mathys (SP) und Aeneas Wanner (GLP) schlagen eine Resolution im Grossen Rat vor. Für die Überweisung der Ausrufung des Klimanotstands sprechen sich die meisten Grossratsfraktionen aus, wenn auch nicht alle gleich begeistert.⁶ Das Engagement der Jugendlichen wird von verschiedenen Seiten gelobt. Taten statt Worte seien nun gefragt, mahnen LDP und SP; die Grünen und die GLP erachten den Klimanotstand als wichtiges «Signal». André Auderset von der LDP bittet, die besorgte Schülerschaft ernst zu nehmen, indem man die Resolution gerade nicht überweist: Man solle ihr keine Illusionen machen und kein «sinnloses Zeichen setzen».⁷

Die Jugendlichen verfolgen die Grossratsdebatte auf der Zuschauertribüne des Saals. Auch wenn Klatschen dort oben verboten ist, können sie sich ihre Jubelschreie nicht verkneifen, als der Grossratspräsident das klare Abstimmungsresultat verabschiedet: 71 Ja, 17 Nein, 6 Enthaltungen. «Ich bin extrem glücklich, das ist ein unglaublich gutes Gefühl», sagt eine der Schülerinnen nach der Debatte.⁸

Erste Taten, Blumen und eine Niederlage

Basel nimmt eine Vorreiterrolle in der Klimadiskussion ein. Weitere Kantone rufen ebenfalls den Klimanotstand aus, so Genf, Bern oder auch Zug. Auf Worte folgen erste Taten: Der Grosse Rat gründet eine Klimakommission. Das Basler Gymnasium Leonhard entscheidet auf Drängen der Schülerschaft, bei Maturreisen auf das Flugzeug zu verzichten. Für kantonale Beamte gilt ab Juli 2019 ein Flugverbot. Geschäftliche Reisen per Flugzeug sollen innerhalb eines Radius von tausend Kilometern nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich sein.⁹

Auf erste politische Entscheide folgen Blumen. Pro Natura Baselland zeichnet die Klimabewegung mit dem Naturschutzpreis 2019 aus und prämiert somit keine typische Organisation mit jahrzehntelangem Leistungsausweis. Geschäftsführer Stefan Grichtung betont, dass die Schülerinnen und Schüler aus Betroffenheit handelten, wohl auch im Zorn und zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort. Die Bewegung «Klimastreik Region Basel» habe diesen Preis mehr als verdient.¹⁰ Trotz Auszeichnung und anhaltender Proteste erleidet die Klimabewegung im Baselbiet jedoch eine Niederlage. Im Landrat scheidet die von der SP eingebrachte Resolution, auch im Landkanton den Klimanotstand auszurufen. Zwar sagt nach stundenlanger Debatte mit einer Rekordzahl von 42 Voten eine Mehrheit von 43 zu 35 Stimmen Ja, doch das nötige Zweidrittelmehr wird deutlich verfehlt.¹¹

Im Frühling 2019 vergeht kaum ein Monat ohne Klimastreik. Mitte März geht die Demonstration in Basel mit einer Besetzung einher; rund fünfzig junge Frauen und Männer errichten auf dem Kasernenareal ein Zeltlager. Etwa zwanzig Zelte stehen dicht gedrängt im Regen. Mit ihrer Aktion wollen die Jugendlichen zeigen, dass es ihnen ernst ist. «Wir haben zwar in Basel jetzt den Klimanotstand, aber das ist nicht alles», sagt der 18-jährige Ismael. «Das Ziel Null-Emission bis 2030 bleibt.» Die Besetzung wird von den Behörden geduldet.¹²

⁵ <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/der-klimastreik-erreicht-das-parlament-134074608> (Zugriff: 12.10.2020).

⁶ Wortlaut der Resolution s. <https://www.bs.ch/nm/2019-das-basler-parlament-verabschiedet-resolution-zum-klimawandel-gr.html> (Zugriff: 07.10.2020).

⁷ <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/klimastreik-basler-grosser-rat-ruft-den-klimanotstand-aus> (Zugriff: 07.10.2020).

⁸ Ebd.

⁹ <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/flugverbot-fuer-abschlussklassen-jetzt-wirds-ernst-fuer-reiselustige-basler-lehrer-136339850> (Zugriff: 12.10.2020).

¹⁰ <https://www.bazonline.ch/basel/land/klimastreikjugendliche-erhalten-naturschutzpreis/story/30302607> (Zugriff: 07.10.2020).

¹¹ <https://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/nichts-als-warme-luft-baselbieter-parlament-ruft-keinen-klimanotstand-aus-134238402> (Zugriff: 07.10.2020).

¹² <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/protest-geht-weiter-basler-klima-streiker-trotzen-dem-wetter> (Zugriff: 07.10.2020).

Aufstieg und Niedergang

Der Sommer 2019 bricht mit brutaler Hitze an. Allein im Hardwald bei Muttenz müssen mehr als 6'000 Bäume gefällt werden:¹³ Zu hoch ist das Risiko, beim Spazieren von einem toten Ast getroffen zu werden. Auch in den Basler Parks werden Abschnitte gesperrt. Die Trockenheit treibt die Klimajugend erneut auf die Strasse. Am 28. September 2019 findet der erste nationale Klimastreik in Bern statt. Laut den Organisatoren nehmen über 100'000 Personen an der Demonstration teil. Mehrere Tausend reisen mit Extrazügen an, 700 Teilnehmende kommen per Velo. An Turmuhren werden die Zeiger um fünf vor zwölf angehalten, um die Dramatik der aktuellen Klimasituation zu betonen. Schweizweit läuten um 14.30 Uhr die Glocken vieler Kirchen.

Diese «grüne Welle» trägt im Herbst 2019 auch die Nationalratswahlen. So schafft beispielsweise Maya Graf als erste Frau und erste Grüne aus dem Kanton Baselland den Sprung in den Ständerat. Auch in Basel-Stadt wirken sich die Klimaproteste in den Wahlen aus. Die SVP bricht um 5,2 Prozent auf einen Stimmenanteil von 12,4 Prozent ein, so wenig wie noch nie seit der Gründung der Basler Sektion im Jahr 1991; der Nationalratssitz von Sebastian Frehner (SVP) geht an Katja Christ (GLP).

Alles deutet zu diesem Zeitpunkt auf Umbruch hin. In den Medien spiegelt sich kaum ein Thema prominenter als der Klimawandel. Doch dies ändert sich schlagartig, als am 28. Februar 2020 in Basel erstmals zwei Personen an Covid-19 erkranken. Das neuartige Virus verdrängt die Klimakatastrophe praktisch über Nacht aus dem Gesichtsfeld der Politik und bestimmt monatelang die politische Agenda. Die Proteste der Klimajugend verschieben sich ins Internet. Selbst um Greta Thunberg wird es ruhig. Über die Anzeichen des Klimawandels täuscht die Pandemie jedoch nicht hinweg. Im Frühling blühen die Baselbieter Kirschbäume wegen der warmen Temperaturen viel zu früh.¹⁴ Mit den Eisheiligen erfrieren die Blüten. Im Sommer verdorren in Basel wieder die Grünflächen und die Stadtgärtnerei muss sich einschränken: Ihr fehlt die Kapazität, jede Wiese zu wässern. Das Wasser des Rheins ist so warm, dass Jungfische in die kühlere Birs flüchten. Der Kanton verhängt zu ihrem Schutz ein Badeverbot.

Das Comeback

Im Laufe des Sommers ist die Klimajugend fast verstummt. Doch so plötzlich, wie der Klimastreik von der politischen Bühne verschwunden ist, so plötzlich kehrt er wieder zurück. Mitte September 2020 treffen sich in Bern die eidgenössischen Räte zur Herbstsession. Es geht unter anderem um die Beratung des CO₂-Gesetzes, dessen Revision seit drei Jahren verhandelt wird.

Mehrere hundert Klima-Streikende besetzen am frühen Montagmorgen den Bundesplatz und bauen eine Zeltstadt auf. Nach zwei Tagen Debatten im Bundeshaus und Protesten auf dem Bundesplatz liegen die Nerven der Nationalräte blank. Während der Berner Stadtpräsident die Demonstranten duldet, fordern immer mehr Politikerinnen und Politiker die Räumung des Platzes. Die Stadt Bern reagiert mit einem Ultimatum an die Demonstrierenden bis Dienstagmittag.

Es dauert Stunden, bis der Platz am Mittwochmorgen dann geräumt ist. In der Nacht haben sich die letzten Aktivistinnen und Aktivisten vor dem Eingang zum Bundeshaus festgekettet. Mindestens hundert Demonstrierende müssen mit einer Anzeige rechnen. Just am Tag der Räumung heisst das Parlament das revidierte CO₂-Gesetz gut. Ein Gesetz, das auch dank der Bewegung Klimastreik¹⁵ in dieser Form zustande kommt. Die Schweiz muss laut diesem Gesetz ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990 halbieren. Doch wird in der unmittelbaren Folge kaum über dieses wegweisende Gesetz diskutiert; im Vordergrund steht das Verhalten der Klimajugend. Kritisiert wird jenes vor allem aufseiten bürgerlicher Politiker. Die Besetzung des Bundesplatzes wirft hohe Wellen. Kurz darauf beginnen die «Klima-

¹³ <https://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/trockenheit-rafft-6000-baeume-dahin-jetzt-ist-der-muttenser-hardwald-ganz-gesperrt-135313531> (Zugriff: 07.10.2020).

¹⁴ <https://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/verruেকে-temperaturen-der-baselbieter-kirschbaum-blueht-so-frueh-wie-letztmals-1894-137175317> (Zugriff: 07.10.2020).

¹⁵ <https://www.climatestrike.ch/de> (Zugriff: 22.10.2020).

streik>-Regionen Genf, Waadt, Neuenburg, Jura, Wallis sowie der Berner Jura Unterschriften für ein Referendum gegen das neugeschaffene CO₂-Gesetz zu sammeln.¹⁶ Der Basler «Klimastreik» distanziert sich jedoch umgehend von diesem Referendum. Die darauffolgenden Demonstrationen sind der Auftakt eines neuen Kapitels in der Klimadiskussion.

Über die Autorin

Hanna Girard ist Journalistin und Illustratorin, arbeitet als freie Reporterin für das Regionaljournal Basel Baselland von Radio SRF und betreibt zusammen mit Dominik Asche das Onlinemagazin Viral. (www.viralviral.org)

Beiträge zum Thema im Basler Stadtbuch

«Lufthygiene in Basel» (Ernst Iselin, Basler Stadtbuch 1971, S. 137–151)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1971/1971_1307.html

«Bäume und Umwelt» (Hansruedi Bühler, Basler Stadtbuch 1973, S. 59–68)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1973-2/1973-2_1357.html

«Gereinigte Abwässer – Baubeginn der ARA Basel» (Eugen Keller, Basler Stadtbuch 1978, S. 43–52)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1978/1978_1501.html

«Die Fernwärme in der Basler Energieversorgung» (Hellmut Schweikert, Felix Herzog, Basler Stadtbuch 1978, S. 53–58)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1978/1978_1502.html

«Der Eisregen 1978 und seine Folgen für Basel» (Hansruedi Bühler, Basler Stadtbuch 1978, S. 115–118)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1978/1978_1512.html

«Entstehung, Wirkung und Bekämpfung von Luftverunreinigungen» (Felix Leuppi, Basler Stadtbuch 1980, S. 117–127)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1980/1980_1574.html

«Das Basler Baumgesetz» (Mary Paravicini-Vogel, Basler Stadtbuch 1980, S. 241–243)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1980/1980_1594.html

«Autopendler – Luftverschmutzer» (Barbara Wyss, Kurt Wyss, Basler Stadtbuch 1988, S. 53)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1988/1988_1957.html

«Ja zu einem anderen Basel» (Gian-Reto Plattner, Basler Stadtbuch 1989, S. 26–31)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2013.html

«Oekostadt Basel – Berichte aus verschiedenen Quartieren» (Verein Oekostadt Basel, Basler Stadtbuch 1989, S. 32–38)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2014.html

«Das Regio-Klima-Projekt REKLIP» (Paul Nyffeler, Basler Stadtbuch 1989, S. 131–135)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2044.html

«Die neuen Umweltschutzgesetze von Basel-Stadt und Baselland» (Dominik Koechlin, Basler Stadtbuch 1991, S. 63–66)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1991/1991_2164.html

¹⁶ <https://www.nzz.ch/schweiz/co2-gesetz-klimastreik-droht-krise-wegen-radikalen-romands-ld.1579731>
(Zugriff: 22.10.2020).

«Vom Umgang mit grenzüberschreitender Umweltverschmutzung. Ein Thema des 42. Deutschen Geographentages in Basel» (Monika Jäggi, Basler Stadtbuch 1991, S. 265–267)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1991/1991_2208.html

««Basel natürlich» – Naturschutz im Stadtraum» (Daniel Küry, Basler Stadtbuch 1995, S. 98–101)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2401.html

«SUN 21 – Basel wird Zentrum für Zukunftsenergie» (Martin Vosseler, Basler Stadtbuch 1999, S. 86–89)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1999/1999_2634.html

«Goldmedaille für fortschrittliche Energiepolitik. Mit der Auszeichnung «European Energy Award Gold» steigt Basel von der «Energistadt» zur «goldenen Stadt» auf» (Rolf Zenklusen, Basler Stadtbuch 2007, S. 77–83)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2007/2007_2995.html

«Basel sorgt vor – Schutzmassnahmen gegen mögliche Folgen des Klimawandels» (Dominique Spirgi, Basler Stadtbuch 2011, S. 172–173)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2011/2011_3185.html

««Basel erneuerbar» – Wie geht das? Seit Kaiseraugst verfolgt Basel eine ehrgeizige Energiepolitik» (Rudolf Rechsteiner, Basler Stadtbuch 2013, S. 57–60)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2013/2013_3267.html

«Stadtgrün: Die Buche geht, der Zürgelbaum kommt. Am Rheinknie ist die Klimaerwärmung bereits spürbar» (Elias Kopf, Basler Stadtbuch 2013, S. 152–159)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2013/2013_3294.html

«Kein Ozeanium auf der Heuwaage» (Helen Weiss, Basler Stadtbuch 2019, Dossier, 30 Seiten)
<http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2019/2019-07.html>

Der Marsch in eine bessere Umwelt

Rund 1000 Jugendliche schwänzen die Schule und gehen für das Klima auf die Strasse



«Es ist fünf vor zwölf.» Nach dem Beispiel von London soll die Schweiz den Klimanotstand ausrufen und so ein Zeichen setzen, fordern Schüler. Fotos Dominik Plüss

Von Alessandra Paone

Basel. Mary Toth hält die Hände wärmend an ihre Ohren. Es ist kalt an diesem Freitagmorgen. Neben ihr steht Janet Wahl, eine Bekannte. Sie sind auf den Barfüsserplatz gekommen, um ein Zeichen zu setzen. Um mit rund 1000 Schülerinnen und Schülern für einen besseren Klimaschutz zu demonstrieren. Wie damals in Kaiseraugst. Mary Toth ist 78 Jahre alt, Janet Wahl 82. «Es ist fünf vor zwölf», sagen sie. Höchste Zeit, etwas zu tun. Nicht für sie selbst, aber für ihre Enkel und deren Kinder.

Der Barfüsserplatz füllt sich allmählich. Eine Gruppe von Schülern mit einem langen Transparent bahnt sich den Weg durch die Menge. «Ihr verhandelt unsere Zukunft», steht in grossen, schwarzen Lettern auf weissem Stoff geschrieben. Es wird lauter und lauter, und als Philippe Kramer vor die versammelten Demonstranten steht, jubelt die Masse. «Es ist fantastisch, dass ihr alle da seid», ruft er ins Mikrofon. Kramer ist Schüler am Leonhard-Gymnasium und Mitorganisator der Demonstration. Die Stimmung steigt. «Wir zeigen diesen Elenden, dass wir nicht nur die Schule schwänzen, sondern dass wir wirklich etwas bewegen wollen.» Tosender Applaus – für einen kurzen Moment ist der Barfüsserplatz, ist Basel, der Nabel der Welt.

Grosser Einsatz der Kleinsten

Es ist bereits der zweite Streik in Basel innerhalb kurzer Zeit. Schon am vergangenen 21. Dezember waren Schüler auf die Strasse gegangen und hatten unter anderem eine klimaneutrale Schweiz bis 2030 gefordert.

In insgesamt 15 Schweizer Städten blieben gestern Jugendliche der Schule fern, um gegen den Klimawandel zu demonstrieren. In Lausanne waren es

gar rund 8000, in Zürich mindestens 2000 – schweizweit mehr als 22000.

Ein älterer Herr lässt Seifenblasen in den Himmel steigen, die nach einem kurzen Tanz in der Luft über den Köpfen der Teenager platzen. Wie die Versprechen der Politiker, sich für den Klimaschutz einzusetzen. «Sie benötigen zu viel Zeit, um etwas umzusetzen. Wir sind hier, um sie anzutreiben», sagt Loris, zwölf Jahre alt.

An diesem Morgen sind auch Politiker dabei. Etwa der Präsident der Baslerbieter Grünen, Balint Csonotos, die Basler BastAI-Grossrätin Tonja Zürcher und ihre Parteikollegin, die Nationalrätin Sibel Arslan, oder Nils Jocher, Co-Präsident der Baslerbieter Juso.

Vom Barfüsserplatz ziehen die Demonstranten durch die Freie Strasse, rennen über die Mittlere Brücke und machen am Claraplatz kurz halt. Der Blick fällt auf ein bunt bemaltes Plakat mit der Aufschrift: «Helft bitte der Umwelt!» Dahinter vier Mädchen, zwischen neun und zehn Jahre alt. Unermüdlich rufen sie: «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut!» Kleine Umweltschützerinnen. Sie haben eine Gruppe gegründet und Geld für Greenpeace gesammelt.

Gian, Romy, Maaret und Roxanne von der Sekundarschule Sandgruben hätten Französischunterricht gehabt. «Wir haben eine Bewilligung. Bedingung ist, dass wir den Stoff nachholen», sagt

Gian. Die Lehrerin habe ihnen die Wahl überlassen, einige seien deshalb in der Schule geblieben. «Wir haben versucht, sie zu motivieren», so Romy. Aber vielleicht sei es gut, dass sie nicht gekommen seien. «Sie wären vermutlich zu McDonald's gegangen, statt hier zu sein.»

Gelebter Staatskunde-Unterricht

Das Basler Erziehungsdepartement hatte den streikenden Schülern mit unentschuldigtem Absenzen gedroht – trotz Sympathie des Vorstehers Conradin Cramer für das Anliegen. Dieser traf sich nun aber diese Woche mit einer Schülerdelegation, um eine Alternative zu den Sanktionen zu finden. «Dem Erziehungsdirektor ist, so scheint es, zum Glück klar

geworden, dass es unbedingt eine Lösung braucht», sagt Philippe Kramer.

Muriel Kohler ist Lehrerin am Bläsi-schulhaus und begleitet an diesem Tag die Schüler. Sie ist begeistert von der Basler Klimaschutzbewegung, vom gelebten Staatskunde-Unterricht. «Es ist wichtig, dass die Schüler einsteigen für das, was sie bewegt», sagt sie.

Kurz nach Mittag ziehen die Demonstranten über die Wettsteinbrücke zum Münsterplatz, wo der Streik zu Ende geht. Auf den letzten Metern ihres Marschs in eine bessere Umwelt tönt Michael Jacksons «Earth Song» aus den Lautsprechern. «This Crying Earth, These Weeping Shores», singt er. Wie diese Erde schreit, diese Küsten weinen.



Demonstrieren für ihre Zukunft. Auf Bannern und Plakaten tun die Aktivisten ihren Unmut über den Status quo kund.



Kasimir (17). «Jemand muss den ersten Schritt tun.»



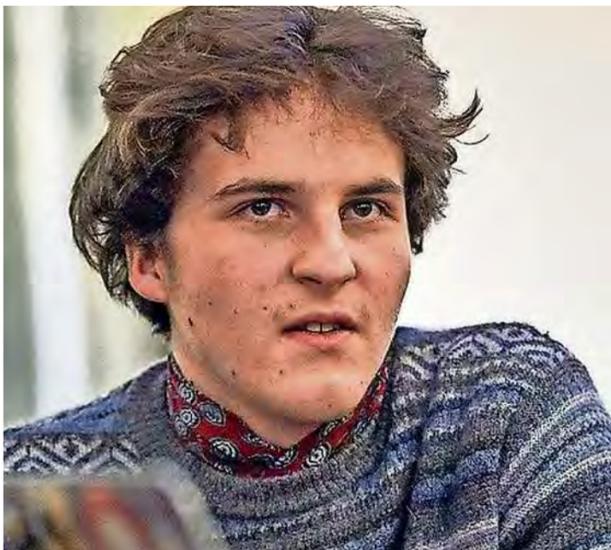
Vincent (25). «Unsere Bewegung zieht sich durch alle Schichten.»



Pauline (16). «Oft ist es unmöglich, sich dem Konsum zu entziehen.»



Anna (16). «Mit Verhandlungen werden wir ernster genommen.»



Laurin (17). «Wir wollen, dass man die Krise wie eine behandelt.»



Livia (16). «Auch im Wohlstand können wir aus der Blase schauen.»

«Das ist erst der Anfang»

Die jungen Klimaaktivisten wollen weiter demonstrieren und werden demnächst eine Petition verabschieden

Von Franziska Laur (Text) und Lucia Hunziker (Fotos)

Basel. Zwei der Klimastreikenden empfangen die BaZ vor dem Unternehmen Mitte im Herzen von Basel. Rein geht es in die Café-Bar, wo vier Jugendliche an einem Tisch zunächst etwas skeptisch schauen. Eines wollen sie vor dem Gespräch klarstellen: «Wir wurden von euch als Nachschwätzende, als Nicht-Reflektierende dargestellt. Das ist völliger Quatsch.» Nicht ernst genommen hätten sie sich gefühlt. Richtig sei, dass diese Bewegung aus der Schülerschaft entstand und nur aus dieser: «An den Demos beteiligen sich zwar Lehrpersonen und Erwachsene. Wir erfahren auch viel Unterstützung. Die an der Organisation beteiligten Personen aber sind ausschliesslich U25.»

Mittlerweile werde es allerdings immer mehr Leuten klar, dass der Kampf für das Klima ein Kampf ums Überleben sei. So hat sich nach dem ersten Streik vor Weihnachten die Studentenschaft ebenfalls der Bewegung angeschlossen. «Wir haben zunächst nur geschaut und dachten: Cool, was die machen», sagt Vincent. Mittlerweile haben sich auch viele der Studierenden dem Kampf angeschlossen, denn sie sind der Meinung, dass sie die Generation sind, die die Sünden ihrer Vorfahren ausbaden müsse – diejenigen, die unter dem Zwang des ewigen Wirtschaftswachstums und den daraus folgenden Schäden an Menschen, Umwelt und Zukunft leiden werden.

Konsum als Knebel

Sind nicht auch sie Kinder des Konsums? In einer bequemen Welt aufgewachsen, in der alles Nötige zur Verfügung stand. Sie, die Generation mit dem höchsten Energieverbrauch: «Ja, doch was heisst das?», fragt Pauline.

Tatsächlich, was heisst das eigentlich? Dass sie sich nicht wehren dürfen,

dass sie still sein sollen, sich ab sofort jeglichem Konsum verweigern müssen?

«Oft ist es ja nicht einmal möglich, sich dem Konsum zu verweigern», sagt Pauline. «Angefangen bei Handys und Computern, die schon alleine für die Teilnahme an den meisten Fächern in der Schule heute unabdingbar sind.»

Gut möglich, dass sie gerade aus der Position des Sattseins heraus besser agieren können. Ausgehungerte neigen zu ungezügelter Wut, zu unreflektierten Handlungen. Hier sitzen Jugendliche, die genau wissen was sie tun. «Auch wenn wir im Wohlstand leben, können wir trotzdem aus dieser Blase hinaus schauen», sagt Livia.

Fragen bleiben. Warum verhandeln sie überhaupt mit Lehrpersonen, Schulbehörden, ja gar mit Erziehungsdirektor Conradin Cramer, um Konsequenzen zu vermeiden? Weshalb gehen sie nicht einfach auf die Strasse und demonstrieren? Das tut doch auch die Initiantin des Klimastreiks, die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg? Sie begann, indem sie ganz allein vor dem schwedischen Parlament sass. Drei Wochen ging sie gar nicht zur Schule, seitdem streikt sie jeden Freitag für eine konsequente Klimapolitik – seit 22 Wochen.

«Wir gehen keine Kompromisse ein, wenn es ums Klima geht.»

Laurin

«Auch sie hat den Kompromiss gesucht», sagt Anna. «Wir spüren, dass wir so ernster genommen werden.» «Wir gehen Kompromisse ein, wenn es um Absenzen geht, aber nicht wenn es ums Klima geht», sagt Laurin. Überhaupt drehe sich zu viel um die Absenzen. «Wir würden viel lieber über unsere eigentlichen Anliegen reden. Wir wollen, dass man diese Krise auch wie eine Krise behandelt.»

Die Jugendlichen sprechen mit Überzeugung, mit Leidenschaft. Ihnen sei ein Stein vom Herzen gefallen, als sie eine Möglichkeit sahen, sich zu äussern, Forderungen zu stellen. Sie seien viele, sagen sie. An der kommenden Demo, am 2. Februar, werde man Tausende, schweizweit Zehntausende hinter sich scharen können. Sie sind auch wohlthuend klar. Als einer der Jungs politisch ausserfern will, bremsst Livia ab, führt wieder auf das lokale Parkett zurück. Freundlich, aber bestimmt. Natürlich, man rebellierte nicht gegen eine Elite, wie vielleicht die 68er, sagen sie. Es sei kein Klassenkampf. Man demonstriere für eine ganz bestimmte Sache und dieser Kampf werde von einem grossen Teil der Gesellschaft gestützt.

Doch wie soll ein derart kleines Land wie die Schweiz den Klimawandel stoppen? Da müsste doch die Welt mitziehen. «Diesen Vorwurf hören wir immer wieder», ärgert sich Livia. «Jemand muss den ersten Schritt tun», setzt Kasimir hinzu. Ausserdem sei es eine weltweite Bewegung: Und überall weite sie sich aus.

«Sogar wenn es nur die Schweiz wäre. Die Schweiz ist reich, bedeutend und ein riesiger Umschlagplatz», sagt Vincent. «Es sei wohl kein Zufall, dass jetzt, wo der wichtigste Mann der Welt die Welt mit Füssen tritt, etwas in Bewegung geraten sei.»

Die Pläne und Forderungen

Sie sprechen vom Treibstoff, der preislich erhöht werden sollte. «Die Mehrheit der Jungen würde das befürworten.» Sie sprechen von Tonnen von Lebensmittel, die, obwohl noch geniessbar, weggeworfen, ja vergedet werden, weil das Gesetz zu streng ist. Unsinnige Gesetze, die es zu ändern gelte.

Vor der Haustür müsse man beginnen, und diese Steinchen hätten einen Einfluss auf die ganze Welt. Im lokalen

Bereich gelte es zu handeln, den Abfall zu dezimieren, die lokale Lebensmittelkette zu fördern – weniger, aber dafür hochwertiger zu konsumieren. «Der Minimalismus ist im Trend», sagt Laurin.

Das Ziel ist die Veränderung

«Warum haben wir überhaupt die Option, Dinge zu kaufen, die der Umwelt schaden?», fragt Kasimir rhetorisch. Darauf gibt es nur unbefriedigende Antworten: Weil ein allzu massiver Eingriff in die Handelsfreiheit Arbeitsplätze und Existenzen zerstören kann, beispielsweise. «Doch die jetzigen massiven Eingriffe in die Umwelt zerstören unser aller Existenz», sagt Anna.

«Die massiven Eingriffe in die Umwelt zerstören unser aller Existenz.»

Anna

Sie haben einen beeindruckenden Drive, diese Jugendlichen, eine gnadenlose Entschlossenheit, eine visionäre Klarheit. Und doch, sind sie nicht eine Elite, eine Generation aus der privilegierten Schicht, viele aus dem Gymnasium, die später vielleicht in der Politik landen, bei den Sozialdemokraten, wo sie sich zermürbende Gefechte um jeden kleinsten Schritt mit den Bürgerlichen liefern?

«Unsere Bewegung zieht sich durch alle Parteien und alle Gesellschafts- und Kulturschichten», sagt Vincent. 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler würden die Bewegung unterstützen. Nicht alle würden eine Absenz in Kauf nehmen wollen, doch vielen sei es unwohl mit der heutigen Entwicklung.

«Genau diejenigen, die sagen, die Jugend interessiere sich nicht für die Politik, sagen doch auch, wir sollten uns nicht am Klimastreik beteiligen. So absurd ist das», sagt Anna.

Es ist spannend, mit diesen jungen Leuten zu reden. Doch langsam neigt sich das Gespräch dem Ende zu. «Wir müssen jetzt Sitzung abhalten. Gibt es noch eine Frage?», fragt Livia.

Vielleicht noch das: Worum geht es an dieser Sitzung?

«Wir wollen eine Vollversammlung vom 27. Januar vorbereiten. Dort soll sowohl eine Petition verabschiedet als auch die allgemeine Stossrichtung der regionalen Bewegung beschlossen werden. Zudem wollen wir uns basisdemokratisch auf eine Organisationsform einigen.»

Pauline macht den Abschluss. «Das ist erst der Anfang. Wir werden wachsen», sagt sie, und es tönt nicht wie eine Drohung, es tönt wie der Beginn eines grossen Abenteuers, dessen Ziel die Veränderung ist.

Der Nachwuchs fliegt nicht mehr mit

Essay Die klimabewegte Jugend hält ihren Eltern den Spiegel vor und erzieht sie zu mehr ökologischem Bewusstsein. Gerade nun vor den Ferien offenbart sich eine neue Art des Generationenkonflikts.

Michèle Binswanger

Bei uns fing es früh an. Die Tochter ermahnte schon als Achtjährige jeden im Haus, die Lichter auszumachen, wenn man sie nicht braucht. Wer den Lift in den dritten Stock nahm, musste sich wegen des Energieverbrauchs rechtfertigen. Keine Sekunde zu viel durfte der Wasserhahn laufen, wegen der Verschwendung. Jetzt ist sie bald 18 und demonstriert jeden Samstag. Fürs Klima, für die Frauen, gegen Nazis. Als ich dieses Jahr mit den Kindern die Sommerferien besprach und Tel Aviv vorschlug, legte sie die Gabel auf den Tellerrand und fragte: «Muss man da fliegen? Dann komme ich nicht mit.» Der 15-jährige Bruder ergänzte: «Wenn sie nicht mitkommt, dann ich auch nicht.»

Wenn Erziehung ein organisiertes Abwehrgefecht gegen die Jugend ist, dann hat die Generation der Ü-40 gründlich versagt. Sie feierte sich an Raves und Partys durch ihre unpolitische Jugend. Dann tauschte sie das neonfarbene Tanktop und die Buffalo-Schuhe gegen eine bürgerliche Existenz mit Beruf, Familie und dem Bemühen, das Richtige zu tun. Und sieht sich nun mit Nachwuchs konfrontiert, der alles politisch sieht: Was geht mit dem Klima? Warum tut man nichts? Wie können wir das verantworten? Und wir wissen nichts darauf zu entgegnen.

Elfjährige gegen Papas Landrover

Manchmal landen die Vorwürfe der Kinder wie eine moralische Faust im Gesicht. So wie bei Pablo, vierzig, drei Töchter, Mitbesitzer einer Werbefirma, zwei Autos – einen Landrover Discovery und einen Jaguar. Eines Nachmittags im Frühjahr fuhr er mit dem Landrover durch die Stadt und musste plötzlich bremsen – ein Demonstrationszug der Fridays for Future blockierte die Strasse. Pablo studierte die Transparente, als ihm plötzlich eines auffiel. Darauf war ein grünes Auto zu sehen, das verdächtig einem Landrover ähnelte. Sein Landrover, fett durchgestrichen. Daneben in grossen Lettern: «Es geht um unsere Zukunft.» Und unter dem Transparent seine elfjährige Tochter. An vorderster Front.

Natürlich wissen die Eltern um die Probleme des Planeten nicht erst seit gestern. Natürlich versuchen sie sich ökologisch zu verhalten, aber allzu schnell verliert man sich in den komplexen Anforderungen des täglichen Lebens. Und haben wir nicht alle mal ein bisschen Ferien verdient? Und damit auch eine Auszeit von solchen Sorgen? Die Klimajugend sieht das anders. Sie hat ihre Zukunft noch vor sich und keine Geduld. Und sie kennt die wunden Punkte ihrer Eltern.

Getrieben vom Ideal heutiger Erziehung, Kindern auf Augenhöhe zu begegnen, hören die Eltern ihren Kindern zu und nicken schuldbehaftet. Der aktuelle Generationenkonflikt kommt deshalb als Erziehungsmassnahme daher, eine erfolgreiche Erziehungsmassnahme von unten. Pablo verkaufte wenig später seinen Landrover und legte sich einen Tesla zu. Wenn auch schweren Herzens. «Mein politisches FDP-Mandat kollidiert öfter am Familientisch», sagt Pablo. «Wir führen sehr intensive Diskussionen, und wir sind nicht immer einer Meinung.» Denn die Sachlage ist komplex, ein Überblick zu gewinnen schwierig. Wo will man anfangen? Beim Essen, Fliegen und Shoppen ist es noch einfach. Wenn es um Mobilität und heizen geht, schon schwieriger. Und was ist mit dem Smartphone? Viele Eltern setzen deshalb auch hier an: bei den grösseren Zusammenhängen, den unvermeidlichen Ambivalenzen.



Verzascatal statt Tel Aviv: So weit kann es kommen, wenn die eigenen Kinder bei der Ferienplanung mitbestimmen. Fotos: Jörg Modrow (Laif), Michael Jacobs (Corbis, Getty Images)

Zur Dringlichkeit tragen auch die Schulen bei. Viele Lehrpersonen haben das Klima gross auf ihre Agenda gesetzt.

Flugreisen nehmen zu

Trotz Kritik nimmt die Anzahl der Flüge weltweit zu. 2018 gab es in der Schweiz 57,6 Millionen Flugpassagierinnen. Im Jahr 2030 werden es bereits 80 Millionen sein, sagt das Bundesamt für Zivilluftfahrt voraus. Weltweit soll sich die Zahl bis im Jahr 2037 sogar auf 8,2 Milliarden Passagiere verdoppeln. Wachstum findet vor allem in Asien statt. China will bis 2035 über 200 neue Flughäfen bauen. Die Zahl der Reisenden ab Flughafen Zürich ist zuletzt im April und Mai zwar leicht zurückgegangen. Wegen einer Zunahme der Umsteigepassagiere sind jedoch auch in diesen beiden Monaten im Vergleich zum Vorjahr insgesamt mehr Passagiere über Zürich geflogen. (mcb)

So hat Pablo seine Töchter angehalten, den eigenen Konsum zu überdenken und etwa weniger Kleider von Billiglilien zu kaufen. «Wichtig ist es, sich zu fragen, was man tun kann. Sich Ziele zu setzen», sagt er. Pablos Familie isst seither weniger Rindfleisch, fliegt weniger, er kompensiert die Geschäftsflüge. Auch die Töchter haben ihr Verhalten angepasst, zum Beispiel beim Kleiderkauf.

Die Schule spornt die Kinder an

Zur Dringlichkeit tragen auch die Schulen bei. Etliche Lehrpersonen haben das Klima gross auf ihre Agenda gesetzt, und seit der Klimanotstand ausgerufen wurde, hat die Sache etwas Existenzielles angenommen. Das erzeugt auch sozialen Druck. Gleichzeitig ist ökologisches Verhalten auch eine Frage der Kaufkraft. Bei knapper Kasse entscheidet man sich für den günstigen Flug und nicht für den teuren Zug.

Für jene, die ihr Verhalten anpassen, heisst es jetzt, da die Sommerferien anstehen: Fliegt ihr noch, oder reist ihr schon? So etwa bei Sven, Mitte vierzig, zwei Söhne, eine Tochter. Niemand fliege gern in seiner Familie, aber es sei halt günstiger und praktischer gewesen. Die Klimadiskussion hat besonders die elf-

jährige Tochter politisiert. Sie isst seither kein Fleisch mehr, nur regionale Früchte und tadelt ihre Eltern wegen unökologischen Verhaltens. «Wir versuchen ihr zu erklären, wie schwierig es ist, sich absolut konsequent zu verhalten. Dass sie auch ihr Verhalten bezüglich Konsum hinterfragen muss», sagt Sven. «Ich finde es wichtig, ihr auch die grösseren Zusammenhänge zu zeigen.» Seine Familie reist mittlerweile lieber mit dem Wohnmobil oder dem Zug. «Das ist teurer und mühsamer, aber auch eine Herausforderung. Du planst die Reise anders, machst Zwischenhalte, siehst mehr. Mittlerweile geniesse ich das auch. Zu sehen, wie gross Europa eigentlich ist.»

Für Helene und ihren Mann begann es schon vor Greta. Ihr heute 23-jähriger Sohn rechnete bereits vor Jahren seinen ökologischen Fussabdruck aus. Als er nach der Matur einige Monate in Berlin lebte, wollten ihn die Eltern besuchen. Mit dem Flieger. Das verbat er sich, nicht den Besuch, sondern den Flieger. Auch zu Konzerten oder Theateraufführungen stiegen sie früher gern mal ins Flugzeug. Bis sie der Sohn mit ihrem Reiseverhalten konfrontierte. «Das kam mit grossem Nachdruck»,

sagt Helene. Also begannen sie für Reisen innerhalb Europas, wenn immer möglich, den Zug zu nehmen. «Das heisst dann Tagesfahrten im ICE, die oft teurer sind als ein Flug und uns diverseste Abenteuer mit ausgefallenen Zügen, nicht funktionierenden Reservations- und Umwegen bescherten.» Dennoch hätten sie dieses Verhalten verinnerlicht, machten öfter mal noch einen Zwischenhalt oder zelebrierten die Zugreise, indem sie ein grosses Picknick mitnahmen.

Was meine eigene Familie angeht, bleiben wir diesen Sommer in der Schweiz, wandern in den Alpen, sonnenbaden an Seen und Flüssen. Vielleicht werden wir auch den Hof besuchen, wo der Grossvater seine letzten Jahre verbracht hat. Er war ein Aussteiger, schon in den Neunzigerjahren, zahlte weder Steuern noch Krankenkasse, lebte vom Flohmarkt-Verkauf und fuhr nur Velo. Seine letzten Jahre verbrachte er gut gelaunt und radikalökologisch im Glarnerland als Selbstversorger.

Ich finde es gut, wissen meine Kinder, wie ein solches Leben aussehen kann – dass es Optionen gibt. Auch wenn Grossvaters Aussteigerleben weder ihn noch die Welt zu retten vermochte.

Aufgeheiztes Klima. Es braucht neue Technologien, eine grünere Wirtschaft und mutige Politiker.

Wir Weltverbesserer

Heute schon geschwitzt? Vermutlich schon, was kein Wunder ist in diesem aufgeheizten Klima. 37 Grad in der Innenstadt in diesen Tagen, 20 in der Nacht. Basel badet. Hand aufs Herz: Können Sie die mörderische Hitze unbeschwert geniessen, erfreuen Sie sich am Klima? Oder ergeht es Ihnen wie vielen anderen, die mittlerweile mit sorgenvollem Blick auf das Thermometer schauen?

Fast drei Viertel aller Deutschen machen sich laut einer aktuellen Studie Sorgen um die Zukunft des Planeten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, sagte kürzlich im «Spiegel»: «Die Welt riskiert es, den Punkt zu überschreiten, an dem es kein Zurück mehr gibt beim Klimawandel.» Man kann diesen Satz als hysterisches Getue abtun. Oder ernsthaft darüber nachdenken.

Der Klimawandel hat sich in diesem Jahr zur entscheidenden politischen und ökonomischen Debatte entwickelt. Die Diskussion verläuft ähnlich hitzig wie jene während der grössten Flüchtlingskrise 2016, nur wird sie uns viel länger und intensiver begleiten. Ist die Welt überhaupt noch zu retten – und wenn ja, zu welchem Preis? Der Wille zur Veränderung ist deutlich zu spüren. «Fridays for Future» heissen die Tage, die Tausende von Schülern und Jugendlichen regelmässig auf die Strasse treiben. Ihre politische Durchschlagskraft, so scheint es, wächst mit jedem heissen Sommertag.

Im Februar hat Basel als erste Schweizer Stadt auf politischer Bühne den Klimanotstand ausgerufen. Immer mehr Bauern setzen auf Bioprodukte. Vegane oder zumindest fleischlose Ernährung boomt. Das Plastiksäcklein für den Samstagseinkauf ist verpönt, und das neueste Wort im Zusammenhang mit der Reduzierung von Kohlendioxid, diesem teuflisch gefährlichen CO₂, heisst Flugscham. Der Kluge reist im Zuge.

Grosse Konzerne wie VW planen eine Marktoffensive für Elektroautos. Nachhaltigkeit ist keine Worthülse mehr, sondern wird als Herausforderung für die Zukunft begriffen.



Konsumenten sind überfordert, wenn es gilt, die Welt zu retten. Foto: iStock

Die Politiker aus der grünen Ecke beackern mit Feuereifer das heisse Thema, was letztlich ja auch ihre Aufgabe ist. In einem Positionspapier forderten sie letzte Woche ein Verbot für besonders klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen auf basel-städtischem Allmendboden. Keine Plakate mehr für Flugreisen, keine Hinweise mehr für saftige Steaks vom Grill. Nach den Sommerferien wird im Grossen Rat darüber verhandelt. Viele bürgerliche Politiker enervieren sich bereits jetzt; ihnen geht die Beschneidung der persönlichen Freiheit viel zu weit.

Sogar das beliebte 1.-August-Feuerverk über dem Rhein stand auf der Kippe, weil es in den Augen der Grünen zu viel Feinstaub freisetzt. Die gleiche nervige Debatte gab es schon im Vorfeld des Züri-Fäscht im Juni, bis ein Experte auf TeleZüri Klarheit schaffte. Die Emissionen eines Feuerwerks über dem See seien ein kleiner Prozentsatz im Vergleich zu den unzähligen Gas- und Kohlegrills, auf denen am Ufer die Würste brutzeln. So

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass sich Basel den Ruf einer guten Humanistenstadt bewahrt.

ist das halt in einem aufgeheizten Klima: Es wird eine Menge Unsinn verzapft, von links und rechts übrigens. Das Feuerwerk sei auch den Baslern von Herzen gegönnt, allein deswegen schmelzen die Polarkappen nicht schneller ab.

Wahr ist aber auch: Noch schlägt sich die neue Denkweise nicht überall in Zahlen nieder. Der Flughafen Zürich meldete letzte Woche einen neuen Passagierrekord. Auch am Euro-Air-

port Dreiland ist schwer was los. Die Autobahn A2 zwischen Basel und Augst ist selbst in der Ferienzeit jeden Abend auf beiden Seiten heillos verstopft. Gerade in der Mobilität widerspiegelt sich das paradoxe Verhalten: Auf dem Bauernhof die Bioeier einpacken lassen und dann mit dem Geländewagen nach Hause fahren. Wir Weltverbesserer.

Der Konsum – und damit die Wirtschaft – wächst Jahr für Jahr. Das schafft Jobs und gute Laune, schadet dem Weltklima in den meisten Fällen jedoch beträchtlich. Der Grat zwischen Klimaretter und Klimasünder ist schmal. Der Wille, seinen Nachfahren eine schöne Welt zu hinterlassen, ist bei vielen zweifellos da, doch im Alltag scheitert der Konsument oftmals kläglich. Mit dem Velo nach Mallorca ist keine Option. Und mit dem Auto ist es nun mal eine Viertelstunde schneller nach Hause, wenn bei den SBB gerade wieder mal die Schienen schmelzen bei 33 Grad im Schatten. Wenn der Geist willig, aber das Fleisch schwach ist, bleiben die guten Vorsätze in der Garage, nicht aber der Sportwagen. Und selbst nachhaltiges Einkaufen kann den geneigten Klimaschützer schnell an Grenzen treiben, wenn gänzlich auf Plastik verzichtet werden soll. Deshalb bleibt es letztlich meist bei Nischenangeboten.

Diese kleinen Beispiele zeigen: Die Konsumenten und Verbraucher sind überfordert, wenn es gilt, die Welt zu retten. Die grossen Linien sollten weiter oben gezeichnet werden. Die Politiker aus der grünen Ecke müssen ihre Werte konsequenter und mutiger vorleben, auch die Weltwirtschaft sollte grüner daherkommen. Wer umweltfreundliche Produkte und Nachhaltigkeit anbietet, müsste belohnt, schädliches Verhalten dagegen verteuert werden. Zur Erinnerung: 25 Konzerne verantworten mehr als die Hälfte der weltweiten Treibhausgase.

Griffige Konzepte zum Schutz des Klimas sind bereits in vielen Branchen erarbeitet worden und liegen vor. Doch die Politik zögert. Die Rechten, weil sie vieles im Reich der Hysterie vermuten und auf Zeit spielen. Die

Linken, weil sie wissen, dass jede Massnahme zur Rettung der Erde mit einem Preisschild versehen ist. Umweltschutz kostet einerseits viel Geld. In der Autobranche stehen mit der Forcierung des E-Mobils Tausende von Jobs auf dem Spiel. Die Verteufelung des Fliegens bringt viele Airlines in Bedrängnis. Andererseits ist es schlicht ein Irrwitz, wenn der Fluggast für 30 Franken nach Mallorca fliegen kann und gleichzeitig das Bahnbillett von Basel nach Zürich-Kloten 50 Franken kostet. Und zwischen all diesen brisanten Aspekten rangeln Forscher und Experten mit starrköpfigen Politikern um die Meinungs- und Deutungshoheit: Ist es nun billige Panikmache, wenn die durchschnittliche Temperatur auf diesem Planeten um 1,5 oder 2 Grad steigt – oder eben doch eine ernsthafte Bedrohung?

Viele Aspekte sind beim Klimaschutz noch oder zu wenig durchleuchtet worden. Noch fehlen Erfahrungswerte, etwa beim Abtauen des Permafrostes in Russland, Kanada oder Alaska. Aber auch in der Schweiz und Europa gilt es, neue, tiefgreifende Erkenntnisse zu gewinnen. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass sich Basel den Ruf einer guten Humanistenstadt bewahrt. Die Uni Basel als älteste Schweizer Hochschule spielt eine entscheidende Rolle. Bildung wird in den nächsten Jahren entscheidend sein, wenn es gilt, das Klima auf dieser Welt zu retten. Entsprechend gilt es, die Uni mit Staatsgeldern zu fördern.

Jene Forscher, Wissenschaftler, Geologen oder Ingenieure, die neue Wege bauen und Technologien entwickeln, die Erfindergeist zeigen und Mut haben, ermöglichen unseren Kindern die Chance auf eine lebenswerte Zukunft. Und nicht jene, die im Weg stehen, ein Feuerwerksverbot für den 1. August fordern oder – noch viel schlimmer – Forscher, Wissenschaftler, Geologen oder Ingenieure verteufeln.



Marcel Rohr
Chefredaktor Basler Zeitung

Wissen

Basisdemokratie als oberstes Gebot

Erderwärmung An der ersten europäischen Klimakonferenz von «Fridays for Future» in Lausanne wollen die jungen Aktivistinnen zeigen, dass sie eine ernst zu nehmende Bewegung sind. Prominenteste Teilnehmerin ist die schwedische Aktivistin Greta Thunberg.



Studentin Loukina Tille, Greta Thunberg, Nobelpreisträger Jacques Dubochet und Ernst Ulrich von Weizsäcker (von links) am Montag in Lausanne. Foto: Jean-Christophe Bott (Keystone)

Martin Läubli

Wer eine provokative Botschaft erwartete, wurde von Greta Thunberg gestern enttäuscht. Die 16-jährige schwedische Klimaaktivistin dankte der Bewegung «Fridays for Future» für das Engagement in Lausanne, stockte kurz und sagte dann: «In letzter Zeit habe ich schon so viel geredet, mehr habe ich nicht zu sagen.» Sie wolle einfach eine normale Teilnehmerin an dieser europäischen Klimakonferenz sein; der ersten, seit Greta Thunberg im letzten Sommer die Klimastreiks ins Leben gerufen hat.

Dennoch gab es gestern eine Medienkonferenz an der Universität Lausanne: mit Greta Thunberg im Zentrum. Das schüchterne Mädchen sitzt neben Grössen aus der Wissenschaft auf dem Podium. Neben Jacques Dubochet, Schweizer Nobelpreisträger in Chemie, und Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ehrenpräsident des Club of Rome. Stolz scheinen jedoch die beiden Herren zu sein, neben der jungen Dame zu sitzen, die in ihrem pinkfarbenen T-Shirt und der um die Hüfte gebundenen blauen Jacke kindlich, aber erstaunlich abgeklärt wirkt.

Die beiden bestätigen, dass Greta nur fordert, worauf die Wissenschaft seit mehr als 30 Jahren aufmerksam macht: den Ausstieg aus den fossilen Treib- und Brennstoffen. Erst letzte Woche machten Berner Forscher deutlich, dass sich die Erde in den letzten 2000 Jahren noch nie so rasant erwärmt habe wie derzeit.

Die Dankesworte von Dubochet und von Weizsäcker nimmt Greta ohne Regung hin. Ein Lächeln bringt sie selten über die Lippen. Und doch mag man dieses zerbrechlich wirkende Mädchen. Ein wenig Schalk kommt auf, als sie gefragt wird, was sie davon halte, dass rechtsbürgerliche Politiker sie als gefährlich einstufen. «Ich bin gefährlich», spottet sie. Und hängt die rhetorische Frage an: «Was ist daran gefährlich, wenn ich nur sage, was die Wissenschaft weiss?»

Die Daten der Wissenschaft bilden auch in den nächsten Tagen am European Summit der Bewegung die Basis für die Diskussionen. Experten, teilweise vom Weltklimarat IPCC, stehen den rund 450 Teilnehmern aus 37 Staaten – inklusive Russland, der Ukraine und der estnischen Staaten – beratend zur Seite. Bis zum Freitag wollen die jungen Klimaaktivisten ein Papier verabschieden, das Inhalt und Strategie der Zukunft auf europäischer Ebene festschreiben soll.

Die Bewegung stärken

Seit den ersten Klimastreiks haben sich weltweit zahlreiche nationale und lokale Gruppen gebildet, die unter dem Namen «Fridays for Future» gegen die Untätigkeit in der Klimapolitik protestieren. Doch jede Gruppierung hat sich eine eigene Strategie zurechtgelegt. Nun sollten die Grundsätze europäisch vereinheitlicht werden, um die Bewegung stärker zu machen, sagen die Organisatoren.

Basisdemokratie ist dabei oberstes Gebot. Fragen nach der Organisation, die hinter der Veranstaltung steht, kann barsche Reaktionen auslösen. Sie, die Teilnehmer, seien die Bewegung, Vorschläge würden vorgebracht, diskutiert und schliesslich im Konsens verabschiedet. «Es gibt keine Lobby, die uns lenkt», sagt der 20-jährige Maximilian aus Deutschland. Er ist einer von

Industriestaaten müssen eben ehrgeizigere Pläne vorlegen als arme Länder.

30 deutschen Teilnehmern, die per Los ausgewählt wurden. Grundsätzlich konnte sich jeder Mann für die Teilnahme an der Klimakonferenz melden. In der Schweiz war die Nachfrage dafür nicht ganz so gross.

«Die Jungen sind gut organisiert und gehen respektvoll miteinander um», sagt Beat Brunner. Der Energieexperte und Gutachter beim IPCC-Sonderbericht zur kritischen Erderwärmung um 1,5 Grad arbeitet seit geraumer Zeit mit der «Fridays for Future»-Gruppe des Kantons Waadt zusammen, die für die Klimakonferenz in Lausanne verantwortlich ist. Wer die Struktur dieser

Bewegung verstehen wolle, müsse sich von gängigen Vorstellungen lösen. «Vergleichen kann man es mit dem Open-Source-Prinzip bei Softwareentwicklungen, jeder kann in den Prozess eingreifen», sagt Brunner. «Fridays for Future»-Teilnehmer schliessen sich wöchentlich per Internet kurz, um Ideen zu sammeln und Aufgaben zu verteilen. Auf diese Weise entstehen spontan neue Aktionen.

Die Universität Lausanne stellt für die Konferenz die Räume und die Mahlzeiten gratis zur Verfügung. Der Kanton Waadt hat einen Beitrag gesprochen. Zudem unterstützen Stiftungen die Veranstaltung, und die Veranstalter können auf Geld durch Crowdfunding zugreifen.

Die jungen Aktivistinnen arbeiten an diesem Montag hart. In einem «Open Forum» debattieren sie, was künftig im Mittelpunkt der Bewegung stehen soll. Und sie diskutieren, wie man die wissenschaftlichen Botschaften für die Bevölkerung noch einfacher übersetzen könnte und welche Klimapflichten einzelne Staaten übernehmen müssten.

So weit wie möglich kommen

Die Forderung für die Schweiz, die CO₂-Emissionen bis 2030 auf netto null zu senken, hält Beat Brunner, der an der Klimakonferenz als Berater fungiert, grundsätzlich nicht für falsch – auch wenn das Pariser Klimaabkommen dieses Ziel auf die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts ausgerichtet hat. «Es geht der Bewe-

gung um soziale Gerechtigkeit», sagt er. Das heisst: Die reichen Industrieländer müssten eben ehrgeizigere Pläne vorlegen als die armen Staaten. Die Ziele basierten auf dem IPCC-Sonderbericht, der von einem CO₂-Budget ausgeht, das die Welt noch zur Verfügung hat, um eine Erwärmung über die 1,5-Grad-Grenze zu verhindern.

Die «Fridays for Future»-Bewegung Waadtland legte gestern 100 politische Massnahmen vor, um dieses Ziel zu erreichen. Auch wenn die Forderungen der jungen Klimaaktivisten unrealistisch erscheinen: Der 16-jährige Schaffhauser Gianluca gibt sich kämpferisch. «Wir sollten die Ziele nicht jetzt schon hinterfragen. Entscheidend ist, mit voller Kraft so weit wie möglich zu kommen.»

Für Greta Thunberg ist vor allem wichtig, dass die ganze Welt endlich begreift, dass die Zukunft in den Händen der jetzigen Generation liegt. «Wir Jugendlichen sollten nicht so viel Verantwortung übernehmen müssen», sagt sie am Ende der Medienkonferenz. Sie würde lieber weniger im Mittelpunkt stehen. «Aber die Sache ist so wichtig», sagt sie. Für das zierliche Mädchen wird sich wohl in naher Zukunft nicht viel ändern. Am Freitag nimmt sie voraussichtlich am Klimastreik in Lausanne teil. Und dann beginnen die Vorbereitungen für die lange Reise mit einem Segelboot über den Atlantik, zum UNO-Klimagipfel in New York im September.

«Ihr seid nicht erwachsen genug»

Es begann im August des letzten Jahres. Greta Thunberg, 15 Jahre alt, beschliesst, die Schule zu schwänzen und stattdessen während dreier Wochen vor dem schwedischen Parlament zu sitzen. Tag für Tag protestiert sie gegen den mangelnden Willen der Politiker, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Ihre Proteste dokumentiert sie auf Instagram und Twitter und erreicht in kürzester Zeit weltweite Aufmerksamkeit. Im September beginnt sie, jeden Freitag in den Klimastreik zu treten.

Ende November 2018 tritt sie an der UNO-Klimakonferenz im polnischen Katowice auf. Das hochintelligente Mädchen mit Asperger-Syndrom fällt in seiner Rede mit provokativen Aufrufen auf: «Ihr seid nicht erwachsen genug, um die Wahrheit zu sagen.» Ihre Wahrheit basiert auf den Erkenntnissen der Klimaforscher, namentlich auf den Berichten des Weltklimarats IPCC. Im Januar 2019 spricht sie am Weltwirtschaftsforum in Davos.

Hunderttausende streiken

Die Aktion Thunbergs weitet sich inzwischen in rasantem Tempo aus. Unter dem Motto «Fridays for Future» streiken heute weltweit Hunderttausende Schülerinnen und Schüler jeweils am Freitag gegen den Klimawandel. Es gibt nationale und lokale Gruppierungen von Jugendlichen, die national und global Protestmärsche organisieren.

Auch in der Schweiz ist eine Bewegung entstanden: Zehntausende Jugendliche gehen auf die Strasse. Die Bewegung beeinflusst inzwischen die Schweizer Politik. In der FDP wird der Klimawandel zum politischen Thema vor den nationalen Wahlen im Herbst. Manche Schweizer Städte haben im Sog der in der Öffentlichkeit breit akzeptierten Proteste den Klimanotstand ausgerufen. Die Stadt Zürich zum Beispiel muss aufgrund der Motion einer rot-grünen Allianz abklären, wie man bis 2030 die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe auf null senken kann. Bisher waren die Massnahmen auf 2050 ausgerichtet, was dem Ziel des Pariser Klimavertrags entspricht.

Die Klimabewegung stösst aber auch auf Kritik. Die Methode des Schulstreiks kommt vor allem in rechtsbürgerlichen Kreisen nicht gut an. Auf manchen nationalen Webauftritten kämpfen die Jugendlichen gegen das Argument an, politisch gesteuert zu sein. An der europäischen Klimakonferenz in Lausanne sollen nun Delegationen aus 37 europäischen Staaten Richtlinien verabschieden, um der Bewegung eine einheitliche Haltung zu geben. Die Teilnehmerliste der Veranstaltung zeigt, dass «Fridays for Future» längst nicht mehr nur ein Anliegen Jugendlicher ist. Knapp 60 Prozent sind über 18 Jahre alt, der älteste Teilnehmer ist 58, der jüngste 11. (lae)

Basel Stadt Land Region

Verbrenner sollen verschwinden

Umweltschutz Die rot-grüne Mehrheit im Grossen Rat legt der Bevölkerung einen radikalen Gegenvorschlag zu einer Initiative des Gewerbeverbands vor und empfiehlt, diesen anzunehmen.

Martin Regenass

Traktoren mit Dieselmotoren, die an der Fasnacht einen Waggis-Wagen ziehen, Bauern, die zwischen Riehen und Basel ein Feld bestellen, ein Lastwagen, der Waren anliefern, oder ein Oldtimerconcours in der Freien Strasse: Stimmt die Basler Stimmbevölkerung dem im Grossen Rat verabschiedeten Gegenvorschlag zur «Zämme fahre mir besser!»-Initiative des Gewerbeverbands Basel-Stadt zu, dann wird es solche Bilder in der Stadt Basel, in Riehen und in Bettingen ab dem 1. Januar 2050 nicht mehr geben.

Die Basta, die Grünen, die SP und die GLP wollen mit dem Gegenvorschlag im Energiegesetz festschreiben, dass die «Gesamtverkehrsleistung auf dem Kantonsgebiet ausserhalb der Autobahnen bis 2050 ausschliesslich mit Verkehrsmitteln und Fortbewegungsarten abgewickelt wird, die emissionsarm, klima- und ressourcenschonend sind». Zudem müssen die Autos flächeneffizient sein.

Was genau dies bedeutet, ist in einem Bericht der das Geschäft vorberatenden Umwelt-, Verkehrs-, und Energiekommission (UVEK) angedeutet. So sollen in Basel-Stadt ab 2050 Stand heute nur noch elektro- oder wasserstoffbetriebene Fahrzeuge verkehren dürfen. Zudem sollen



Könnten ab 2050 in Basel-Stadt nicht mehr willkommen sein: Autos mit Benzinmotoren, in denen nur zwei Personen sitzen. Foto: Pino Covino

Für SVP-Grossrat Joël Thüring ist klar, dass jeder, der einen Diesel oder einen Benziner besitzt, das Kantonsgebiet ab 2050 nicht mehr befahren darf, falls das Volk dem Gegenvorschlag zustimmt. «Das wird nicht nur jene Leute betreffen, die hier wohnen, sondern auch Leute aus dem Ausland, die sich kein Elektroauto leisten können.»

Zwar nannte SP-Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels derartige Überlegungen in der Debatte einen «Mumpitz». Schliesslich sei das Strassenverkehrsgesetz Sache des Bundes und nicht des Kantons. Dieser habe nur einen kleinen Spielraum, welche Fahrzeuge in die Stadt hineinfahren dürften und welche nicht.

FDP-Grossrat Luca Urgese erwiderte darauf allerdings, dass es auch der Kanton Basel-Stadt sei, der die autofreie Innenstadt regelt und Bewilligungen für die Zufahrt erteilt. Ein derartiges Re-

gime könnte demnach auch an der Kantonsgrenze aufgezo-

gen werden. SP-Grossrätin Lisa Mathys sieht den Bauern in Bettingen keinesfalls gefährdet. Für sie ist klar, dass er seine Felder weiterhin bestellen kann. Auch könnten weiterhin Waren mit Lastwagen in die Stadt geliefert werden. Allerdings nicht mit Dieselantrieb. «Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es bis 2050 Trak-

Rat empfiehlt Parkplatz-Initiative zur Ablehnung

Der Gewerbeverband Basel-Stadt will mit einer zweiten Initiative die Parkplatzsituation für sämtliche Verkehrsteilnehmer verbessern. Für Roller, Motorräder, Velos und Autos sollen im Kanton genügend Parkplätze vorhanden sein. Damit soll der «klammheimliche Parkplatzabbau» gestoppt werden. Bei einer Annahme der Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteil-

toren und Lastwagen ohne fossilen Antrieb gibt. Ob für einen Oldtimerconcours in der Stadt noch eine Bewilligung erteilt wird, darüber wird man dann befinden müssen.»

«Rot-Grün fehlt der Mut»

Für Urgese ist klar, dass sich bis 2050 bessere Antriebstechnologien durchsetzen werden als Dieselmotoren. «Daher ist es absurd, dass Rot-Grün Gesetzesparagra-

fen mit einer Zielsetzung beschliesst, ohne aber genaue Massnahmen zu definieren, wie diese erreicht werden sollen.» Dafür fehle ihnen der Mut.

Der Gewerbeverband, der mit seiner Initiative eine Lockerung der Verkehrspolitik erreichen, Schikanen für Autofahrer abbauen und das unrealistische Reduktionsziel von zehn Prozent Autofahrten bis 2020 aus dem Gesetz streichen möchte, ist über den «Pseudo-Gegenvorschlag» enttäuscht.

Zwar wäre der Verband zusammen mit den Bürgerlichen für einen Kompromiss bereit gewesen, den Verkehr bis 2050 zu mindestens 90 Prozent auf emissionsfreie Antriebe umzustellen. Mit dem Entscheid sei aber klar geworden, dass Rot-Grün nicht an einem Kompromiss interessiert sei, sondern die heutige autofeindliche Verkehrspolitik intensivieren wolle.

Kommentar

Ein Verbot für 2050 ist Populismus

30 Jahre! Parlamentarier, deren Entscheidungen im Vierjahresrhythmus von Wählern bewertet werden, haben einen Gesetzesentwurf beschlossen, der erst in 30 Jahren zur Anwendung kommt. Blicken wir zurück: Vor 30 Jahren gab es keine Handys, kein Internet, kein GPS. Die ersten Personal Computer wurden vor 39 Jahren gebaut. 30 Jahre sind in Anbetracht der rasanten technologischen Entwicklung eine Ewigkeit.

Es ist schwer vorstellbar, dass wir in 30 Jahren noch mit der gleichen Technologie unsere Mobilitätsbedürfnisse abdecken wie heute. Die Autos, die uns im Jahr 2050 von A nach B bringen, sind noch längst nicht gebaut. Diese Autos der Zukunft sind heute noch nicht einmal im Entwicklungsstadium. Vor 30 Jahren haben wir erst so richtig begonnen, uns mehr Gedanken um die Umwelt zu machen. Seither haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Moderne Autos sind bedeutend umweltfreundlicher als damals. Es ist schlicht unvorstellbar, dass diese Entwicklung nicht weitergehen könnte. Die Menschen wollen mobil sein, sie lieben ihre Autos. Aber die Leute wollen auch eine intakte Umwelt. Wenn es eine bezahlbare und praktikable Alternative gibt, werden die meisten freiwillig umsteigen.

So viel ist wohl bereits sicher: Neue Autos werden im Jahr 2050 umweltfreundlich und ressourcenschonend sein. Ob das dann wirklich die mit Akkus betriebenen E-Autos sind, für die wegen des Lithiums und Kobalts derzeit ganze Landesteile unter fragwürdigen Bedingungen umgegraben werden, ist zumindest fraglich. Vielleicht fallen dann genau diese Autos auch unter das Verbot, weil andere Technologien längst besser sind. Das von der links-grünen Mehrheit geforderte Verbot für das Jahr 2050 bedient die eigene Wählerschaft und ist nur eines: reiner Populismus.



Alexander Müller
Stv. Ressortleiter Region
Basler Zeitung

Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

die Autos voll besetzt herumfahren müssen. Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb, also Benzin- und Dieselaautos, sollen verboten werden.

«Das ist Mumpitz»

Die Bürgerlichen wollten diese Passagen zu den Verkehrsmitteln und der Flächeneffizienz in dem Gegenvorschlag daher gestrichen haben. Sie unterlagen aber mit sämtlichen Änderungsanträgen der Ratslinken, die ihre Ideen zusammen mit der GLP locker durchbrachte.

Basel Stadt Land Region

Klimanotstand – die Grünen machen Ernst

Grosser Rat Werbeverbote für Fleisch und Flugreisen oder Bio-Pflicht für Kita-Kinder: In Basel hagelt es Klima-Vorstösse.

Nina Jecker

Klima-Aktivistin Greta Thunberg ist mit den führenden Politikern dieser Welt nicht zufrieden, wie ihre emotionale Standpauke am Klimagipfel gezeigt hat. In Basel hätte die Schwedin vielleicht mehr Freude, zumindest an den Bestrebungen einiger hiesiger Parlamentsmitglieder. Diese wollen nämlich vorwärtskommen in Sachen Klimaschutz und präsentieren dafür allerlei Forderungen.

Wie bereits in ihrem viel diskutierten Positionspapier angekündigt, verlangen vor allem die Grünen im Grossen Rat weitere und detaillierte Massnahmen zur Reduktion klimaschädlicher Gase. Zu den umstrittensten dürfte die Forderung nach einem Werbeverbot für klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen gehören, die die grüne Grossrätin Barbara Wegmann eingereicht hat.

«Einerseits sollen wir zum Schutz des Klimas den Konsum von tierischen Produkten reduzieren, auf Flugreisen verzichten, mit dem Velo zur Arbeit fahren und den Konsum ganz generell mässigen. Andererseits werden wir laufend mit Werbebotschaften konfrontiert, die uns dazu animieren, genau das Gegenteil zu tun», kritisiert die Politikerin und verlangt Konsequenz. Den Klimanotstand auszurufen, aber im öffentlichen Raum Werbung für besonders schädliche Produkte und Dienstleistungen zu gestatten, sei widersprüchlich.

Gemüse aus dem Hinterhof

Die Regierung soll nun prüfen, nach welchen Kriterien die Einteilung in die Kategorie «besonders klimaschädlich» überhaupt möglich wäre und wie man die Werbung für solche Produkte einschränken könnte. Wegmann



Basler Grüne wollen pro Quartier 1000 Quadratmeter kommunale Anbaufläche, so wie hier auf einer Brache in Zürich. Foto: Reto Oeschger

«Den Klimanotstand auszurufen, aber im öffentlichen Raum Werbung für schädliche Produkte gestatten, ist widersprüchlich.»

Barbara Wegmann
Grünen-Grossrätin
Basel-Stadt

schlägt gleich selber ein paar Dinge vor, die vermutlich auf der schwarzen Liste landen würden, wie etwa Flugreisen, SUV-Fahrzeuge und tierische Erzeugnisse.

Konkret könnte das bedeuten, dass in Zukunft auf Basler Plakaten keine Milch, Cervelats oder Lederschuhe mehr beworben werden dürften. Wegmann verweist auf die Plakatverordnung, die bereits Verbote enthält, etwa für rassistische oder sexistische Werbung sowie für Werbung für Alkohol und Tabak. Ebenfalls von

Wegmann stammt die Idee, in öffentlich-rechtlichen sowie in staatlich unterstützten Institutionen wie Kindertagesstätten, Quartiertreffpunkten oder der Uni-Mensa vornehmlich Lebensmittel aus biologischem Anbau zu servieren. Sie stellt sich einen Bio-Anteil von 80 Prozent vor, der bis zum Jahr 2030 erreicht werden soll. Vorzeigebispiel sei Kopenhagen, wo ein Anteil von 90 Prozent erreicht wurde – dank der Reduktion von Fleisch, dem Verzicht auf Fertigprodukte und

der Eindämmung von Lebensmittelverschwendung offenbar sogar kostenneutral. Zusätzlich zu Bio fordert Wegmann die Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte.

Eine Idee, wie regional produziert werden könnte, bringt die Grüne Jo Vergeat in den Grossen Rat. Ihr Wunsch, in der Stadt Flächen zum Gemüse- und Obst-anbau zu schaffen, ist zwar nicht neu. Doch Vergeat wird ungewohnt konkret. Ihr schwebt pro Quartier ein kommunaler Garten

von mindestens 1000 Quadratmetern vor. Das durch Freiwillige und – «das versteht sich von selbst» – biologisch angebaute Gemüse solle dann günstig an Bedürftige abgegeben werden. Parteikollegin Michelle Lachenmeier fordert ihrerseits, dass auf

«Es versteht sich von selbst, dass die Bewirtschaftung unter biologischen Grundsätzen zu erfolgen hat.»

Jo Vergeat
Grünen-Grossrätin Basel-Stadt

Märkten, an Buvetten und an Veranstaltungen mehr Regionales und Biologisches angeboten wird. Dies könnte durch die Reduktion von Standgebühren erreicht werden. Das gefällt nicht nur im linken Lager, der Anzug wurde auch von Vertretern der SVP und der FDP unterzeichnet.

Basel als Bio-Stadt

Die grünen Grossräte Harald Friedl und Jérôme Thiriet haben weitere Vorstösse parat. Thiriet schlägt die Schaffung eines neuen Bio-Labels für Städte vor, während Friedl sich wünscht, dass Basel sich um die Verleihung des bereits bestehenden Knospe-Labels bemühen soll. Damit wurde bislang die Genfer Gemeinde Lancy ausgezeichnet. Dort werden unter anderem nur organische Düngemittel eingesetzt, und auf Pestizide wird verzichtet.

Ob auch Basel schon bald zur Bio-Stadt wird, muss der Grosse Rat entscheiden. Er wird über die Klimaideen abstimmen.



Jugendliche sind in diesem Jahr regelmässig und zahlreich fürs Klima auf die Strasse gegangen. Wie hier an einem Freitag in Bern. Foto: Susanne Keller

Die Klimabewegung öffnet sich

«Strike for Future» Die Klimajugend will nicht mehr nur gegen die Ausbeutung der Erde, sondern auch gegen jene des Menschen protestieren. Dadurch erhofft sie sich eine breitere Unterstützung.

Janine Hosp

Die jungen Aktivistinnen und Aktivisten wollen am Freitag, 15. Mai 2020, so viele Personen wie möglich dazu bringen, für den Klimaschutz auf die Strasse zu gehen. «Strike for Future» soll nicht nur eine Schülerdemo sein, sondern ein nationaler Grossanlass wie der Frauenstreik; an diesem nahmen am 14. Juni dieses Jahres in der Schweiz über eine halbe Million Frauen und Männer teil.

«Noch lange nicht alle Menschen haben das Ausmass der Klimakrise erfasst. Wir alle hier sind uns einig, dass uns die Zeit davonrennt», sagen die Jugendlichen und ihre Unterstützer, die am Dienstagmorgen dicht gedrängt an einem langen Tisch vor den Medien sitzen. Deshalb

brauche es eine breitere Unterstützung als bis anhin.

So haben die Aktivistinnen bereits eine entsprechende Anfrage beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) deponiert. Mit dessen Hilfe wollen die Schüler und Studenten die Erwerbstätigen erreichen. «Die Klimakrise ist unzertrennlich mit sozialen Fragen verknüpft», begründete eine Aktivistin die Anfrage an die Gewerkschaft. Die Lösung der Krise dürfe nicht zulasten derjenigen gehen, die wenig haben – es gehe um Klimagerechtigkeit. Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes, bestätigt den Eingang der Anfrage. Ob der SGB sie aber gutheissen werde, stehe noch nicht fest – sie müsse in den verschiedenen Ausschüssen noch sorgfältig diskutiert werden.

An den Arbeitgeberverband hingegen sind die Aktivistinnen nicht gelangt – auch wenn dessen Mitglieder von einem Streik unmittelbar betroffen wären. Die Jugendlichen möchten, dass die Gewerkschaften direkt in die Betriebe gehen und dort die Ansprechpartner für die Angestellten sind.

«Unsere Aufgabe ist es, Druck aufzubauen»

Die Klimaaktivisten konnten ihre Basis bereits verbreitern. An der Medienkonferenz sprachen Vertreterinnen von «Eltern fürs Klima» und von «Grosseltern fürs Klima», von «Landwirtschaft mit Zukunft» und vom Frauenstreik. Auch eine Vertreterin von «Workers for Future» sass mit am Tisch – einer Bewegung, die aus dem Jugendstreik hervorging

und am vergangenen Sonntag ihre erste nationale Versammlung abgehalten hat. Beim Sprechen stoppten die Referentinnen jedes Mal kurz vor der Endung «-innen»; so wollten sie deutlich machen, dass Männer mitgemeint sind.

Bereits in den Referaten zeichnet sich ab, dass die Hinzugekommenen an der Grossdemo ihre eigenen Forderungen einbringen wollen – es fallen Schlagworte wie Solidarität, Gleichstellung, Lohnabbau, Rente, Arbeitskampf, Kurdistan und Femizid. All dies findet nicht mehr unter dem Begriff Klima Platz. So sagen die Aktivistinnen auch, sie wollten sich fortan gegen die Ausbeutung von Erde und von Mensch wehren.

Welche Forderungen sie am 15. Mai konkret stellen, dazu äus-

serten sie sich an der Medienkonferenz aber nicht: «Unsere Aufgabe ist es, Druck aufzubauen. Wie unsere Ziele erreicht werden können, ist Aufgabe der Politikerinnen», sagten sie. Ihr erklärtes Ziel ist es, den CO₂-Ausstoss im nächsten Jahr um 13 Prozent zu senken und bis 2030 auf «netto null». Das heisst, dass zum Beispiel auch die Wirkung von Klimaschutzprojekten berücksichtigt wird.

So wird «Strike for Future» nicht mehr nur eine Klimademo sein, sondern eine Bewegung, die insbesondere linke Forderungen vertritt. Der Aktivist Tiziano de Luca sagt dazu, die Reichen hätten Geld dafür, etwas zu ändern. Jene, die kein Geld hätten, hätten das Mittel des Streiks. Damit könnten sie Druck aufbauen.

Klimastreiken für Erwachsene – das müssen Sie beachten

Juristisch ist ein Klimastreik kein Streik, sondern ein politischer Protest. Das hat Folgen für alle Angestellten.

Wann ist ein Streik ein Streik?

Nicht nur Schüler, sondern auch Spitalangestellte oder Bauarbeiter sollen am Freitag, 15. Mai 2020, für das Klima «streiken». Der Aufruf der Klimabewegung vom Dienstag hat allerdings einen Haken: «Beim Klimastreik handelt es sich im juristischen Sinn nicht um einen Streik, sondern um eine politische Meinungsäusserung», sagt Arbeitsrechtler Thomas Geiser. Das sei nicht anders als beim Frauenstreik vom letzten Juni. Will also jemand während der Arbeitszeit «streiken», muss man sich diese

Absenz vom Arbeitgeber bewilligen lassen. Juristisch spricht man von einem Streik, wenn es um arbeitsrechtliche Fragen geht. Die Forderungen müssen sich konkret an einen Arbeitgeber richten. Und der Streik muss von einem Sozialpartner ausgehen. Alle drei Kriterien erfüllt eine Klimakundgebung nicht.

Wie reagieren die Firmen?

Diese Zeitung hat von einem Dutzend grosser Arbeitgeber Rückmeldungen dazu erhalten, wie sie mit einem Klimastreik umgehen wollen. Von der Migros

über die UBS bis zur ABB betonen alle, dass sie das Klimathema für wichtig halten und interessiertem Angestellten grundsätzlich die Teilnahme am Streik ermöglichen wollen – auf Antrag und nicht als bezahlte Arbeitszeit. Während Dienstleistungsbetriebe wie die Swisscom oder die Bundesverwaltung betonen, dass bei ihnen ohnehin zeitlich flexibel gearbeitet werde, stellen Betriebe wie Roche und Emmi oder auch das Berner Inselspital klar, dass durch den Klimastreik keine Engpässe oder Produktionsausfälle entstehen dürfen.

Darf der Arbeitgeber die Teilnahme verweigern?

Den Frauenstreik habe man als Arbeitgeberverband wohlwollend begleitet und den Mitgliedern auch empfohlen, Absenzanfragen nach Möglichkeit zu bewilligen, sagt Sprecher Fredy Greuter. Im Fall der Klimakundgebung habe man sich als Verband noch nicht festgelegt. Ohne Begründung ablehnen könne ein Arbeitgeber das Gesuch um Absenz nicht, sagt Arbeitsrechtler Thomas Geiser. Auch ein Nein aus politischen Gründen sei nicht möglich.

Was passiert bei einer unentschuldigtem Absenz?

Verlasse ein Angestellter einfach seinen Arbeitsplatz, um zu demonstrieren, müsse er mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen, sagt Greuter vom Arbeitgeberverband. Einmaliges Blaumachen könne etwa zu einem Verweis führen, sagt Arbeitsrechtler Geiser. Jedoch nicht zu einer fristlosen Entlassung – ausser eine unbewilligte Absenz habe für den Arbeitgeber schwerwiegende Folgen.

Luca De Carli

Aus Erbsen machen sie Fleisch

Ernährung Den Klimawandel bremsen? Das gehe nur über unsere Ernährung, sagen Experten.

Ein Schweizer Start-up steht kurz davor, einen beträchtlichen Beitrag dazu zu leisten. Mit echtem falschem Pouletgeschnetzeltem.

Christof Gertsch

Der Raum ist kaum grösser als eine Abstellkammer, aber was hier entsteht, könnte die Welt verändern.

Oder muss die Welt verändern.

Vier Stühle, drei Computer, eine leere Wand für Notizen: Das ist das Hirn von Planted, einem ETH-Start-up, das gerade eine ziemlich verrückte Erfolgsgeschichte schreibt. Weniger als ein Jahr ist es her, dass sich Planted mit einem Prototypen seiner Ware auf den Markt wagte. Und jetzt dauert es nur noch Tage, dann ist die Ware in 200 Filialen eines grossen Schweizer Detailhändlers erhältlich.

Die Ware? Fleisch ohne Tier. Aber nicht so, wie man es bisher kannte, kein matschiges Gemüsepatty, kein fader Tofuburger. Sondern bissfestes Pouletgeschnetzeltes, dem Original in Aussehen, Geschmack und Nährwert verblüffend ähnlich.

«Gepflanzt, nicht geschlachtet»: Das ist das Motto von Planted, das Motto einer ganzen Industrie, die gerade entsteht. Es ist eine Vision mit einer gewissen Eile. Die, die sich auskennen, sagen: Wollen wir den Klimawandel bremsen, müssen wir dringend unseren Fleischkonsum reduzieren.

Zum Beispiel Tim Searchinger, Wissenschaftler an der Princeton-Universität und Verfasser des UNO-Reports «Creating a Sustainable Food Future» («Eine nachhaltige Nahrungszukunft erschaffen»). Oder Jonathan Safran Foer, Autor des Weltbestsellers «Wir sind das Klima!». Oder Daniel Bretscher, Treibhausgaspezialist am Schweizer Forschungszentrum Agroscope.

Zwang zur Veränderung

Bei der Vorstellung seines Reports im vergangenen Sommer in Washington forderte Searchinger: «50 Prozent weniger Fleisch in Nordamerika, 50 Prozent weniger Fleisch in Europa, 75 Prozent weniger Fleisch in Brasilien.» In seinem Buch schreibt Foer: «Unsere Ernährung umzustellen, wird nicht ausreichen, um die Erde zu retten, aber wir können sie nicht retten, ohne uns anders zu ernähren.» Und am Telefon sagt Bretscher: «Auto fahren, fliegen, heizen: Da ist die Umweltbelastung inzwischen vielen klar. Aber das Bewusstsein, dass sich unser Nahrungsmittelkonsum auch negativ auf die Umwelt auswirken kann, scheint noch immer wenig verbreitet.»

Darum ein paar Fakten:

— Die Landwirtschaft verursacht ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen.

— Mehr als 80 Prozent davon entfallen auf die Nutztierhaltung.

— Wären Kühe ein Land, würden ihre Emissionen die der EU über- und nur jene von China und den USA unterschreiten – vor allem wegen des Klimagases Methan, das sie beim Wiederkäuen in Unmengen ausstossen.

— In der Schweiz werden pro Jahr rund 440 000 Tonnen Fleisch konsumiert. Macht 52 Kilo pro Person. Das ist 70 Prozent mehr als von der Ernährungswissenschaft empfohlen.

— Der Ernährungsdruck von Veganern ist bis zu 40 Prozent kleiner als der von Fleischessern.

Fleischesser überzeugend

Searchinger, Foer, Bretscher – sie alle sagen, es brauche einen Paradigmenwechsel. Früher verzichteten Menschen auf Fleisch, weil es für sie selbst gesund war. Oder fürs Tierwohl. Heute sollten sie es tun, weil es für die Umwelt gesund ist. Doch dafür sind neue Produkte nötig. Solche, die in ihrer Ähnlichkeit zu Fleisch so überzeugend sind, dass auch Fleischesser sie kaufen.



Bissfestes Pouletgeschnetzeltes, dem Original in Aussehen, Geschmack und Nährwert verblüffend ähnlich: «Planted Chicken Bowl» in der ETH-Mensa. Fotos: Reto Oeschger

In Zahlen

440 000

Tonnen Fleisch werden in der Schweiz pro Jahr konsumiert. Das sind 52 Kilo pro Person und 70 Prozent mehr als von Ernährungswissenschaftlern empfohlen.

300

Kilo Pouletgeschnetzeltes konnte Planted bisher pro Tag produzieren. In Zukunft soll es die zehnfache Menge sein.



Eine reine Zutatenliste: Erbsenprotein, Erbsenfasern, Rapsöl und Wasser.

Hier kommt die Abstellkammer ins Spiel, Pardon: Raum LFV E22 am Ende eines langen Gangs im vierten Stock des Instituts für Lebensmittelwissenschaften der ETH Zürich. «Willkommen!», sagt Lukas Böni, einer der vier Gründer von Planted, während er die letzten Bissen seines Mittagessens verdrückt: vegetarische Fleischbällchen eines Konkurrenten.

Wobei: Konkurrent ist falsch. Böni, 30-jährig, betrachtet Hersteller von Fleischersatzprodukten nicht grundsätzlich als Konkurrenten. Sondern nur, wenn sie ungeniessbares Zeug auf den Markt bringen. «Wir befinden uns in einer Phase, in der das Bild der Branche definiert wird. Eine schlechte Erfahrung reicht, um der ganzen Branche keine zweite Chance zu geben.»

Darum Planted, als Idee entstanden vor zwei Jahren. Als Bönis Cousin Pascal Bieri, ein Betriebsökonom, während eines längeren USA-Aufenthalts feststellte, wie gross die pflanzenbasierte Bewegung dort schon war, wollte er wissen: «Was passiert eigentlich in der Schweiz?» Böni sagte: «Nichts.»

Böni war gerade Vater geworden. Die Frage, die ihn schon vor der Geburt seiner Tochter gequält hatte, harrete nun nicht mehr länger einer Antwort: Was kann er dazu beitragen, um seinem Kind eine bessere Welt – oder zumindest keine schlechtere – zu hinterlassen? Zusammen mit Bieri verfasste er einen Zweiseiter und stellte das Projekt seinem Professor vor. Dieser führte sie zum Doktoranden Eric Stirnemann.

Stirnemann ist ein Tüftler, wie Böni ein Lebensmittelverfahrenstechniker, und damals befasste er sich schon seit geraumer Zeit mit den Geheimnissen des Extruders, der im Labor im zweiten

Stock des Instituts steht. Noch wurde das Gerät nur zu Forschungszwecken benutzt, doch das änderte sich nun.

Wenn Raum LFV E22 das Hirn von Planted ist, wo Bestellungen aufgenommen, Produktionsprozesse geplant und Arbeitszeiten arrangiert werden, dann ist der Extruder das Herz.

Bei der Extrusion handelt es sich um ein Verfahren, das ursprünglich für die Kautschukverarbeitung entwickelt wurde, seit den 60er-Jahren aber auch in der Lebensmittelindustrie Anwendung findet: für Erdnussflips, Cornflakes, Spaghetti. Für die zweite Generation pflanzlicher Fleischersatzprodukte ist sie zentral, denn mit ihr lassen sich die extrahierten Pflanzenproteine, die auf mikroskopischer Ebene eine kugelige Form haben, in die faserige und gestreckte Form tierischer Muskelfaserproteine verwandeln.

Nur vier Zutaten

Das Prinzip ist immer dasselbe: Durch Rotation zweier Schrauben werden die Zutaten im Extruder erhitzt und unter Druck gesetzt. Gleichzeitig wirken Scherkräfte wie bei einer Pastamaschine. So entsteht ein Teig, der durch eine Düse gepresst und abgekühlt wird.

Die Unterschiede liegen im Detail. Zum einen bei den Feineinstellungen des Extruders, weshalb kein Hersteller zu viel verraten will, auch Planted nicht. Zum anderen bei der Zutatenliste. Und die ist bei Planted gleich aus zwei Gründen besonders.

Erstens verwendet das Start-up nicht Soja, sondern die in der Schweiz leichter anbaubaren gelben Erbsen – auch weil die Gründer möchten, dass die hiesige Landwirtschaft nicht von den Entwicklungen in der Lebensmittelbranche

abgehängt wird. Zweitens setzt sich ihr Geschnetzeltes aus nur vier Bestandteilen zusammen: Dem Gelberbsenprotein und den Erbsenfasern wird lediglich noch Wasser und Rapsöl beigemischt.

Das ist eine bemerkenswert reine Zutatenliste – und wahrscheinlich eine der Hauptursachen, weshalb die erste Finanzierungsrunde so erfolgreich verlief: Der Finanzfachmann Christoph Jenny, Vierter im Bunde des Gründerteams, sammelte sieben Millionen Franken. Das Geld stammt von Investmentfonds und Privatinvestoren, darunter die Unternehmer Philippe Gaydoul, Stephan Schmidheiny und Rolf Hiltl.

Der Clou: Pouletgeschnetzeltes von Planted ist viel umweltfreundlicher als solches vom Tier. In der Herstellung verbraucht es nur etwa ein Drittel so viel Land und Wasser und verursacht auch nur ein Drittel so viel Treibhausgase.

15 Angestellte hat Planted, Tendenz steigend. Bisher konnte man pro Tag 300 Kilo Pouletgeschnetzeltes produzieren. Nun folgt der Umzug ins «The Valley», das ehemalige Maggi-Areal im Kempththal, wo die zehnfache Menge hergestellt werden soll. «Jetzt fangen wir erst richtig an», sagt Lukas Böni.

Die Planted-Gründer haben einen Traum. In Zukunft, hoffen sie, wird es nicht mehr nötig sein, pflanzenbasierte Proteinprodukte mit Fleischnamen zu erklären. Sie stellen sich ein Supermarktregal vor, nach Proteinquelle sortiert: Kuh, Schwein, Erbse, Weizenkorn, Sojabohne. Und vertikal nach Struktur: Geschnetzeltes, Wurst, Hack.

«Das ist doch eine schöne Vision, nicht?», sagt Lukas Böni. «Man wählt nicht mehr das Tier, sondern Quelle und Form. Und im Idealfall wäre das Tier irgendwann ganz raus.»

«Kein kleiner Teil der Klimabewegung will die Abschaffung des Kapitalismus»

Klimawandel Der Ökonom Thomas Straubhaar hält wenig von einer Verbotskultur. Was es braucht, ist für ihn klar: Innovation.

Sebastian Briellmann

Sie kritisieren den Weg der Klimabewegung «Fridays for Future» stark – obschon Sie mit den Anliegen sympathisieren. Warum?

Positiv ist, dass «Fridays for Future» ein Bewusstsein für einen ökologischen Systemwandel schafft. Aber die geforderte Askese, also die vielen Verbotsideen, halte ich für nicht zielführend. Und besonders negativ ist, dass aus der Bewegung heraus auch ein antikapitalistischer Systemwechsel propagiert wird.

Was ist denn zielführend – und ökonomisch sinnvoll?

Innovation. Nur so ist eine grundsätzliche Technologieänderung möglich, die für eine sinnvolle Reduktion des CO₂-Ausstosses unverzichtbar nötig ist.

Die Klimabewegung kritisiert, man spreche immer nur von vagen Begriffen wie Innovation. Nennen Sie konkrete Ideen.

Was mich am meisten überzeugt und ich als riesige Chance sehe, ist alles, was mit Wasser, dem knappsten Rohstoff des Jahrhunderts, zu tun hat. Das beginnt bei einer weit stärkeren Ausschöpfung des enormen Potenzials des Wasserstoffs bis zur Entsalzung von Wasser, was die Trinkwassermenge enorm erhöhen hilft. Wasser ist wie ein Perpetuum mobile, daraus kann so viel entstehen. Israel und das Silicon Valley sind bei der Entsalzung von Meerwasser führend in der Umsetzung, es ist also möglich. Eine weitere realistische Massnahme wäre die Synthetisierung des Kerosins.

«Schweizer Firmen liefern Technologie, die Lokalen vor Ort ihr Know-how. Grünes Investment, wie es sein müsste.»

Problem gelöst. Die hysterische Klimabewegung braucht es also nicht mehr.

Verstehen Sie mich richtig: Gegen «Fridays for Future» habe ich nichts, sie haben die Debatte angestoßen. Aber ich kritisiere ihren Weg. Sehen Sie: Wir könnten in der Schweiz schon alle mit Autofahren aufhören und weniger fliegen – aber das bringt global gesehen nichts. Wenn wir aber mit unserem Forschungsstand und Wissen innovative Projekte zur CO₂-Vermeidung unterstützen, machen wir viel mehr fürs Klima. Dass «Ökonomie für Ökologie» die wohl wirkungsvollste Massnahme für Klima-Anliegen ist, hat die Bewegung leider noch nicht verstanden.

Wie soll die Umsetzung stattfinden, ist diese überhaupt realistisch?

Es ist zynisch, nur auf Verzicht zu setzen und diese Strategie auch in Weltregionen durchset-

zen zu wollen, die nichts haben, worauf sie verzichten könnten. Wir können unseres eigenen hohen Verschleisses wegen nicht so arrogant sein – und anderen Ländern vorschreiben, was sie jetzt zu tun hätten.

Mit dreckiger Energie holt Indien Millionen aus der Armut, schliesst sie endlich dem Stromnetz an. Dagegen ist nichts zu sagen. Wie also sieht ein Weg, sagen wir, der Zusammenarbeit aus?

Zuerst einmal müsste der Westen Direktzahlungen für Verzicht auf Abholzung von Regenwäldern oder den Bau weiterer Kohlekraftwerken leisten. Beispiel Amazonas: Wir zahlen Milliarden, Brasilien Holz nicht mehr ab. In einem zweiten Schritt entwickelten die betroffenen Länder ihre Strategie mit neuartigen Technologien. Dort könnten wir technologische Unterstützung bei Sonne-, Wind- und Gezeitenenergiegewinnung liefern.

Ist Indien fähig, dies zu tun? Sie sind fähig, eine Atombombe zu bauen...

... ist Indien willens? Vom Klimawandel hört man dort nichts, auch in China nicht.

Das ist der entscheidende Punkt. Diese Länder haben andere Probleme – wie Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit. Aber technisch wäre es machbar. Nehmen wir Indien. Dort wäre Sonnenkraft eine effektive grüne Energie. Mir schweben deswegen in einem Zehn-Jahres-Horizont Joint Ventures vor. Schweizer Firmen liefern Technologie, die Lokalen bringen ihr Know-how. Das ist für mich grünes Investment, wie es sein müsste.

Sind Sie da nicht zu euphorisch? Ich denke nicht. Wenn ich mir die Smartphones anschau, die sich auf der ganzen Welt in einem unfassbaren Tempo durchgesetzt haben, sehe ich: In Indien genauso wie in Afrika haben wir bereits eine sehr respektable Dichte an E-Banking. Von Finanztransaktionen via Internet waren diese Weltregionen zuvor weit entfernt. Man hat technologische Schritte übersprungen. Das ist doch auch bei neuen Energieträgern möglich.

Von konkreten Projekten hört man allerdings noch nichts. Marktwirtschaftliche Instrumente wirken dann am besten, wenn es dem Menschen schlecht geht. Wenn es ums Geldverdienen und

Die Welt im Blick

Der Ökonom Thomas Straubhaar ist auch ein ausgewiesener Migrationsforscher. Straubhaar, geboren 1957 in Unterseen im Kanton Bern, ist Professor an der Universität Hamburg, mit einem Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen. 2008 bis 2011 gehörte er dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration an. Die BaZ traf Thomas Straubhaar am Anlage- Apéro der Bank SoBa. (sb)



Alles, was mit Wasser zu tun hat, sieht er als riesige Chance: Thomas Straubhaar. Foto: Florian Bärtschiger

ums Sparen geht, ändern sich Verhalten, Anreize und Technologien am schnellsten. Aber ich gebe zu, dass meine Generation da noch nicht im notwendigen Umfang den Willen hat, sich der ökologischen Transformation zu stellen, und vieles auf künftige Generationen abwälzt.

Keinen Willen, wirklich?

Ein Beispiel. Die deutsche Automobilindustrie ist weltweit immer noch führend, aber mit dem Wandel tut sie sich enorm schwer. Warum? Sie haben die neuen Technologien, alles da, aber das Elektroauto kommt genauso daher wie der Benziner – ist aber schlechter, langsamer und erst noch teurer. Da muss man doch alle verstehen, die den Benziner kauften.

Was ich nicht verstehe: Wir sprechen von möglichen Lösungen. Warum hört man solche Diskussionen nicht von den Befürwortern der Klimabewegung, sondern immer nur apokalyptische Drohungen?

Wie zu Beginn erwähnt: Kein kleiner Teil der Klimabewegung hat einen Systemwechsel im Sinn, der interessiert sich nicht

für sinnvolle Innovationen und Geschäftsmodelle, der will die Abschaffung von Kapitalismus und Marktwirtschaft.

Und die Politik kuscht vor den Extremen.

Sie wissen ja, wie Politik funktioniert. Alle wollen (wieder) gewählt werden, deshalb folgt die Herde meist den Trends.

«Die deutsche Strategie ist, ganz nüchtern und ohne normativ moralische Wertung, ziemlich peinlich.»

Gerade in Deutschland ist es überhaupt nicht sicher, ob die Klimabewegung eine Mehrheit hat. Die wollen keine Verbote, keine Drangsalierung – und Auto fahren müssen sie, weil sie sonst nicht zur Arbeit kommen. Absolut. Das ist ein grosses Problem. Ich bin sicher, dass der Klimawandel das herausragende Problem unserer Zeit ist – aber

wenn der moralische Impetus regiert, wie bei vielen Glaubensgemeinschaften, wenn man den Abtrünnigen mit der Moralkeule droht, bleibt zu oft und zu rasch die Vernunft, bleiben Mass und Mitte auf der Strecke.

Die Energiewende in der Schweiz, in Deutschland: Geht das nicht in die Richtung «Gut» und «Böse»? In Deutschland droht nun wegen der Abkehr von Braunkohle und Kernkraft ein Blackout. Es wird nun als Folge noch dreckigerer Strom aus dem Ausland importiert.

Das ist, ganz nüchtern und ohne normativ moralische Wertung, ziemlich peinlich. Baden-Württemberg schliesst seine Kernkraftwerke, die höchsten regulatorischen Ansprüchen entsprechen – und importiert dann billigen Atomstrom aus dem Ausland. Das ist natürlich sinnfrei.

Also sind Sie für mehr Kernkraft?

Ein Ökonom sollte sich da zunächst einmal nüchtern raushalten; er sollte sich darauf fokussieren, das, was technisch sinnvoll ist, ökonomisch möglich zu

machen. Das Ziel muss die Politik vorgeben, den Weg können dann Technik und Ökonomie aufzeigen.

Sie weichen aus.

Nein. Ich bin indifferent. Man muss immer alle Möglichkeiten ohne Vorurteile durchspielen – und dann entscheiden. Skandinavien setzt jetzt wieder auf eine moderne Kernkraft. Wenn sich eine Gesellschaft dafür entscheidet, finde ich das eine legitime Möglichkeit auf dem Weg zur Klimaneutralität. Ein Glaubenskrieg, was richtig ist, ist kontraproduktiv.

Neben technischen Lösungen – wie muss das hohe prognostizierte Bevölkerungswachstum einbezogen werden? Sind 10 Milliarden Menschen überhaupt verkraftbar für den Planeten?

Fakt ist doch heute schon: Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf jeden Fall und bei jedem Szenario noch stark zunehmen, das Wachstum ist also unumkehrbar. Umso mehr fühle ich mich bestärkt, dass nur Innovation dieses Wachstum managen kann.

Und ab 2050?

Der Ökonom kann aus Erfahrung sagen, dass das Bevölkerungswachstum nur gebremst werden kann, wenn der Wohlstand in einem Land deutlich spürbar zunimmt. Das bedingt einen viel stärkeren Einbezug der Frauen in die marktliche Erwerbsarbeit in Dritt- und Schwellenländern. Je stärker das Haushaltseinkommen vom Beitrag der Frauen abhängig ist, umso geringer wird die Geburtenrate.

Ist das starke wirtschaftliche Wachstum allein dafür verantwortlich – oder wäre auch ein politisches Vehikel wie die Ein-Kind-Politik sinnvoll?

Eine interessante Frage. Ich denke, Ersteres ist klar zielführender: In China war es der kapitalistische Ansatz der kommunistischen Partei, der das unglaubliche Wachstum ermöglicht hat.

Glauben Sie auch nicht an eine Ein-Kind-Politik, weil es zu Missbrauch kam, nur Knaben erwünscht waren?

Auch. Aber vor allem, weil eine Ein-Kind-Politik die demografischen Problem alternder Gesellschaften noch viel gravierender als bei uns verschärft. Wir beschweren uns ja schon, wenn ein Erwerbstätiger einen Rentner finanzieren muss; in China müssen Einzelkinder zwei Eltern finanzieren.

Sind Sie überhaupt optimistisch, dass Ihre Ideen erfolgreich sein, die Innovationen sich durchsetzen werden?

Ich ziehe daraus meine Motivation, mich auch öffentlich mit diesem grossen Thema zu beschäftigen, weil es nur so gelingen kann. Es ist doch unsere Verpflichtung, gerade für meine Generation, Lösungen zu kreieren für die Probleme, die wir verursacht haben. Denn klar ist: Rückwärts in die Zukunft geht nicht.

Aktivist:innen

Klimajugend verstärkt Druck auf Roger Federer

Nach dem Freispruch vor Gericht sind sie im Hoch: Junge Aktivist:innen sagen, Roger Federer könne zum Klimahelden werden, wenn er als Markenbotschafter die CS zum Umdenken bewege. Tut er das nicht, droht ihm die Rolle des Buhmanns.

Othmar von Matt

Sie betreten die Lausanner Filiale der Credit Suisse an der Rue du Lion d'Or mit Tennisschlägern. Und als erstes geben die Peace Keeper der Gruppe Entwarnung: «Keine Angst. Wir greifen niemanden an, schlagen nichts kaputt.» Dann machten sich die bunt gekleideten Aktivist:innen ans Einlaufen, spannten ein Netz auf und spielten Tennis.

Sie nahmen damit Bezug auf Roger Federer, seit 2009 Markenbotschafter der Credit Suisse. Die Aktion fand unter dem Hashtag #SiRogerSavait statt: Wenn Federer nur wüsste, dass «seine» Bank «das Klima zerstört», wie auf einem Transparent zu lesen war.

Das Tennisspiel fand am 22. November 2018 in den CS-Filialen Lausanne, Genf und Basel statt. Am Montag erreichte es plötzlich weltweites Aufsehen, weil Richter Philippe Colelough die zwölf Aktivist:innen von Lausanne freisprach vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs. Seine Begründung: der «rechtfertigende Notstand» der Klimakrise.

Im März gibt es eine provisorische schwarze Liste der Banken

Für die Klimajugend ist das Urteil idealer Ausgangspunkt für einen umfassenden Angriff auf den Schweizer Finanzplatz. Sie hat ihn schon im November eingeleitet mit 300 Briefen an Banken und Versicherungen. Am 1. März will die Bewegung eine provisorische schwarze Liste der Schweizer Banken publizieren, die als Klimaverschmutzer gelten. Im Juni wird sie definitiv.

Auch Roger Federer soll noch stärker unter Druck gesetzt werden. Der globale Tennisstar hatte sich am Tag vor dem Prozess in Lausanne überraschend zu Wort gemeldet und «grossen Respekt und Bewunderung für die Jugendklimabewegung» ausgedrückt.

Mit dem Statement öffnete Federer eine Tür. Die Klimabewegung will nun mehr. «Unser Ziel ist es, dass er die CS öffentlich dazu auffordert, ihre Investitionspolitik zu ändern», sagt Olivier de Marcellus vom Genfer Kollektiv Break Free. «Und dass er seine Beziehung zur CS abbricht, falls sie das nicht tut.»

De Marcellus liegt mit Break Free am Ursprung der Federer-Aktion vom 22. November 2018. Das Kollektiv hatte am 8. Februar 2019 versucht, auch direkt mit Federer in Kontakt zu treten, als dieser für den Laver-Cup in Genf war. «Ein Treffen wurde uns aber aus Sicherheitsgründen verweigert.»

De Marcellus glaubt, Federer biete sich zurzeit ein historisches Zeitfenster. «Er kann zum Klimahelden werden», sagt er. Stephanie Wyss vom Klimastreik warnt, dass es auch anders laufen könnte. Die Bewegung würde es «sehr begrüßen», wenn Federer die CS vom Divestment, dem Ausstieg aus den fossilen Investitionen, überzeugen könnte, sagt sie. «Federer ist eine sehr beliebte Persönlichkeit. Seine Verbindung mit der Umweltzerstörer:in CS schadet aber

seinem Image.» Oder anders formuliert: Schafft Federer die Heldenrolle nicht, droht ihm jene des Buhmanns.

Dass die Klimaaktivist:innen CS-Markenbotschafter Federer als Hebel nutzen, um an die Credit Suisse heranzukommen, ist kein Zufall. Jahrelang versuchten sie vergeblich, mit der Grossbank ins Gespräch zu kommen, die gemäss dem NGO-Finanzreport 2019 «Banking on Climate Change» auf Rang 14 aller Banken liegt, wenn es um Kredite für Unternehmen im fossilen Bereich geht. Sie investierte zwischen 2016 und 2018 57,4 Milliarden Dollar und ist damit die Nummer drei in Europa und die Nummer eins in der Schweiz. Das Genfer Kollektiv Break Free hatte ab 2016 Aktionen gegen die CS durchgeführt und der Bank immer wieder Briefe geschrieben. «Wir erhielten nie Antworten», sagt de Marcellus. Ein einziges Mal habe man mit einem Risk Officer der CS sprechen können.

Die CS blieb auch dem Prozess gegen die zwölf Aktivist:innen fern, die freigesprochen wurden. «Die Klimaaktivist:innen sagen, es sei einfacher, eine Antwort von Roger Federer zu bekommen als von der CS», hält Marie-Pomme Moinat fest. Die Anwältin hat mit Kollegin Irène Wettstein für den Prozess elf Kollegen aus verschiedenen Parteien organisiert, bestätigte Strafrechtler. Die Aktivist:innen hätten stets den Dialog gesucht mit der CS, sagt Anwältin Wettstein. Die CS habe aber «nie» geantwortet. «Wir empfanden es als arrogant.»

Umso mehr, als die CS mit einer harten Haltung auffällt, wenn es um Aktionen des zivilen Ungehorsams geht. Zusammen mit der UBS hat die CS in den letzten Jahren Strafanzeigen einge-

reicht, die Hunderte von Aktivist:innen betreffen. Die internationale Organisation BankTrack, welche Finanzströme von Privatbanken verfolgt, schreibt in einem Blogbeitrag, CS und UBS würden weltweit «die extremsten Schritte gegen Klimaprotestler» ergreifen, gehörten aber zu den «schlimmsten Klimasündern» Europas (Stellungnahme CS rechts). Inzwischen haben Klimaaktivist:innen aus der Westschweiz die Homepage discretitsuisse.ch online gestellt.

In den kommenden Monaten kommt es in Genf, Lausanne, Zürich und Basel zu einer ganzen Reihe von Prozessen gegen Hunderte von Angeklagten. Das hängt auch mit dem Vorgehen der Klimabewegung zusammen. Sie ist nicht bereit, Strafbefehle ohne Gerichtsverfahren entgegenzunehmen.

«Es ist Strategie, Strafbefehle anzufechten, um die Bevölkerung in Gerichtsprozessen über die Klimakrise informieren zu können», sagt Anwältin Moinat. De Marcellus formuliert es härter: «Wir nutzen Prozesse, um die wahren Verbrechen bekannt zu machen.»

Als sie die Strafbefehle über insgesamt 21 600 Franken sahen, hätten sie als Studenten zuerst «leer geschluckt», sagt Beate Thalman, Aktivistin des 22. Novembers in Lausanne. Das will die Klimajugend nicht einfach hinnehmen.

«Wenn die CS weiterhin Menschen unter anderem mit Geldbussen bestraft, die friedvoll auf ihre dreckigen Geschäfte aufmerksam machen», warnt Stephanie Wyss, «bekommt sie mal eine Busse zurück für all die Arbeitsstunden wie auch das Ausmass der Zerstörungen, das sie mit ihren Geschäften angerichtet hat.» Diese Busse wäre «in Millionen- wenn nicht Milliardenhöhe».

Dialogverweigerung? Die Credit Suisse weist Vorwurf zurück

Stellungnahme Der Vorwurf der Dialogverweigerung erstaune sie, schreibt die CS in ihren Antworten auf die Fragen der «Schweiz am Wochenende» (integrale Stellungnahme auf unserer Website). Seit 2018 habe sich die Bank über 50-mal mit Nichtregierungsorganisationen getroffen oder sich telefonisch oder schriftlich ausgetauscht.

Die Credit Suisse setze auch auf den Dialog mit jenen Klimaschützern, «mit denen ein konstruktiver Dialog möglich ist», schreibt die Bank. «Hausbesetzungen oder Sachbeschädigungen auf unsere Filialen führen nicht zu einem konstruktiven Dialog und wollen wir nicht hinnehmen», betont die CS. Sie hält auch fest, sie reiche nicht Strafanzeigen ein, weil sich Personen für den Klimaschutz oder gegen die Geschäfte der CS einsetzten. «Sonden weil sie den Geschäftsbetrieb einschränkten.» Die Zahl der Strafanzeigen bewegten sich «im einstelligen Bereich». Es bleibt unklar, wie viele Personen von den maximal neun Anzeigen betroffen sind.

Die NGO-Studie «Banking on Climate Change» zeigt, dass die CS bei den Krediten an Unternehmen im fossilen Bereich weltweit auf Rang 14 liegt und 2016–18 57,4 Milliarden investierte. Bei diesen Geldern handle es sich nicht nur um Kredite, betont die CS. Eingerechnet seien auch Emissionstätigkeiten. Die CS unterstütze ihre Kunden zudem im Rahmen der Transaktion hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen. Und sie wolle ihr eigenes Kreditportfolio an den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens ausrichten. (att)



CS-Chef Tidjane Thiam mit Roger Federer.

Bild: Getty (Genf, 22. September 2019)

Von Klimadebatte zu Klimadebatte – das war das Grossratsjahr 2019

Parlament Das laufende Jahr steht im Zeichen der kantonalen Wahlen. Das grosse Showlaufen der Politiker kann beginnen.

Heute Mittwoch geht für Heiner Vischer sein Jahr als Präsident des Grossen Rats zu Ende. Es waren oft intensive, manchmal auch turbulente Sitzungen, die der 63-jährige Liberale leiten durfte. Mit hitzigen Debatten, bei denen er hin und wieder intervenieren und Wörter, die «dieses hohen Hauses unwürdig sind», aus dem Saal verbannen musste – im Sinne einer «guten und hochstehenden Sprachkultur». Auf der schwarzen Liste standen aber nicht nur Fäkalausdrücke, Vischer hob den Mahnfinger auch bei Adjektiven wie «perfid» oder «engstirnig».

Neben Dossiers wie den Berichten der Geschäftsprüfungskommission zum Biozentrum und zu den Basler Verkehrsbetrieben, mehr Vaterzeit für Kantonsangestellte, externe Kinderbetreuung, Verkehrsinitiativen des Gewerbeverbands oder der

Frage, ob im Parlament künftig nur noch Baseldytsch gesprochen werden soll, stand im vergangenen Jahr vor allem ein Thema im Mittelpunkt: das Klima. Vor den eidgenössischen Wahlen erreichte die Klimadebatte ihren Höhepunkt: Zwischen links und rechts flogen die Fetzen, sachlichen Diskussionen stand oft die Ideologie im Weg.

Die Vorstossflut

SP, Grünes Bündnis und Grünliberale nahmen sich die Freitagsmärsche der streikenden Schüler zum Vorbild und traten als überzeugte Klimaschützer auf – mit Erfolg. Im Februar rief Basel den Klima-Notstand aus, sehr zum Unmut der SVP und ein paar anderer Bürgerlicher, die kein Verständnis für diesen «kleinflächigen Aktionismus» aufbringen mochten. Denn, so erklärte SVP-Grossrat Beat Schaller das Phä-

nomen des Klimawandels: «Das Klima ändert sich, hat sich immer geändert und wird sich immer ändern.» Er rief seine Kolleginnen und Kollegen zu «mehr Demut vor der Schöpfung» auf.



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

Es folgte eine Flut von Klimavorstössen, über die der Grosse Rat im Mai fast sechs Stunden lang debattierte. Grossratspräsident Vischer sprach am Ende der Sitzung von einem «Rekord». Dabei wurden wichtige Entscheidungen gefällt, wie etwa die CO₂-Abgabe auf Flügen vom Euro-Airport. Oder dass Kantonsangestellte bei Reiserestrecken von unter 1000 Ki-

lometern aufs Flugzeug verzichten und stattdessen den Zug nehmen sollen. Zudem muss der Kanton Basel-Stadt das Pariser Klimaabkommen einhalten.

Seit November hat das Parlament auch eine Klimakommission, die sich aus Mitgliedern des Grossen Rates zusammensetzt und Basels Klimapolitik überprüfen soll. Präsidentin ist die 25-jährige Grüne Jo Vergeat. Die Idee für das Spezialgremium stammt allerdings weder von den Grünen noch von der SP, sondern von den Jungliberalen. Grossrat Raoul Furlano trug das Anliegen der jungen Garde ins Parlament, scheiterte aber. Die SP stellte sich quer, weil sie es der LDP, die sämtliche Vorstösse der Sozialdemokraten zum Thema abgelehnt hatte, nicht abnehmen wollte, dass sie sich mit der Kommission tatsächlich für den Klimaschutz einbringen will.

Erst als der Grüne Jürg Stöcklin den Vorstoss wieder aufnahm, fand das Anliegen im Rat eine Mehrheit. «Es ist schon tragisch, dass die Argumente einer bürgerlichen Jungpartei zu Umweltthemen zuerst grün angestrichen werden müssen, bevor sie wahrgenommen werden», kommentierte Benjamin Grob, Präsident der Jungliberalen Basel-Stadt.

Der Wahlkampf

Gerade wegen dieser Klimakommission, die demnächst ihre Arbeit aufnehmen wird, und mehrerer hängigen Vorstösse dürfte das Klima auch im nächsten Grossratsjahr ein zentrales Thema bleiben. Und auch, weil der Klimawandel nicht ein Problem ist, das sich von heute auf morgen lösen lässt und somit die kantonale, nationale und internationale Politik noch lange beschäftigen wird. Welche Themen

in den kommenden Monaten sonst noch aktuell sein werden, hängt davon ab, wie sich die Parteien für die bevorstehenden kantonalen Gesamterneuerungswahlen positionieren. Neben dem Klima eignen sich Verkehrs- und Parkplatzfragen besonders gut für den Wahlkampf. Weitere Themen, die auf dem Programm stehen, sind der Zonenplan, Fragen rund um den Bedarf an Wohnungen und die Zukunft des Hafens.

Der Wahlkampf findet auch im Grossen Rat statt. Immerhin sind durch die Abgänge der beiden SP-Magistraten Hans-Peter Wessels und Christoph Brutschin zwei Regierungssitze neu zu besetzen. Allein bei der SP haben sich – bis jetzt – vier Kandidaten gemeldet. Das grosse Showlaufen kann beginnen.

Alessandra Paone

Ein Jahr «Klimanotstand» – was nun?

Streitgespräch Basel-Stadt sieht die «Eindämmung des Klimawandels» als «Aufgabe von höchster Priorität» an. Soll jetzt Kerosin besteuert werden? Wird die Atomkraft ein Revival erleben? Die Grossräte Lisa Mathys (SP) und Joël Thüring (SVP) debattieren.



Die jugendliche Klimabewegung habe einen wichtigen Prozess in Gang gesetzt, sagt Lisa Mathys (l.). Die Generation Easyjet handle aber auch widersprüchlich, kontert Joël Thüring. Fotos: Dominik Plüss (l.), Nicole Pont

Martin Furrer

Seit fast einem Jahr gilt in Basel-Stadt der «Klimanotstand». Der Grosse Rat hat in einer Resolution die «Eindämmung des Klimawandels» zur «Aufgabe von höchster Priorität» erklärt. Auf Einladung der BaZ trafen sich die Grossräte Lisa Mathys (SP, 42) und Joël Thüring (SVP, 36) – beide sind Mitglieder der grossräthlichen Klima-Spezialkommission – zum Gespräch auf der Redaktion am Aeschenplatz.

«Oha», sagt Mathys ein bisschen tadelnd, als wir ihr Mineralwasser in einem Wegwerfbecher aus Plastik anbieten. Sie greift stattdessen zur Trinkflasche aus Glas, die sie dabei hat.

Thüring nimmt einen Schluck aus dem Becher und sagt augenzwinkernd: «Im Prinzip versuche ich auch, im Alltag möglichst wenig Plastik zu verwenden. Aber ich mache jetzt mangels eigenem Trinkgefäss eine Ausnahme.»

Ist der Gebrauch eines Wegwerfbeckers aus Plastik ein klimapolitischer Sündenfall?

Lisa Mathys: Ich vermeide Plastik bewusst. Aber ich habe kein Interesse daran, hier zu beweisen, dass ich umweltbewusster lebe als Joël Thüring. Diese Diskussion sollten wir nicht führen.

Warum nicht? Umwelt- und Klimaschutz müsste doch im Kleinen anfangen.

Mathys: Ich finde es absurd, wenn man klimapolitische Verantwortung auf das Individualverhalten beschränkt. Man hat ja nur beschränkten Einfluss auf die Verpackungsmenge, die man einkauft. Ich habe einen Mehrwegbecher für den Kaffee, den ich morgens am Bahnhof kaufe. Den Kaffee bekomme ich deshalb übrigens 50 Rappen günstiger. Umweltschutz hat also auch einen positiven ökonomischen Aspekt.

Thüring: Als Alleinstehender, der nicht so gut kocht, ist mein Abfallberg wegen der vielen Fast-foodschächeln grösser als normal. Oft ärgere aber auch ich

mich über die teils absurde Verpackungsmenge, die manche Kurierdienste mitliefern.

Hat der «Klimanotstand» Ihr Leben verändert?

Mathys: Nein. Das Klima hat für mich seit Jahren hohe Priorität. Ich stelle aber fest, dass auch bei vielen Leuten, die politisch anders ticken als ich, ein Denkprozess in Gang gekommen ist.

«Es ist fahrlässig, zu behaupten, die Ausrufung des Klimanotstands sei Symbolpolitik.»

Lisa Mathys
SP-Grossrätin Basel-Stadt

Herr Thüring, wie war das bei Ihnen?

Thüring: Ich habe im Grossen Rat gegen die Resolution gestimmt. Es war unnötig, mit einem symbolischen Akt Erwartungen zu wecken. Das Klima ist im öffentlichen Diskurs längst ein Thema. Ohnehin sind alle für mehr Klimaschutz. Sobald es aber konkret wird, sieht es dann anders aus. Klimapolitik sollte auf Anreize, Forschung und Innovation, nicht auf Verbote setzen.

Mathys: Natürlich müssen Massnahmen folgen. Wir haben bereits viele Vorschläge im Grossen Rat eingebracht. Ich finde es geradezu fahrlässig von Ihnen, zu behaupten, die Ausrufung des Klimanotstands sei Symbolik gewesen. Das ist ein Affront gegenüber der jungen Generation. Sie geben ihr so zu verstehen, ihr Anliegen sei unwichtig.

Thüring: Ich bleibe dabei: Die Mehrheit des Grossen Rates hat seit dem Ausrufen des Klimanotstands vor allem Symbolpolitik betrieben. Zum Beispiel mit der Forderung, in den Quartieren

Äcker anzulegen und dort regionale Produkte anzupflanzen. Das rettet das Klima nicht.

Mathys: Ich bitte Sie! So etwas kann einen Kulturwandel anstossen. Vielleicht realisieren wir dereinst, dass nicht nur Bauern, sondern auch wir selber Nahrungsmittel anpflanzen können.

Urban Farming rettet die Welt?

Mathys: Das nicht. Aber es kann ein Umdenken in Gang bringen. Verfehlt ist vielmehr, dass die Rechten gerade jetzt mit ihren Auto-Initiativen das Umweltschutzgesetz aufweichen wollen. Ausgerechnet das Umweltschutzgesetz!

Thüring: Diese Abstimmung hat keinen Einfluss auf die Klimaschutzziele des Kantons. Der Verkehr ist Teil des Klimaproblems, das stimmt. Aber mit der wachsenden Bevölkerung in Basel wächst auch deren Bedürfnis nach Mobilität. Und der auch weltweit wachsende Wohlstand belastet das Klima nun einmal.

Mathys: Hallo, das ist kein Naturgesetz! Mehr Autos, mehr Flugverkehr – das muss man doch nicht einfach so hinnehmen.

Thüring: Der Flugverkehr macht nur zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus. Trotzdem will die Linke den Flugverkehr einschränken. Der Datenverkehr mit E-Mails, Streaming-Diensten und Clouds macht vier Prozent aus! Es käme Ihnen aber auch nicht in den Sinn, deswegen das Internet einzuschränken, oder?

Mathys: Sie können den Jugendlichen der Klimabewegung nicht vorwerfen, dass sie Handys gebrauchen! Das ist ein unverzichtbares Arbeitsinstrument heute.

Thüring: Ich mache der Jugend keine Vorwürfe. Ich mache auf Widersprüche aufmerksam. Der Euro-Airport hat für 2019 einen Passagierrekord vermeldet. Es sind nicht zuletzt auch viele Jugendliche, die mit Easyjet und Co. herumfliegen.

Mathys: Viele Menschen fliegen. Nicht weil sie müssen, sondern in der Freizeit, weil es zu billig ist. Kerosin wird nicht besteuert, das ist skandalös. Fliegen sollten diejenigen, die fliegen müssen.

Thüring: Während Sie über die nationale Besteuerung des Fliegens reden, baut China über 200 neue Flughäfen. Das Klimaproblem geht nicht primär von der Schweiz aus. Basel ist klimapolitisch auf gutem Weg. Auch dank dem von der SVP mitgetragenen kantonalen Energiegesetz. Die weltweite CO₂-Zunahme ist dem steigenden Wohlstand geschuldet. Wobei der Ausstoss in Basel seit 1990 abnimmt. Wir können auch zurück in die Steinzeit...

Mathys: ... ach was, es ist doch kein «Zurück in die Steinzeit», wenn wir unsere Erwartungen bei der Mobilität und beim Konsum ein bisschen anpassen.

Welche Energie hat Zukunft?

Thüring: Die Kernenergie.
Mathys: Atomkraft ist massiv weniger wirtschaftlich als Solarstrom. Das muss ich Ihnen ökonomisch doch wohl nicht erklären. Und Atomkraft geht auf Kosten künftiger Generationen.

Thüring: Kernkraft ist Teil der Zukunft, wenn die ökonomischen Fragen und die Sicherheit gewährleistet sind.

Mathys: Die Entsorgung ist nicht gelöst. Und sie ist viel zu teuer.

Thüring: Deshalb sollte man nicht voreilig ein Denkverbot aussprechen.

Mathys: Es ist erschütternd, dass Sie eine Technologie hochjubeln, die so gefährlich ist, dass man die Bevölkerung zum Schutz mit Jodtabletten versorgen musste.

Thüring: Ich juble nichts hoch. Aber auch bei Elektroautos ist das Problem der Herstellung und Entsorgung von Batterien ungelöst.

Mathys: Die Entsorgung einer Batterie ist nicht dasselbe wie die Entsorgung von strahlendem Uran. Zudem werden die Batterien so weiterentwickelt, dass sie längere Lebenszyklen haben werden als heute.

Ist es nicht vermessen, zu glauben, Basel könne klimapolitisch viel bewegen? China ist der weltweit grösste CO₂-Emittent.

Thüring: Ich will nicht sagen, dass wir deswegen nichts unternehmen sollen. Aber bei der Klimabewegung haben wir zu grosse Erwartungen geschürt.

«Die Forderung, in den Quartieren Äcker anzulegen, rettet das Klima nicht.»

Joël Thüring
SVP-Grossrat Basel-Stadt

Mathys: Die Jugendlichen können sehr gut einordnen, auf welcher Ebene – global, national oder individuell – etwas passieren soll. Sie beweisen hohe Kompetenz in öffentlichen Diskussionen.

Thüring: Die Klimabewegung ist zum Teil auch eine Antikapitalismus-Bewegung und hat sich radikalisiert. Dadurch hat sie an Akzeptanz verloren. Den Kapitalismus darf man kritisieren. Aber letztlich ist nur ein Gesellschaftssystem, das Innovation hervorbringt. Mit Planwirtschaft funktioniert das nicht.

Mathys: Solange schädliches Verhalten einen Vorteil bringt auf dem sogenannten freien Markt, verbessern wir das Klima nicht. Man muss den Kapitalismus nicht von heute auf morgen abschaffen. Aber man muss ihn kritisch hinterfragen. Es zeugt von Reife, dass die jungen Menschen dazu bereit sind.

Soll Basel nach dem Silvester-Feuerwerk auch dasjenige am 1. August einschränken?

Mathys: Das exzessive Abfeuern von Feuerwerk bietet keinen gesellschaftlichen Mehrwert. Man wird das 1.-August-Feuerwerk in Basel überdenken müssen, auch wenn das punkto CO₂ nicht viel bringt. Auf dem Bruderholz komponierte man es 2019 mit einer Lasershow. Faszinierend!

Thüring: Mir sagt die private Knalleri auch nichts. Aber ich masse mir nicht an, für andere zu sprechen. Ich bin weder für ein Verbot noch für Einschränkungen.

Greta Thunberg wird glorifiziert oder verteufelt. Welches Bild haben Sie von ihr?

Thüring: Sie hat, wie unsere Jugend, einen wichtigen Anstoss für die Debatte geliefert. In letzter Zeit klagt sie aber nur noch an, ohne konstruktiv zu sein. Seltsam, dass diese wohlstuierte Frau sagt, man habe ihr die Kindheit gestohlen. Mit ihrem Geschrei schreckt sie kritische Leute eher ab.

Mathys: Mich beeindruckt, was sie in Bewegung setzen konnte. Sie überschätzt sich nicht und spielt sich nicht auf als jemand, der sie nicht ist. Sie verweist konsequent auf die Wissenschaft.

Was kann die grossräthliche Klima-Kommission bewirken?

Thüring: Sie wird kaum revolutionär steuernd eingreifen können. Die für Klimafragen zuständigen Departemente im Kanton sind in rot-grüner Hand. Ideen – etwa die Schaffung eines Fonds für Klimaforschung, eines die Verwaltung begleitenden Klimarats oder eine Initiative zur Abschaffung der Mehrwertsteuer auf ÖV-Tickets – kann man auch anderweitig lancieren.

Mathys: Die Kommission ist eine Riesenchance, dem Thema, das auch für die Bevölkerung höchste Priorität hat, endlich angemessene Rechnung zu tragen.

Greta? Welche Greta?

Klimastreik Heute machen die Klimajugendlichen wieder mobil – mitten in der Epidemie. Sie kämpfen dagegen, vergessen zu werden. Das Momentum für Klimadinge hat sich seit Februar verflüchtigt.

Linus Schöpfer
und Christian Zürcher

Der Angriff ist vertagt. «Es ist nicht die Zeit dazu», sagt Stephanie Wyss, Klimaaktivistin und Soziologiestudentin. Spezialgebiet: Finanzplatz. Wyss hatte sich für diesen Frühling viel vorgenommen. Sie wollte die Banken angreifen. Insbesondere bei der Nationalbank sieht sie Handlungsbedarf. Die 22-Jährige fordert zusammen mit ihren Mitstreitern einen grünen Finanzplatz, möchte etwa Investments in fossile Energien verbieten.

Sie habe breite Unterstützung für ihr Anliegen gespürt – doch das Momentum für Klimadinge hat sich seit Februar verflüchtigt. Corona dominiert alles. Aufmerksamkeit zu bekommen, ist schwierig. Attacken könnten die Bevölkerung verstimmen.

Hunderte Schuhe

Und doch wollen sie dorthin zurück, wo sie gewesen waren: in die Köpfe der Menschen. Greta Thunberg hat für heute zu einem weiteren «Friday for Future» aufgerufen, die Schweizer Aktivistinnen ziehen mit. Ihr Problem: Das stärkste Agitationsmittel – die Demo auf der Strasse – ist ein unmöglicher Anlass ge-

«Wenn wir diese Kraft in die Politik tragen können, dann kommen wir endlich schneller vorwärts.»

Regula Rytz
Präsidentin der Grünen Partei

worden. Demonstrationen sind schlicht verboten, hierzulande und anderswo. Greta Thunberg streikt seit einem Monat im Wohnzimmer. Selbst der militante Flügel Extinction Rebellion, der den zivilen Ungehorsam eigentlich zum Dogma gemacht hat, verlegt sich auf digitale Proteste.

Keine skandierenden Menschen ziehen heute durch die Schweizer Städte. Die Jugendlichen hängen stattdessen Transparente an ihre Fenster und Balkone, stellen Klimaslogans ins Netz, und in einem 24-Stunden-Livestream treten Musikbands und Referenten auf, darunter auch Greta Thunberg. Auf dem Bürkliplatz im Zentrum Zürichs werden Hunderte Schuhe verstreut, als Statthalter für die fehlenden Menschen.

«Diese Art von Protest gab es auch schon an der Klimakonferenz 2015 in Paris, wo man wegen der Anti-Terror-Massnahmen keine Demo veranstalten durfte», sagt Lena Bühler, Gymnasiastin aus Bern und engagierter Kopf der hiesigen «Fridays for Future»-Bewegung.

Die physische Klimademo könne das alles aber nicht ersetzen. Dort komme man mit Leuten in Kontakt, die man sonst nicht treffen würde.



Schuhe als Stellvertreter für die fehlenden Menschen: Aktion von Extinction Rebellion in Den Haag am 17. April 2020. Foto: Hollandse Hoogte, Imago Images

Aus dem Inneren der Bewegung ist zu hören, dass viele junge Menschen die Motivation verloren haben, sich in diesen Zeiten am Protest zu beteiligen. Onlinekonferenzen laugen aus, sind kein Vergleich zu den tagelangen Treffen im spektakulären Vorjahr, an denen die Zeit miteinander genauso wichtig war wie der Inhalt. Trotzdem kann Stephanie Wyss diesen schwierigen Wochen etwas Positives abgewinnen. Zeit zur Erholung zum Beispiel: Im vergangenen Jahr haben sich einige Aktivistinnen überarbeitet, manche litten an einem Burn-out. Corona gibt Zeit zum Verschnaufen.

Aber nützt die Pandemie der Klimabewegung nicht auch ganz konkret? Die Strassen werden ja

nun spärlicher befahren, und der Himmel ist fast flugzeugslos.

«Kurzfristige Effekte», sagt Wyss. Ist die Corona-Krise überstanden, werde es wohl weitergehen wie bis anhin. Ernüchterung auch seitens der Wissenschaft: Reto Knutti, Professor für Klimaphysik an der ETH und bekanntester Klimaforscher im Land, muss all jene enttäuschen, die meinen, die Welt habe gerade gross aufgeholt hinsichtlich der Klimaziele.

«Die Gesamtmenge CO₂ über die Jahrzehnte und Jahrhunderte bestimmt den Klimawandel, und ein paar Monate etwas weniger CO₂ verzögert das Ganze nur ein paar Monate. Die Emissionen aus Gebäuden, Industrie, Stromproduktion, Landwirtschaft etc. blei-

ben.» Die Zahlen in China zeigten eine Reduktion der Treibhausgase um ein Viertel, sagt Reto Knutti weiter. Um den Klimawandel zu verlangsamen, müsse man aber eben auf null Prozent CO₂ reduzieren.

Nicht die Wirtschaft opfern

Den Klimajugendlichen wird gern ein Vorwurf gemacht, den die Grünen bereits seit drei Jahrzehnten zu hören bekommen: dass sie von einem primitiven Rousseauismus beseelt seien. Dass sie in die Steinzeit zurückmöchten, von Beeren leben und in Höhlen wohnen.

Jedoch: Quer durchs Spektrum der Klimabewegung wird betont, dass man die Wirtschaft nicht abwracken wolle für höhe-

re Ziele. «Der Corona-Shutdown ist nicht die Art, wie wir die Klimakrise bewältigen wollen», sagt Aktivistin Bühler. Man löse die Klimakrise nicht mit einer Wirtschaftskrise, erklärt Balthasar Glättli, Fraktionspräsident der Grünen.

Doch wie gewinnen die Grünen das Momentum wieder zurück? Nun, da Epidemiologen und Bundesräte die Mikrofone unter sich aufgeteilt haben? Wie wird das Klima wieder Thema? Die Zeit drängt, in Deutschland verlieren die Grünen in den Umfragen bereits deutlich an Zustimmung.

Eine Möglichkeit wäre die Verknüpfung beider Megathemen, wie sie etwa Regula Rytz andeutet, die Präsidentin der Grünen.

Eine Studie der UNO habe gezeigt, dass der Klimawandel Zoonosen begünstige, die Virusübertragung vom Tier auf den Menschen. Ob diese Interpretation den Weg aus den akademischen Abhandlungen in die breite öffentliche Wahrnehmung der Corona-Krise findet, ist fraglich – geschweige denn, ob sie als Mittel dienen kann, die Dringlichkeit der Corona-Krise auf die Klimakrise zu übertragen.

Radikalität ist möglich

In gewisser Weise macht Corona vielen in der Klimabewegung allerdings auch Mut: zu sehen, wozu ein resoluter Staat und eine entschlossene Gesellschaft fähig sind. Dass radikale Richtungswechsel möglich sind. «Wenn wir diese Kraft in die Politik tragen können, dann kommen wir endlich schneller vorwärts», sagt Regula Rytz. «Warum nicht auch in der Klimakrise?», fragt Lena Bühler.

Die Grünen im Bundeshaus hielten von Anfang an Distanz zur Klimabewegung. Man wollte der Sammelbewegung alle Entfaltungsmöglichkeiten lassen, sich nicht dem Vorwurf aussetzen, die Jungen zu vereinnahmen.

Ziele und Einschätzungen sind aber nach wie vor weitge-



Protest aus dem eigenen Wohnzimmer: Aktivistin Greta Thunberg. Foto: Instagram



Verknüpft Klima mit Corona: Grünen-Präsidentin Regula Rytz. Foto: Keystone



25 Prozent weniger CO₂ reichen nicht: Klimaforscher Reto Knutti. Foto: Urs Jaudas



Corona gibt auch Zeit zur Erholung: Klimaaktivistin Stephanie Wyss. Foto: Raphael Moser

Warum sich die Schweizer Luftqualität nicht überall verbessert hat

Lockdown-Massnahmen Messstationen in der Stadt und auf dem Land reagieren unterschiedlich auf den Verkehrsrückgang. Unsere Datenauswertung zeigt, warum das so ist.

Es ist eine der wenigen positiven Nachrichten im Zusammenhang mit dem Coronavirus: Seit dem Lockdown hat sich die Luftqualität in vielen Ländern deutlich verbessert. Das zeigen Satellitenbilder der Europäischen Welt- raumorganisation. Vor allem dort, wo Verkehr und Industrie normalerweise viel Verschmutzung produzieren, wie etwa in Norditalien, ist die Belastung mit Stickstoffdioxid (NO₂) gesunken.

Über der Schweiz scheint dieser Effekt gemäss den Satellitenbildern ebenfalls einzutreten. Aber lässt sich das beweisen? Wir wollten es genauer wissen und haben Daten des Nationalen Beobachtungsnetzes für Luftfremdstoffe (Nabel) ausgewertet. Das Resultat: Auch hierzulande wirkt sich der Lockdown, der am 17. März in Kraft trat, nachweislich auf die Luftqualität aus – aber nicht überall gleich.

Die meisten der 16 Nabel-Messstationen verzeichnen seit Beginn des Lockdown weniger gesundheitsschädigendes NO₂, das in Autoabgasen enthalten ist und von Fabriken emittiert wird. Besonders stark ist der Rückgang an städtischen Messstandorten wie Lugano-Universität oder Bern-Bollwerk. In ländlichen Gebieten wie Payerne ist jedoch kaum ein Effekt sichtbar. Und an der Station Beromünster beim Sendeturm des ehemaligen Landessenders stiegen die NO₂-Werte sogar leicht an.

Weitere Faktoren spielen mit

Forscher der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) in Dübendorf, die das Nabel zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt betreibt, bestätigen die Resultate: «Ja, der Lockdown hat die Stickstoffdioxid-Konzentration reduziert, vor allem entlang von Strassen», sagt Christoph Hüglin. Bei Stationen in der Stadt, die nicht direkt verkehrbelastet seien, könne man ebenfalls eine Änderung erkennen, wenn auch weniger deutlich. «Auf dem Land wirkte sich der Lockdown jedoch kaum aus, weil die Werte ohnehin schon tief waren und es eine stärkere Verdünnung durch das Wetter gab.»

Die Schadstoffbelastung in der Luft hängt nicht nur vom Ausstoss von Luftschadstoffen ab, sondern auch von den Wind- und Temperaturverhältnissen. Die Wetterlage in den ersten drei Monaten des Jahres mit milden Temperaturen und vergleichsweise viel Wind führte zu einer guten Durchmischung der bodennahen Luftschicht und dadurch zu einer



Kaum Verkehr auf der A2 beim Monte Ceneri: Die Schadstoffbelastung im Tessin ist in den letzten Wochen gesunken. Foto: Pablo Gianinazzi (Keystone)

guten Luftqualität. In der zweiten Märzhälfte sorgte eine ausgeprägte Bise für eine atmosphärische Verdünnung und eine tiefe Schadstoffbelastung.

Um die Auswirkung des Lockdown dennoch nachzuweisen, verglichen Hüglin und seine Kollegen von der Empa-Abteilung Luftfremdstoffe/Umwelttechnik in einem komplizierten Verfahren die gemessenen Daten mit denen, die ohne die Massnahmen des Bundes gegen Covid-19 zu erwarten gewesen wären (Erfahrungswert). So ist der Effekt noch deutlicher erkennbar.

Wir haben die Zahlen von der Empa erhalten und illustriert. Bei der Station Bern-Bollwerk, die

direkt vor dem Bahnhof an einer Hauptverkehrsachse liegt, sind momentan viel weniger Autos unterwegs als normalerweise. Seit dem 17. März sank die NO₂-Belastung hier um durchschnittlich 35 Prozent.

Noch stärker ist der Rückgang bei der Messstation in Lugano mit mehr als 47 Prozent. Das hat sicher auch mit der Nähe zu Norditalien zu tun, wo der Lockdown restriktiver war und sich besonders positiv auf die Luftqualität auswirkte.

In Payerne waren die Werte bereits vorher klar tiefer als bei den Messstationen in der Stadt. Denn hier ist die Schadstoff-Konzentration weniger dem Ver-

kehrsaufkommen geschuldet als vielmehr den Wetterbedingungen. Die leichte Reduktion von 7,7 Prozent ist aus diesem Grund kaum auf die Massnahmen des Bundes zurückzuführen.

Hohe Ozonbelastung

Je weiter man sich von viel befahrenen Strassen entfernt, desto kleiner wird der Lockdown-Effekt. Gar eine gegenteilige Entwicklung ist bei der Messstation Beromünster zu beobachten, die mitten in der Natur zwischen Sursee und Beromünster liegt: Hier stiegen die NO₂-Werte um 27,4 Prozent an – allerdings auf so tiefem Niveau, dass die Veränderungen nur marginal sind.

Weniger Emissionen von Luftschadstoffen bedeuten also nicht automatisch bessere Luft. Es kommt auch auf den Standort und die Wetterbedingungen an. Letztere sorgten in den letzten Wochen ausserdem für eine hohe Ozonbelastung, also eine Verminderung der Luftqualität.

Ozon ist kein direkt emittierter Schadstoff. Er wird in der Atmosphäre gebildet und hängt direkt mit der Konzentration von Stickoxiden zusammen. In der Nähe von Quellen von Stickoxiden, insbesondere entlang von Strassen, wird Ozon abgebaut. Da im Moment weniger Stickoxide vom Verkehr emittiert werden,

nimmt die Ozonbelastung zu. Der Grenzwert von 120 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter im Stundenmittel wurde dieses Jahr an diversen Stationen bereits mehrfach überschritten.

Die Empa hat auch die Entwicklung anderer Schadstoffe in der Atmosphäre untersucht. Feinstaub etwa wird ebenfalls in der Atmosphäre gebildet und über grosse Distanzen transportiert. «Die Konzentration ist stark wetterabhängig», sagt Hüglin. «Zudem ist Feinstaub räumlich sehr homogen. Einen Zusammenhang zum Lockdown herzustellen, ist deshalb schwierig.»

Dass die Massnahmen gegen Covid-19 auch hierzulande die Luftqualität verbessert haben, zeigen laut dem Forscher aber die Messungen zu NO₂. Stickoxide gelten als mögliche Auslöser von Asthma, Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und anderen Leiden oder können solche Erkrankungen verschlimmern. Laut dem Bundesamt für Raumentwicklung sterben wegen der Luftverschmutzung in der Schweiz jedes Jahr rund 2200 Menschen frühzeitig. Der Rückgang der NO₂-Werte hat also sicher positive Auswirkungen. Die Frage ist nur, wie lange.

Yannick Wiget
und Mathias Born



hend identisch: in der Corona-Krise einerseits brav dem Bundesrat folgen, andererseits alle Mittel aufbieten, die Konjunkturprogramme so grün wie möglich einzufärben. Diese werden wohl kommen, sobald der Ausstieg aus dem Lockdown skizziert ist.

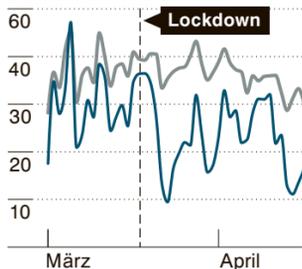
Die bisherigen Hilfsprogramme waren für Aktivistin Stephanie Wyss unbefriedigend. Sie stört sich daran, dass der Bund Milliarden von Franken verteilt, ohne dass er sie an ökologische und soziale Ziele knüpft. «Dabei wäre es Zeit, um die Wirtschaft zu verändern», sagt sie und meint: nicht das System retten, sondern es neu gestalten. Für Politiker Balthasar Glättli sollen «die riesigen Summen, die wohl für die Stützung der Wirtschaft auch nach den kurzfristigen Notrechtsmassnahmen nötig sein werden», zielgerichtet dazu genutzt werden, «den Umbau hin zu einer grünen Wirtschaft voranzubringen.»

Ein konstant niedersengender Hitzesommer dürfte sich dabei als nützlicherer Verbündeter erweisen als das Virus mit seinen überraschenden Entwicklungen. Und die Klimaaktivisten hoffen, dass die Menschen wenigstens eine Lehre aus der Corona-Krise ziehen: Wer überleben will, hört auf die Wissenschaft.

Unterschied Stadt-Land: Zwei Beispiele

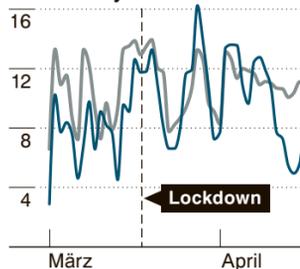
Tagesmittelwert Stickstoffdioxid, in Mikrogramm pro Kubikmeter
— Messwert — Erwartungswert (1. März bis 15. April)

Station Bern-Bollwerk



Grafik: kmh/Quelle: Empa

Station Payerne



Luftverschmutzung als Gefahr für Corona-Infizierte

Umwelt Neue Studien weisen darauf hin, dass schlechte Luftqualität zu mehr Covid-Todesfällen führt.

Starke Luftverschmutzung und schwerere Verläufe der Covid-19-Krankheit stehen möglicherweise in einem Zusammenhang. Das sagen zumindest bestimmte Forscher, andere sind skeptisch.

Wie eine Studie des Geowissenschaftlers Yaron Ogen von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) zeigt, sind in Regionen mit einer dauerhaft hohen Schadstoffbelastung deutlich mehr Menschen nach der Infektion mit dem Coronavi-

rus gestorben als in anderen Regionen. Auch eine Studie von US-Forschern der Harvard-Universität deutet darauf hin, dass es einen Zusammenhang gibt. Pneumologen äussern sich aber zurückhaltend.

Vertiefende Analyse nötig

Wie gross der Einfluss des Faktors Umweltbelastung im Vergleich zu anderen Faktoren wie etwa Begleiterkrankungen auf den Verlauf von Covid-19 ist,

kann Ogen nicht sagen. Aber genau das müsse man herausfinden, fordert er.

Er analysierte in seiner Studie Satellitendaten zur Luftverschmutzung auf der Erde, Wetterdaten zu Luftströmen und Angaben zu Corona-Todesfällen aus Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland. Vor allem in stark mit Stickstoffdioxid belasteten Regionen sind demnach Menschen nach einer Infektion mit Sars-CoV-2 gestorben.

Auch US-Wissenschaftler der University Harvard wollen in einer Untersuchung herausgefunden haben, dass eine höhere Feinstaubbelastung mit einem Anstieg der Covid-19-Sterberate zusammenhängt. Berthold Jany, ehemaliger Präsident der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin, ist hingegen skeptisch. Jany zufolge hängen Luftverschmutzung und Sterblichkeit zwar zusammen, ob dies aber auch

zu einem schlimmeren Verlauf der Covid-Krankheit führt, sei spekulativ.

Auch Frank Heimann, Vorsitzender des deutschen Bundesverbands der Pneumologen, Schlaf- und Beatmungsmediziner, sieht bislang keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Schadstoffen in der Luft und dem Tod nach Corona-Infektion. Luftverschmutzung könne aber die Abwehr von Infektionen langfristig schwächen. (sda)

Wissen

Das Wetter gibt Rätsel auf

Einfluss des Klimawandels Heftige Stürme im Februar, lange Trockenheit im April. Extremes Wetter scheint sich in den vergangenen Jahren zu häufen. Die Klimaforscher erkennen trotzdem keinen langfristigen Trend.

Martin Läubli

Mehr als 40 Tage fiel in der Schweiz kaum Regen. Die nassen Tage dieser Woche beenden eine Trockenperiode, die gemäss Meteo Schweiz in der 150-jährigen Messgeschichte nur selten aufgetreten ist. Bereits im Januar und Februar spielte das Winterwetter verrückt. Es war ungewöhnlich mild und geprägt durch ungewöhnlich kräftige Stürme. Der Jetstream, die West-Ost-Luftströmung, die das tägliche Wetter in Nordamerika und Europa bestimmt, zeigte sich in diesem Wetter in verschiedenen Facetten. Im Februar hatte sich über der Arktis die Luft stark abgekühlt, es bildete sich ein extrem kräftiger Polarwirbel, der die kalte Luft gefangen hielt. «Es entstand dadurch eine starke Druckdifferenz zwischen Norden und Süden, begleitet von starken Winden», sagt Daniela Domeisen vom Institut für Atmosphäre und Klima der ETH Zürich. So brachte der Jetstream vermehrt warme und feuchte atlantische Luft auf den Kontinent – und das oft in Orkanstärke.

Im April schwächten sich die Winde ab. «Die Nordatlantische Oszillation ist seit Anfang Jahr zum ersten Mal wieder negativ geworden», sagt Domeisen. Das heisst: Der Druckunterschied zwischen dem Islandtief im Norden und dem Azorenhoch im Süden nahm ab. Es bildete sich ein starkes Hochdruckgebiet über Europa, das die Luft steuerte – mal erreichte milde Meeresluft das Festland, mal blies ein kalter Ostwind, stets blieb es trocken.

Klimawandel noch nicht sichtbar

Es scheint, als würden sich extreme Wettermuster in den letzten Jahren wiederholen. Nicht nur im Winter, noch ausgeprägter in der warmen Jahreszeit. Im Sommer 2018 gab es eine Rekordhitze und Dürren, Starkregen und Überschwemmungen. Extreme Sommer gab es auch 2015, 2006 und 2003. Ein internationales Forscherteam der Universität Oxford und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung sieht einen Zusammenhang mit dem Muster des Jetstreams. Wenn diese atmosphärische Zirkulation sich verlangsamt, beginnt sie zu schlingern und in grossen Wellen um den Globus zu fließen. Die Konsequenz: Es können sich Wetterlagen entwickeln, die über Wochen stationär bleiben.

«Weil sich die Erde nicht überall gleichmässig erwärmt, ist eine gewisse Veränderung der atmosphärischen Zirkulation plausibel», sagt Erich Fischer vom Institut für Atmosphäre und Klimaforschung der ETH Zürich. Doch physikalisch erklärbar Einflüsse des Klimawandels sieht man nicht ohne weiteres in der Statistik. Fischer gehört zu einem Team von ETH und Meteo Schweiz, das frühere und künftige Wetterkonstellationen über Mitteleuropa untersuchte. Das Fazit der Studie, die eben in einem Paper des Fachmagazins «Geophysical Research Letters» veröffentlicht wurde: Es lässt sich kein langfristiger Trend erkennen, dass gewisse Wetterlagen häufiger auftreten und länger



Eine Trockenperiode, die bisher selten aufgetreten ist: Ein gestrandetes Boot liegt im ausgetrockneten Sihlsee bei Einsiedeln. Foto: Silvia Schnurrenberger (Keystone)

stationär bleiben. «Es gibt zwar beobachtete Wetterlagen, die Trends über 30 Jahre aufweisen, sich aber langfristig nicht durchsetzen und sich wieder umkehren», sagt Fischer.

Die Wissenschaftler klassifizierten die Wetterlagen anhand der Druckverhältnisse auf einer Höhe von etwa fünf Kilometern, damit kategorisierten sie im Prinzip die Richtung der Höhenwinde über Mitteleuropa. Sie versuchten auch mithilfe verschiedener Klimamodelle herauszufinden, ob sich gewisse Wettermuster verändern, falls punkto Klimaschutz

zu wenig unternommen wird und sich deshalb die Erde bis Ende des Jahrhunderts um mehr als 3 Grad erwärmt. Das Resultat: Die Klimamodelle bilden bis zum Jahr 2100 generell keinen Trend in den Wetterlagen ab.

Grosse natürliche Schwankungen

«Ein Problem ist, dass die natürlichen Klimaschwankungen über mehrere Jahrzehnte gross sind», sagt Erich Fischer. Er macht das Beispiel der Nordatlantischen Oszillation (NAO). In den 1980er- und 1990er-Jahren hat sich die

Druckdifferenz verstärkt. Danach nahm sie jedoch wieder ab. «Viele Klimaforscher haben damals über den Einfluss des Klimawandels auf die Wettermuster im Nordatlantik spekuliert, aber eine längere Betrachtung zeigt keinen Trend», sagt Reto Knutti.

Der Klimaforscher an der ETH Zürich und Mitautor der Studie erinnert an die Klimapause, in der die durchschnittliche globale Jahrestemperatur mehr als 15 Jahre kaum einen Trend mehr aufwies, bis sie in den letzten Jahren wieder deutlich anstieg. «Trends können über kürzere Zeiträume

auch zufällig sein», sagt Knutti.

Er gibt dazu ein weiteres Beispiel einer eben veröffentlichten Studie von ETH Zürich und Meteo Schweiz über den markanten Sprung der Jahrestemperatur über Europa in den späten 1980er-Jahren. Der Verlauf macht den Eindruck, als wäre es nach 1987 auf einen Schlag wärmer geworden. «Rechnet man den Effekt der zufälligen Zirkulation heraus, bleibt vom abrupten Sprung kaum etwas übrig», sagt Knutti. Das heisst: Trends und Sprünge in einer Messreihe müssen nicht zwingend mit dem langfristigen Erwärmungstrend zu tun haben.

Verschiedene Effekte, aber eindeutige Tendenz

Trotzdem stellt sich die Frage, so ETH-Klimaforscher Erich Fischer, ob die Klimamodelle die Verhältnisse in der Atmosphäre zu wenig genau abbilden oder es einfach längere Messreihen braucht, um ein Signal des Klimawandels in der atmosphärischen Zirkulation zu erkennen. «Die Analyse der Zirkulationsmuster ist sehr schwierig, weil die Veränderungen chaotisch sind. Die Herausforderung ist deshalb, bestimmte Muster automatisiert zu erfassen und so deren Veränderung beobachten zu können», sagt Urs Neu von Proclim, dem Forum für Klima und globalen Wandel der Schweizerischen Akademie der Wissenschaften.

Die Modelle könnten aber sicher noch verbessert werden. Noch seien nicht alle physikalischen Prozesse zwischen den verschiedenen Luftschichten oder zwischen dem Ozean und der Atmosphäre verstanden worden. Das gilt auch für den Einfluss der arktischen Erwärmung auf die

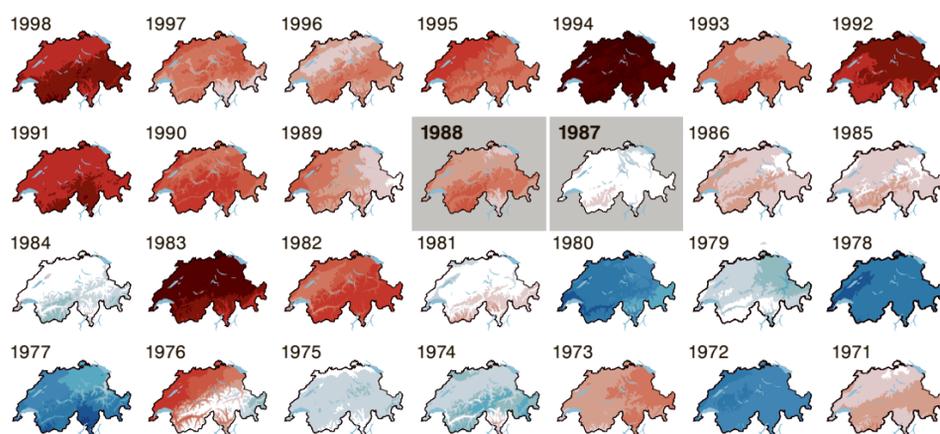
Zirkulation. Hierbei sind verschiedene Effekte denkbar, die teilweise entgegengesetzte Wirkungen haben. So wurde zum etwa in einigen Studien die These vertreten, dass die starke Abnahme des arktischen Meereises den Jetstream verlangsamt und zu kälteren Wintern führen könnte. Eine weitere Studie in der Fachzeitschrift «Nature Climate Change» ergab jedoch, dass die atmosphärische Zirkulation durch die Erderwärmung verändert wird, aber das Abschmelzen des arktischen Meereises nur einen minimalen Einfluss auf die Winter in unseren Breitengraden hat.

Noch, so scheint es, ist eine Veränderung in den Zirkulationsmustern in der Statistik nicht eindeutig herauslesbar. Für Urs Neu von Proclim ist das ein «unangenehmes Problem». «Veränderungen der Zirkulation können grossen Einfluss auf das regionale Klima haben. Die Schwierigkeit der Klimamodelle, Strömungsmuster und allfällige Änderungen zu simulieren, bedeutet deshalb, dass bei regionalen Klimaänderungen auch unerwartete Entwicklungen möglich sind.» Davon ist auch ETH-Forscherin Daniela Domeisen betroffen. Sie beschäftigt sich mit Langfristvorhersagen. «Wir können uns zum Beispiel auf die starke Veränderung des Meereises nicht verlassen, weil die Modelle den Einfluss nur beschränkt abbilden.»

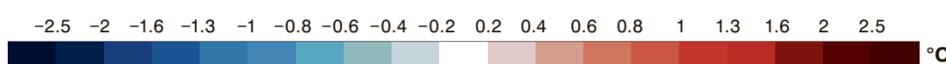
Auch wenn unter den Klimaforschern noch einige Rätsel zu lösen sind, eines hat die neue ETH-Studie bestätigt: Es zeichnet sich unabhängig von den Zirkulationsänderungen durch den Klimawandel eine eindeutige Tendenz zu wärmeren und trockeneren Sommern ab.

Rätselhafter Temperatursprung

Abrupte Erhöhung der Sommertemperatur zwischen 1987 und 1988



Der Temperatursprung kam aufgrund einer zufälligen Veränderung der atmosphärischen Luftzirkulation zustande.



Die Abbildung zeigt die Abweichung von der durchschnittlichen Sommertemperatur (Juni/Juli/August) in der Schweiz im langjährigen Mittel von 1961 bis 1990.

Grafik: vif/Quelle: Meteo Schweiz

Basel Stadt Land Region

«Corona wird genutzt, um Ideologien zu befeuern. Das geht nicht.»

Klimapolitik und Antikapitalismus Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP-Nationalrätin und Präsidentin der Handelskammer beider Basel, ist mit den Massnahmen des Bundesrats nicht nur glücklich. Und sie sagt, dass uns die finanziellen Folgen massiv treffen werden.

Sebastian Briellmann

Grenzöffnungen werden breit diskutiert. Sie wünschen sich schnelle Lockerungen – in welcher Form?

Vorrangig ist die Öffnung der Grenzen zu Deutschland. In Baden-Württemberg sind die Corona-Fallzahlen wie in der Schweiz so tief, dass gelockert werden kann. Arbeitskräfte sollen ungehindert passieren dürfen, wie es jetzt schon der Fall ist – aber ein Grenzübergang soll auch für neue Arbeitnehmer aus dem EU/Efta-Raum möglich sein. Ebenso müssen Dienstleistungen grenzübergreifend funktionieren, und auch getrennte Familien sollen sich wieder sehen können.

Sie fokussieren auf eine vollständige Personenfreizügigkeit – obschon die Inländer noch nicht einmal alle Rechte genießen. Warum?

Hiesige Unternehmen sind auf die volle Personenfreizügigkeit angewiesen. Aus Sicht der Handelskammer ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit im europäischen Binnenmarkt sehr wichtig – schliesslich ist Basel die Kernstadt der trinationalen Region. Und als Kernstadt leidet sie am meisten unter dem Lockdown.

Aber dann nimmt der Einkaufstourismus wieder überhand.

Aktuell muss man nachweisen können, warum man die Grenze passieren möchte. Deshalb sehe ich da keine grosse Gefahr. Als Liberale bin ich in einem Dilemma: Ich bin für offene Grenzen, möchte aber auch das regionale Gewerbe wieder auf ein gesundes Fundament stellen.

Was hören Sie aus den Grenzregionen?

Der Wille für eine schnellere Lockerung ist da – auch bei den Industrie- und Handelskammern im grenznahen Deutschland.

Jetzt gehts mancherorts schnell, auch der Europapark darf am

29. Mai bereits wieder öffnen – ist die Zeit also auch reif für Spass- und Freizeitbeschäftigung?

Ich glaube nicht, dass Basler im Juni bereits wieder die Grenze für einen Besuch in Rust passieren dürfen. Auch in Frankreich wird es noch länger dauern, aufgrund der Corona-Situation. Dort entscheidet die Zentralregierung in Paris, die grenznahen Regionen agieren deshalb zurückhaltend.

Wie hat sich der Lockdown auf unsere Region ausgewirkt?

Massiv. Viele Betriebe mussten Kurzarbeit beantragen. Ich spüre aber auch Aufbruchsstimmung. Und wichtig für unseren Wirtschaftsstandort ist natürlich auch, dass die Life-Sciences-Unternehmen sich stabil in der Krise behaupten.

Der Schock, gerade in puncto Arbeitslosigkeit, dürfte aber erst noch kommen...

Die Krise wird auch in den nächsten Monaten und Jahren Auswirkungen haben, wir erholen uns sicher nicht so schnell davon. Von Normalität kann also noch keine Rede sein.

Es wird Bereinigungen auf dem Markt geben.

Jede Krise führt zu einem Hinterfragen der Strukturen. Wir haben das schon bei der Finanzkrise gesehen. Gerade bei der Digitalisierung wird vieles passieren. Die Handelskammer entwickelt nun mit den Unternehmen Digitalisierungs-Strategien.

Wie könnten diese aussehen? Wir sprechen seit dem Lockdown viel von flexiblen Arbeitszeiten.

Die Arbeitsgesetzgebung lässt keine neuen Arbeitsformen zu, die es eigentlich brauchte. Sie muss deshalb überarbeitet werden.

Was heisst das?

Homeoffice muss möglich sein, aber auch Arbeit am Wochenende. Die Vereinbarung von Fami-



Nicht mehr zeitgemäss: Elisabeth Schneider-Schneiter fordert eine Modernisierung des Arbeitsgesetzes.

lie und Beruf ist auch noch nicht einfach umzusetzen. Die Krise hat gezeigt: Die Revision des Arbeitsgesetzes ist dringend notwendig.

Die Krise wird mehr als 100 Milliarden kosten – das Ende ist gegen oben offen. Zu Recht?

Gerade die 40 Milliarden für die Unternehmen waren wichtig und richtig, dahinter stehen wir als Handelskammer. Der Bundesrat hat insgesamt einen guten Job gemacht.

Hätte er nicht früher lockern müssen?

Das weiss niemand so genau. Für mich ist einfach klar: Die Situation wird einschneidender enden, als momentan gesagt wird. Ich glaube etwa nicht, dass von den gewährten Überbrückungskrediten nur zehn Prozent abgeschrieben werden müssen.

Sondern mehr?

Ja. Deutlich mehr. Da teile ich die Prognose des Bundesrats nicht.

Hätte das Parlament nicht mehr mit dem Bundesrat streiten müssen?

Das Parlament hat sich selber über Wochen aus dem Spiel genommen. Wir waren fast zwei Monate handlungsunfähig. Das war falsch – wir hätten die Entscheidung des Bundesrats enger begleiten und von unserem Notverordnungsrecht Gebrauch machen müssen.

Die Folgen sind brutal.

Der Finanzhaushalt wird diese Ausgaben spüren, jahrelang – der Bund, aber auch die Kantone werden den Gürtel enger schnallen müssen. Man muss sich bewusst sein: Bei der AHV und den Pensionskassen werden die Auswirkungen beträchtlich sein.

Hätte man nicht mehr darüber diskutieren sollen, was Gesundheitsökonomien schon zu Beginn der Krise angemerkt hatten: Was ist ein Menschenleben wert?

Das ist eine sehr schwierige Frage. Aber hätte der Bundesrat wie Schweden reagiert und es wäre eine Situation wie in Bergamo entstanden, wäre er auch kritisiert worden.

Als Nationalrätin und Präsidentin der Handelskammer sind Sie am Puls, welche Auswirkungen politisch und wirtschaftlich drohen: War es das wert?

Der Lockdown war zu Beginn richtig. Sehen Sie: Keiner weiss, was passiert wäre, wenn wir wie beispielsweise Weissrussland reagiert und überhaupt nichts gemacht hätten. Vielleicht wäre der Schaden für die Schweizer Wirtschaft noch grösser geworden. Die Wirtschaft steht übrigens hinter dem Entscheid des Bundesrats.

Wenn wir uns etwas weg vom Lockdown-Entscheid bewegen: Auch sonst wurden Entscheide wenig angezweifelt, auch nicht hinterfragt – etwa

das Schutzmasken-Wirrwarr von Herrn Koch.

Kommunikativ ist nicht alles gut gelaufen, das sehe ich auch so. Auch die Treffen mit den Grosseltern wurden schlecht kommuniziert – das hat die Bevölkerung verunsichert. Aber grundsätzlich haben Herr Koch und der Bundesrat gut gearbeitet. In Zukunft brauchen wir aber einen international abgestimmten Pandemie-Plan. Die Schweiz benötigt eine funktionierende Gesundheitsaussenpolitik. Es kann nicht sein, dass an unserer Grenze Schutzmaskenlieferungen aufgehalten werden.

Es droht im Parlament jedoch eine Atmosphäre wie auf dem Basar, im Selbstbedienungsladen.

Corona wird genutzt, um Ideologien zu befeuern. Das geht nicht. Die Wirtschaft nun etwa mit starken klimapolitischen oder antikapitalistischen Forderungen zu belasten, ist nicht hilfreich. Ebenso hilft es nicht, von rechts Protektionismus zu betreiben. Die Schliessung der Grenzen hat ein Wirrwarr ausgelöst – das hat diese Krise gezeigt. Zu wenig medizinisches Personal, zu wenig Landarbeiter für die Bauern. Das kam auch in der parlamentarischen Debatte zum Ausdruck.

Im Kanton Basel-Stadt zahlen 20 Prozent gar keine, die untere Hälfte des Medians nur acht Prozent an den gesamten Einkommenssteuern – viele erhalten bereits finanzielle Unterstützung durch den Staat. Wie kann man verhindern, dass dies sich weiter zuspitzt?

Im Vergleich zu anderen Regionen in der Schweiz sind die Nachfrage nach Kurzarbeit und die Arbeitslosenquote relativ hoch. Wir können die Krise wegen der Schuldenbremse relativ gut stemmen – wir haben ein Polster. Ein solches wünsche ich mir auch von den Unternehmen, um Ausnahmesituationen zu überstehen.

Basel Stadt Land Region

Basel soll bereits 2030 emissionsfrei sein

«Umwelterziehung» gefordert Der Kanton müsse verpflichtet werden, dass die globale Erwärmung 1,5 Grad nicht übersteige, fordert eine neue Initiative. Wie kann das gehen?

Nur den Klimanotstand auszurufen, ist ihnen nicht genug: Gut ein Jahr, nachdem der Grosse Rat dieser viel diskutierten Resolution zugestimmt hatte, wollen sie mehr – denn gesehen haben sie von der Politik noch nicht viel, auf jeden Fall viel zu wenig. Sagen sie.

Für ein «klimagerechtes» Basel soll sich nun auch das Volk einsetzen, darum lanciert der Verein für Klimagerechtigkeit Basel 2030 eine kantonale Klimagerechtigkeitsinitiative. Das Initiativkomitee ist gespickt mit bekannten Namen; Nationalrätin Sibel Arslan (Basta) etwa ist dabei oder auch die Architektin Barbara Buser – und unterstützt wird das Begehren von Bischof Felix Gmür.

Mit viel Selbstbewusstsein

Die Forderungen haben es in sich: Der Kanton soll verpflichtet werden, dass die globale Erwärmung – gegenüber dem vorindustriellen Niveau –

1,5 Grad nicht übersteigt und dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf netto null reduziert werden.

Das ist ganz schön viel Forderung, ganz schön viel Selbstbewusstsein auch. Wie kann das gehen? Diese Frage stellt sich immer wieder, wenn ein Kanton die ganze Welt retten soll. Und das in zehn Jahren – und nicht, wie der Bund vorsieht, bis 2050? Und

was heisst das überhaupt, Klimagerechtigkeit?

Mehr als nur ein Symbol

Mediensprecherin Zoë Roth sagt, dass diese Initiative mehr sei als nur ein symbolisches Zeichen: «Wir schreiben eine konkrete Zielsetzung in die Verfassung.» Konkret bedeute dies eine gesellschaftsverträgliche Umstellung der Lebensweise. Roth sagt: «Fünf

Kurztrips mit dem Flugzeug etwa sind nicht mehr zeitgemäss. Hier kann der Kanton mit seinem Einfluss auf den Euro-Airport konkret Abhilfe schaffen.» Die Zeit dränge, mehr als zehn Jahre reichen nicht – sonst sei es für künftige Generationen zu spät.

Für Roth ist die Betonung wichtig, dass es sich dabei nicht nur um Verbote handeln muss. Wenn Silvia Henke, Professorin

für Kulturtheorie und ebenfalls im Initiativkomitee sitzend, aber wirkt das nicht wie ein übermässig solidarisches Wording. Roth spricht lieber von «Umweltbildung»; es müsse mehr kommuniziert werden – wie bei Corona nun gesehen.

Unklar bleibt, wie dem Menschen eine oktroyierte Verhaltensänderung schmackhaft ge-

macht werden soll – da ist der Einfluss der Behörden gering. Wenn der Mitinitiant und Umweltwissenschaftler Benjamin Plüss wieder den oft gehörten Satz «Die Politik verspielt unsere Zukunft» zitiert: Reicht das, ist das genug? Roth hofft, dass wegen der Virus-Pandemie das Bewusstsein auch fürs Klima steigt und die Solidarität erhalten bleibt: «Die Klimakrise ist viel grösser als die Virus-Krise.»

Der Wortlaut der Initiative

§15 (Leitlinien staatlichen Handelns) wird in Abs. 2 wie folgt ergänzt:

Bestehend: Er [der Staat] wirkt auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und auf eine nachhaltige Entwicklung hin, die den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation entspricht, aber zugleich die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse künftiger Generationen

und ihre Möglichkeiten nicht gefährdet, ihre eigene Lebensweise zu wählen. Ergänzung: Er trägt nach seinen Möglichkeiten dazu bei, dass die globale Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau 1,5 Grad Celsius nicht übersteigt.

NEU:

§16a Klimagerechtigkeit

1) In Anerkennung der Klimakrise als Bedrohung für Mensch, Ökosysteme, Wirtschaft und ein friedvolles

Zusammenleben sowie als Chance für gesellschaftliche Innovation trifft der Staat effektive Massnahmen zum Klimaschutz und zum Schutz vor den Folgen der Klimaerhitzung. 2) Regierung und Parlament sorgen im Rahmen ihrer Kompetenzen dafür, dass der Ausstoss an Treibhausgasemissionen im Kanton Basel-Stadt in allen Sektoren bis 2030 auf netto null sinkt.

3) Dazu legt der Staat verbindliche Absenkpfade für Treibhausgase

fest und handelt im Sinne von Verursacherprinzip und umfassender Klimagerechtigkeit. 4) Er setzt sich im Rahmen seiner Beteiligungen an Anstalten und Unternehmen dafür ein, dass diese in ihren gesamten Tätigkeiten, inklusive Finanz- und Verwaltungsvermögen, den vorgenannten Zielen entsprechen. 5) Er setzt sich beim Bund für die notwendigen Rahmenbedingungen ein.

Ein guter Moment

Darum sei jetzt auch ein guter Moment für die Lancierung – Angst davor, dass die Menschen krisenmüde sind, hat sie nicht. Schon bald soll es losgehen mit dem Unterschriftensammeln. Roth sagt: «Wir haben das Signal, dass dies bereits am 3. Juni wieder erlaubt sein wird. Wir wollen dann sofort starten.» 3000 Unterschriften sind nötig, dass es zur Abstimmung kommt.

Sebastian Briellmann

Schweiz

CEOs fordern «wirkungsvolle Klimapolitik»

Appell an den Ständerat 377 Schweizer Firmenchefs, darunter jene von Novartis, Siemens und Ikea, drängen vor der Beratung des CO₂-Gesetzes auf mehr Klimaschutz. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bleibt dennoch kritisch.

Stefan Häne

Wird Covid-19 zum Gamechanger in der Klimapolitik – so wie es vor einem Jahr die Klimaproteste waren, einfach unter umgekehrten Vorzeichen? Schweizer Wirtschaftskapitäne wollen verhindern, dass das Parlament die zuletzt gewachsenen Bemühungen um mehr Klimaschutz abschwächt. «Es geht jetzt vor allem darum, dass das CO₂-Gesetz in der aktuellen Vorlage vom Nationalrat verabschiedet wird und es umgesetzt werden kann», sagt André Wyss. Der CEO des Bauunternehmens Implenia erhofft sich dadurch nicht zuletzt Planungssicherheit und flexible Rahmenbedingungen.

Ähnlich äussert sich Antonin Guez, CEO vom Unternehmen Energie Schweiz, das sich auf Energieoptimierung bei Gebäuden und Industrieanlagen spezialisiert hat. Die Corona-Krise zeige, dass die Gesellschaft bereit für tiefgreifende Massnahmen sei, wenn die Gefahr unmittelbar sei: «Der Klimawandel aber ist keine Gefahr mehr: Er ist schon Realität.» Die Auswirkungen seien zwar noch nicht in allen Facetten sichtbar. «Aber sie werden tiefgründig sein, weshalb wir heute entscheiden handeln müssen.» Auch Patrik Meli, Geschäftsleiter der MAN Energy Solutions Schweiz AG, hält es für «wenig zielführend», der Corona-Krise wegen die Prioritäten zu verschieben.

Investieren in Covid-Zeiten

Die drei Firmenchefs gehören zu einem wachsenden Kreis von Schweizer CEOs, die sich unter dem Logo «CEO4Climate» für eine «wirkungsvolle Klimapolitik» einsetzen. Vor der Debatte im Ständerat im letzten Herbst haben 72 Chefs vom KMU bis zum Grosskonzern einen entsprechenden Appell an die Ständeräte gerichtet.

Inzwischen sind es 377, darunter die Spitzen von Firmen wie Novartis, Ikea oder Siemens. In einem Brief, den sie am Donnerstag allen Nationalräten geschickt haben, fordern sie «griffige Inlandmassnahmen» in Gebäuden, Verkehr, Industrie, Energie und Landwirtschaft.



Klimaschutz soll auch den Gletscherschwund bremsen: Besucher in der Eisgrotte am Rhonegletscher. Foto: Denis Balibouse (Reuters)

Weiter sollen Mechanismen einen CO₂-Preis sicherstellen, der mit dem Ziel des Pariser Klimaabkommens in Einklang ist. Die Schweiz, heisst es im Brief, sei innovationsstark. «Gerade in herausfordernden Zeiten wie in der aktuellen Covid-19-Pandemie ist es wichtig, in die Zukunft zu investieren.» Der Wirtschaft

böten sich damit neue Chancen im In- und Ausland.

Unklar ist, inwieweit diese Stimmen die Schweizer Wirtschaft repräsentieren. Der Verband Swisscleantech begrüsst das Engagement der Wirtschaftskapitäne. Aus dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, dem 100'000 Unternehmen mit rund

zwei Millionen Beschäftigten angeschlossen sind, ertönen dagegen kritischere Töne. Es ist möglich, dass Economiesuisse ein Referendum gegen das CO₂-Gesetz, wie es die SVP erwägt, unterstützen wird. Geschäftsleitungsmitglied Kurt Lanz sagt, man beurteile diese Frage nach Abschluss der parlamentarischen Beratung. Der Verband

unterstützt zwar die «ambitioniertere Stossrichtung» der Vorlage, fordert aber gleichzeitig eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung.

Was Letzteres heisst, wird in Wirtschaftskreisen unterschiedlich beurteilt – und wird auch im Parlament weiter zu reden geben. Dass zum Beispiel das Modell der CO₂-Zielvereinbarungen neu allen

Unternehmen offenstehen soll, ist ganz im Sinne von Economiesuisse. Hingegen lehnt der Verband zentrale Elemente ab, etwa die geplante Flugticketabgabe. «Sie ist klimapolitisch nicht zielführend und schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz», sagt Lanz.

Eine durchgezogene Bilanz zieht auch Swissem. Der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie versichert, am eingeschlagenen Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft festhalten zu wollen. Doch auch er kritisiert die Vorlage, namentlich den Klimafonds sowie die Flugticketabgabe, welche die für die Industrie nötige Langstreckenanbindung des Standorts Schweiz gefährde. Geschäftsleitungsmitglied Ivo Zimmermann spricht von einem «riesigen Subventionstopf». Zur Bewältigung der Corona-Krise werde der Staatshaushalt auf viele Jahre hinaus stark belastet sein. «Sinnvoller wäre eine fiskalquotenneutrale Lenkungsabgabe.» Doch das Parlament habe die Chance verpasst, das umweltökonomisch effektivste Instrument, die CO₂-Lenkungsabgabe, von Brennstoffen auszudehnen.

Antrag der SVP

Es sind solche Stimmen, auf welche die SVP hoffen muss. Die Ausgangslage habe sich mit der Corona-Krise verändert, sagt Christian Imark. Der SVP-Politiker wird am 9. Juni im Nationalrat beantragen, das CO₂-Gesetz an die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Die Vorlage basiere auf Umverteilung und Verboten. Das sei der falsche Weg, sagt Imark. «Mit der Corona-Krise wird das nun noch deutlicher.» Die Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft sei so schon gross genug. «Wir dürfen die Krise jetzt nicht noch vergrössern.» Es gelte, die Vorlage von Grund auf zu überarbeiten mit dem Ziel, Klimaschutz mit möglichst wenig staatlichem Interventionismus zu betreiben.

Imarks Antrag wird im Parlament wohl chancenlos bleiben, nicht einmal die FDP scheint mitzuziehen. Parteipräsidentin Petra Gösli sagt: «An der Dringlichkeit des CO₂-Gesetzes hat die Corona-Krise nichts geändert.»

Basel Stadt Land Region

Beamte erhalten Flugverbot

Klimaschutz stärker gewichtet Für Reisen in einem Radius von bis zu 1000 Kilometern um Basel müssen Staatsangestellte des Kantons Basel-Stadt künftig den Zug nehmen.

Martin Regenass

Staatsangestellte und Regierungsräte dürfen ab Juli nicht mehr mit dem Flugzeug nach Hamburg fliegen. Das hat die Regierung mit einer Verordnungsänderung am Dienstag beschlossen. Grünen-Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann muss künftig auf beiden Wegen den Zug nehmen, wenn sie Veranstaltungen wie der Eröffnung der Elbphilharmonie beiwohnen möchte.

Flugreisen innerhalb eines Radius von 1000 Kilometern sind nur noch in ganz gut begründeten Ausnahmefällen möglich. Hamburg liegt per Luftlinie gemessen 688 Kilometer von Basel entfernt. Für eine Studienreise nach Stockholm wie im Jahr 2014 dürfen die Kader des Bau- und Verkehrsdepartements von Hans-Peter Wessels (SP) hingegen weiterhin den Flieger besteigen. Stockholm liegt per Luftlinie gemessen 1470 Kilometer von Basel entfernt.

Mehr Videokonferenzen

Grossrat Jörg Vitelli freut sich über diese neue Bestimmung, geht sie doch auf einen Vorstoss des Sozialdemokraten zurück. «Aus Gründen des Klimaschutzes, weil Flugzeuge sehr viel CO₂ ausstossen, ist diese Regelung sinnvoll», sagt Vitelli. Nach Berlin, Wien oder Hamburg zu fliegen, sei aus seiner Sicht ein «Unsinn». Nach Wien bestünden gute Verbindungen auch mit



Mitarbeiter des Kantons dürfen für Kurzstrecken nicht mehr abheben. Foto: Keystone

Nachtzügen. «Zudem ist das Reisen im Zug bequemer und einfacher. Wenn zwei oder drei Leute miteinander reisen müssen, dann können sie sich im Zug besprechen oder Akten studieren. Das alles ist im Flugzeug unmöglich», sagt Vitelli. Nicht zuletzt gelte es zu beachten, dass sich

die Mitarbeiter des Staates in der Corona-Krise an Videokonferenzen gewohnt hätten. «Da fragt es sich überhaupt, ob Reisen noch notwendig sind.»

Günstiger als der Zug

Nicht einverstanden mit dem Entscheid der Regierung ist

Christophe Haller. Der FDP-Grossrat hat vor rund einem Jahr gegen die Überweisung des Vorschlags von Vitelli an die Regierung gestimmt. «In normalen Zeiten ausserhalb von Corona ist Zufahren teurer als fliegen. Zudem verlieren die Staatsangestellten viel zu viel Arbeitszeit,

wenn sie mit der Bahn fahren. Der Zug ist in diesen zwei Punkten weniger effizient als das Flugzeug.» Haller nennt den Vorschlag eine «typische Effekthascherei» von Vitelli, die nicht durchdacht sei, da im 2018 nur 53 Flüge von Staatsangestellten unter 1000 Kilometern Radius

gelegen hätten. Wie es bei der für Reisen zuständigen Abteilung Human Resources im Finanzdepartement heisst, lägen für das Jahr 2019 keine Auswertungen vor, wie viele Mitarbeiter des Kantons für Kurzstrecken das Flugzeug genommen hätten.

Zeitverlust in Kauf nehmen

Bezüglich der verlorenen Arbeitszeit sagt Leiterin Human Resources, Andrea Wiedemann: «Die Mitarbeitenden können während der Zugreise arbeiten. Zudem wird ein allfälliger Zeitverlust im Interesse des Klimaschutzes in Kauf genommen.»

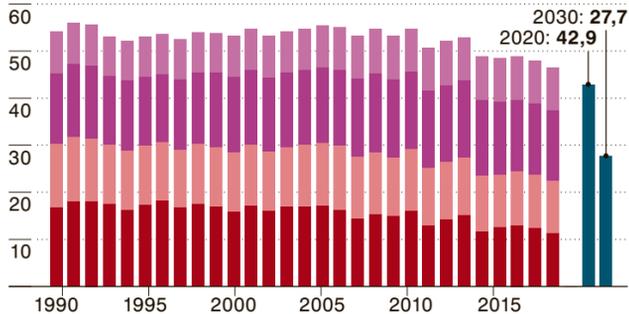
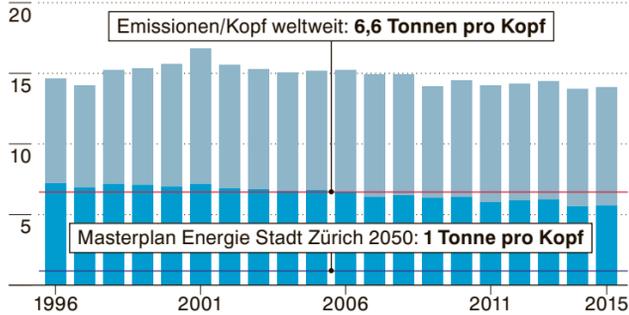
Die Regelung gelte auch für Regierungsräte, nicht aber für Parlamentarier. Wiedemann schätzt, dass sich die Ausgaben des Staates für die Reisetätigkeiten nicht «nennenswert» verändern werden, wenn mehr Zug gefahren wird. Wollten Staatsangestellte trotz der neuen Regelung mit dem Flugzeug reisen, müssten die Vorgesetzten entsprechende Anträge sorgfältig prüfen und nur dann bewilligen, wenn sie sachlich begründet seien.

Ausser für die Regierungsräte und die Angestellten der sieben Departemente gilt die Regel auch für die Mitarbeiter der Basler Verkehrsbetriebe, der Industriellen Werke Basel, des Universitätsspitals Basel, der Universitären Psychiatrischen Kliniken, des Felix-Platter-Spitals und des Universitären Zentrums für Zahnmedizin.

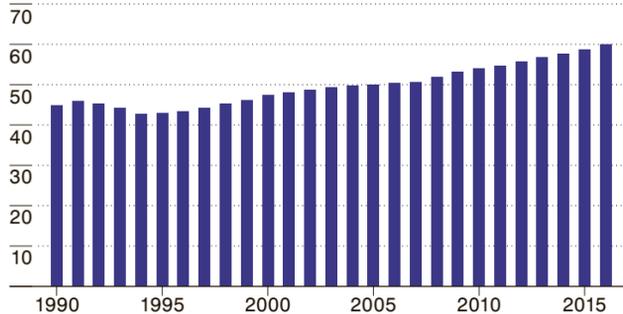
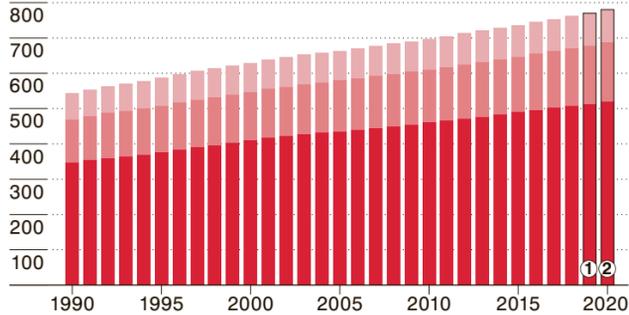
Wissen

So viel fehlt im Schweizer Klimaschutz

Entwicklung Treibhausgase

Emissionen, in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent*■ Gebäude ■ Industrie ■ Verkehr ■ Übrige
■ Ziele** 2020 gemäss Kyoto-Protokoll, 2030 gemäss Pariser Klima-Abkommen
Quelle: Bafu, TreibhausgasinventarInländischer Konsum, Emissionen/Kopf, in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent*■ Emissionen im Inland durch inländische Güter
■ Emissionen im Ausland durch importierte Güter* CO₂-Äquivalent: vereinheitlichte Masseinheit für verschiedene Treibhausgase
Quelle: Bafu, Statpop, Espop

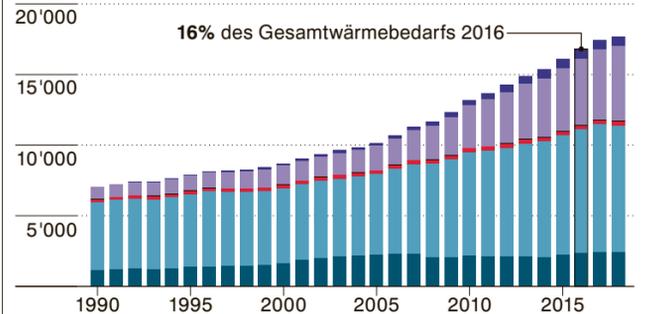
Klimabelastende Entwicklungen

Privater Personenverkehr auf der Strasse,
in Milliarden Fahrzeugkilometer**** In- und ausländische Fahrzeuge (ohne Kleinbusse):
Personenwagen, Privatcars, Motorräder, Motorfahrräder
Quelle: BFSBeheizte Gebäude-Grundfläche, in Millionen m²■ Haushalt ■ Dienstleistungen ■ Industrie
① 2019: provisorisch ② 2020: Prognose

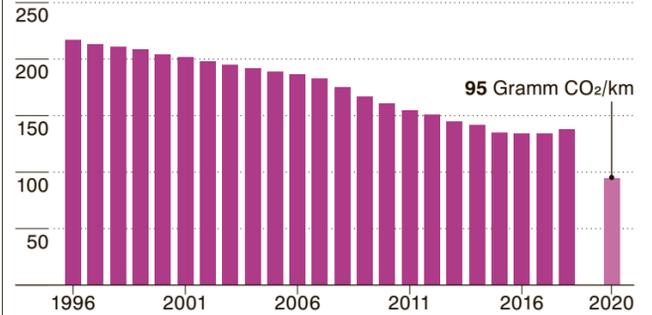
Quelle: Wüest Partner i.A Bundesamt für Energie

Grösste positive Klimaeffekte

Nutzung erneuerbare Wärme, in Gigawattstunden (GWh)

■ Abfall (KVA) ■ Holz ■ Biogas (ARA) ■ Biogas
■ Umweltwärme, Geothermie ■ Sonne (Solarkollektoren)

Quelle: Bundesamt für Energie

CO₂-Emission von neuen Personenwagen, in Gramm CO₂/km■ CO₂-Emission von Neufahrzeugen
■ Zielwert ab 2020, Emissionsvorschriften analog EU

Quelle: Bundesamt für Energie

Grafiken: niz

Der Klimaschutz beginnt erst

Vor der Debatte im Nationalrat Einschneidende Massnahmen sind in den nächsten zehn Jahren nötig, um die Treibhausgase in der Schweiz zu halbieren. Das sind die grössten Herausforderungen.

Martin Läubli

Die Corona-Krise hat die politischen und gesellschaftlichen Prioritäten in den letzten drei Monaten verschoben. Der Lockdown der Wirtschaft bedeutet für die meisten Staaten weltweit eine enorme volkswirtschaftliche Hypothek über Jahrzehnte.

Nun kehrt in der Schweiz allmählich die Normalität zurück, und mit ihr muss man sich wieder einer Krise stellen, die laut den Klimaforschern die Pandemie bei weitem in den Schatten stellt. Diese Woche wird der Nationalrat darüber entscheiden, welchen Weg er im Klimaschutz einschlagen will. Das sind die Herausforderungen in den nächsten zehn Jahren.

Emissionen halbieren

Die Schweiz hat das Klimaabkommen von Paris ratifiziert und sich verpflichtet, die Emissionen der Treibhausgase bis 2030 um 50 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Unser Land wird gemäss Bundesamt für Umwelt (Bafu) nicht einmal die gesetzlichen Auflagen bis 2020 erfüllen. Der Ausstoss an Treibhausgasen ist zwischen 1990 und 2018 um 14 Prozent gesunken. Das CO₂-Gesetz verlangt bis Ende dieses Jahres eine Reduktion der CO₂-Emissionen um mindestens 20 Prozent. «Das Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht», schreibt das Bafu.

CO₂-Zertifikate aus ausländischen Klimaprojekten sind gemäss dem aktuellen CO₂-Gesetz nicht anrechenbar. Der Schwei-

zer Wald wird deshalb eine wichtige Rolle spielen, um das Ziel dennoch erreichen zu können: Er speichert derzeit mehr CO₂, als er abgibt. Im besten Fall entspricht dessen Speicherleistung der fehlenden CO₂-Reduktionsmenge für das 2020-Ziel.

Das Parlament muss sich nun in der Totalrevision des CO₂-Gesetzes entscheiden, wie es die Treibhausgase bis 2030 halbieren will. Der Bundesrat will davon mindestens 30 Prozentpunkte im Inland reduzieren, den Rest im Ausland. Die SVP dagegen will die Emissionen bis 2030 nur um 40 Prozent senken und keine Regelung, wo reduziert wird – ob im Inland oder im Ausland.

Es gilt vor allem Inland first

Das Argument, eine Tonne CO₂ sei in ärmeren Ländern billiger zu reduzieren, hat heute nicht mehr die gleiche Schlagkraft wie vor zehn Jahren. «Der Effekt von Minderungsmaßnahmen im Ausland ist schwierig zu kontrollieren, Missbrauch ist schwer zu verhindern», schreibt die Akademie der Wissenschaften Schweiz. Verschiedene Studien bestätigen diese Aussage. Auch wenn die Schweiz ihre Auslandprojekte sorgfältig und gezielt aussucht, so wird es immer schwieriger, zum Beispiel in klimaschonende Energieprojekte zu investieren und damit kostengünstige CO₂-Zertifikate zu erhalten.

«Mit international grösseren Klimaanstrengungen wird sich der CO₂-Preis auch im Ausland erhöhen», sagt Lucas Bretschger, Ökonom an der ETH-Zürich.

Für ihn ist das Inlandziel zu wenig ambitioniert. «Der Umstieg ins postfossile Zeitalter kommt ohnehin, es stellt sich nur die Frage wann. Sicher ist: Wer dann nicht bereit ist, der hat verloren.»

Das ist auch die Ansicht der Akademie der Wissenschaften. Ohne den Ehrgeiz, vor allem im Inland CO₂ zu reduzieren, würden Vorteile nicht genutzt: Innovationen, Technologieförderung, Exportchancen, neue Arbeitsplätze und saubere Luft. Für Proclim, das Forum für Klima und globalen Wandel der Schweizer Akademie der Naturwissenschaften, offeriert die Corona-Krise eine «einzigartige» Chance für die Zukunft: «Die massive Unterstützung mit öffentlichen Geldern bietet unserer Regierung die Gelegenheit, die Wirtschaft auf die Klimakrise und die öko-

logische Nachhaltigkeit vorzubereiten.»

Andererseits muss sich die Schweiz auch etwas einfallen lassen, wie und wo sie weltweit in Klima- und Energieprojekte investieren und ihr Know-how in alternativen Technologien weitergeben kann. Der Anteil an Importgütern, bei deren Produktion im Ausland CO₂ ausgestossen wird, ist beträchtlich. Addiert man diese ausländischen Emissionen, verdoppelt sich der Pro-Kopf-Wert der Schweiz: Mit rund 14 Tonnen Treibhausgasen pro Kopf liegt unser Land deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von knapp 6 Tonnen. Die planetare Belastungsgrenze für die Schweiz lag gemäss Bundesamt für Umwelt 2015 bei 0,6 Tonnen. Das ist ein Richtwert, um eine kritische Klimaveränderung zu verhindern.

Klimabremse: Wachstum

Die Bevölkerung der Schweiz wächst – und mit ihr der Verkehr und die Nutzung von Wohn- und Arbeitsflächen. Das Bundesamt für Statistik rechnet in einer kürzlich veröffentlichten Prognose mit einem Bevölkerungswachstum bis 2050 von 1,8 Millionen Menschen. Der motorisierte Personenverkehr nimmt in der Schweiz immer noch zu.

Dieses Wachstum und der Trend zu leistungsstärkeren Autos schmälern den Fortschritt hin zu effizienteren Motoren und leichteren Autos. Die Emissionen aus dem Verkehr gehen gemäss Bafu erst seit wenigen Jahren zurück. Sie liegen 2018 immer noch 1 Prozent über dem Niveau von 1990. 32 Prozent der Treibhaus-

gase (ohne Flug- und Schiffsverkehr) verursacht der Verkehr. Auch im Flugverkehr hat das Wachstum die Effizienzsteigerung durch technische und operationelle Massnahmen wirkungslos gemacht. In der Schweiz betrug der Anteil des nationalen und internationalen Luftverkehrs im Jahr 2017 rund 10 Prozent der Treibhausgase.

Auch der Bedarf an Wärme in Wohn- und Büroräumen sowie in der Industrie wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Zwar wird in Neubauten heute darauf geachtet, klimaschonende Heizsysteme wie Wärmepumpen und Solarkollektoren einzubauen. Doch die Sanierung von alten Gebäuden, die den grössten Anteil am Gebäudepark in der Schweiz aufweisen, geht nur schleppend voran. Noch immer wird ein grosser Teil der Ölheizungen durch Ölheizungen ersetzt. Etwa 24 Prozent der Treibhausgase werden durch Heizungen in Gebäuden verursacht. Die Emissionen konnten mithilfe der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe gegenüber 1990 um 33 Prozent reduziert werden.

Positive grosse Klimaeffekte

Experten empfehlen, in den nächsten Jahren vor allem dort Massnahmen zu fördern, wo sie schnell und relativ kostengünstig wirksam sind. Dazu gehören die Heizsysteme. Der Einsatz von Fernwärme, Holzheizungen, Biogas und Erdwärme ist in den vergangenen zwanzig Jahren gestiegen. Heute stammen etwa 16 Prozent des Wärmebedarfs in der Schweiz von erneuerbaren Energiequellen.

In der Totalrevision des CO₂-Gesetzes, über die der Nationalrat diese Woche berät, sollen nun Anforderungen an neue Heizungen gestellt werden, die praktisch keine fossilen Heizungen mehr erlauben würden. Die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe bleibt weiterhin bestehen und soll auf maximal 210 Franken pro Tonne erhöht werden.

Im Verkehr ist nach wie vor keine CO₂-Abgabe vorgesehen. Der Bund erhofft sich sinkende CO₂-Emissionen durch neue Emissionsvorschriften für Neuwagen. Das Ziel von durchschnittlich 130 Gramm CO₂ pro Kilometer wurde 2015 verfehlt. Ab 2020 gilt der neue Zielwert von durchschnittlich 95 Gramm CO₂. Um diesen Wert einzuhalten, muss der Import von Elektroautos markant gesteigert werden. Wird die Vorgabe nicht eingehalten, bezahlen Autoimporteure Strafgebühren – im letzten Jahr waren es gut 31 Millionen Franken. Der Erlös wird für Klimaprojekte im Inland eingesetzt. Auto Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von rein elektrischen Modellen und Plug-in-Hybriden bis 2020 auf 10 Prozent zu steigern. Im letzten Jahr waren es 5,6 Prozent.

Der Ständerat schlägt im revidierten CO₂-Gesetz zudem eine Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken vor, um eine Verhaltensänderung bei Flugreisen zu bewirken. Teile der Erlöse aus der CO₂-Abgabe für Brennstoffe und der Flugticketabgabe sollen zudem in einem Klima-Spezialfonds verwaltet werden. Mit dem Geld soll der Aufbau einer klimaverträglichen Infrastruktur gefördert werden.

Emissionen der Treibhausgase im Verkehr liegen 2018 immer noch über dem Niveau von 1990.

Die fünf grössten Streitpunkte im Klima-Gesetz

CO₂-Debatte Nun erweist sich, wie grün der Nationalrat nach den Wahlen im letzten Herbst geworden ist: Er entscheidet über Massnahmen von Benzinpreisen über Gebäudevorschriften bis zur Flugticketabgabe.

Fabian Fellmann

Es gab einen Aufschrei, der noch immer nachhallt: Das Klimaschutzgesetz scheiterte vor zwei Jahren im Nationalrat, nachdem es von den Bürgerlichen verwässert worden war. Die Wählerschaft stellte ihnen im vergangenen Herbst die Quittung dafür aus – und bescherte grünen Parteien einen Wahlsieg.

Jetzt nimmt der Nationalrat einen zweiten Anlauf. Die Vorzeichen sind anders: Die grünen Kräfte sind gestärkt, die FDP hat sich zu einer Klimawende durchgerungen, und der Ständerat hat eine grundsätzlich mehrheitsfähige Vorlage gezimert.

Trotzdem wird noch um wichtige Entscheidungen gerungen: gestern um die Ziele und die Gebäudevorschriften, heute um die Treibstoffpreise und die Flugticketabgabe. Bereits so gut wie klar ist, dass das Volk an der Urne entscheiden wird, weil die SVP das Referendum ergreifen will.

Das Sparziel

Mit Ausnahme der SVP sind sich alle Fraktionen im Bundeshaus einig: Die Temperatur auf der Erde soll um maximal 2 Grad steigen gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter, gar möglichst nur um 1,5 Grad. Das entspricht dem Pariser Klimaabkommen.

Damit ist es mit der Einigkeit aber auch schon vorbei. Bei den konkreten Zielen stehen drei Vorschläge zur Debatte: Soll die Schweiz den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 auf 40, 50 oder 60 Prozent senken? Vor zwei Jahren stand das Land bei 86 Prozent, wobei stets das Jahr 1990 als Vergleich dient. Eigentlich müsste der Wert Ende dieses Jahres auf 80 Prozent sinken, was die Schweiz voraussichtlich knapp verfehlen wird.

Bei der Festsetzung der Ziele geht es nicht nur um einen Zahlenstreit. Vielmehr leiten sich die Klimaschutzmassnahmen daraus ab: Je ambitionierter der Plan, desto einschneidender müssen die Vorschriften sein. Eine Reduktion auf 50 Prozent bis in zehn Jahren schlagen der



Demonstrierende ziehen im Februar 2019 durch Bern, weil der Nationalrat zuvor das CO₂-Gesetz versenkt hat. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Bundesrat, CVP und FDP vor. 40 Prozent verlangen SP, Grüne und Grünliberale, für einen möglichst hohen Wert plädiert die SVP. Sie argumentiert, die Schweizer hätten schon sehr viel für den Klimaschutz getan. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga wies darauf hin, dass die Pro-Kopf-Emissionen 5,4 Tonnen betragen, rund zehnmal mehr als das, was nachhaltig ist. Der Nationalrat beschloss schliesslich deutlich mit 143 zu 55 Stimmen, das Ziel nicht zu senken, und mit 126 zu 72 Stimmen ebenfalls klar, es nicht zu verschärfen.

Wo investieren?

Die Schweiz kann ihre Treibhausgas-Bilanz verbessern, indem sie den Ausstoss im Inland senkt oder Projekte im Ausland unter-

stützt. Dabei steckt sie in einem Dilemma: Im Ausland kann mehr gespart werden, im Inland ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass die heimische Wirtschaft profitiert. Die Schweizerische Akademie für Wissenschaften weist darauf hin, dass das Potenzial für ausländische Projekte schwinden dürfte, weil die Preise in Zukunft stark steigen dürften.

Mindestens 60 Prozent der CO₂-Einsparungen müssten im Inland geschehen, schlugen Bundesrat, CVP und FDP vor. Ein Teil der CVP sowie Grüne und SP forderten 75 Prozent, die SVP wollte alle Vorschriften streichen. Auch dieses Ziel ist entscheidend dafür, wie griffig die Massnahmen ausfallen werden. Mit jenen, welche im Gesetz vorgesehen sind, würden rund 75 Prozent im Inland

erreicht: Diese Vorgabe bekräftigte der Nationalrat mit 111 gegen 86 Stimmen. Von den 50 Prozent, um die der Ausstoss sinken soll, würden mindestens 37,5 mit Massnahmen in der Schweiz erreicht.

Benzin und Brennstoffe

Die Benzinpreise werden heute zu einem grossen Thema. Der Kompensationsaufschlag soll bis auf 12 Rappen pro Liter steigen können: So schlugen es der Ständerat sowie die linken Parteien vor. Die SVP und ein Teil der FDP wollen den Aufschlag auf 8 Rappen begrenzen. Einen Kompromissvorschlag lanciert der Walliser CVP-Nationalrat Philipp Matthias Bregy: Er schlägt vor, den Zuschlag auf 10 Rappen zu begrenzen und dem Bundesrat die Kompetenz zu erteilen, die Obergrenze vorüber-

gehend zu reduzieren, «wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit nachgewiesen wird».

Damit wollen CVP-Vertreter den ländlichen Gebieten entgegenkommen und die Gefahr mindern, dass das Gesetz an der Urne abstürzt. Die SVP kritisierte im Nationalrat, das CO₂-Gesetz bestrafe die Landbevölkerung, die auf das Auto angewiesen sei.

Die linken Parteien sehen hier keinen Widerspruch: «Wer das Auto viel braucht, steigt sowieso besser auf Elektromobilität um», sagte SP-Nationalrat Beat Jans. Im Gesetz ist vorgesehen, den Kantonen und Gemeinden jährlich 60 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen für Klimaschutzprojekte wie die Installation von Elektro-Ladestationen.

Für Diskussionen sorgt auch die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe. Heute beträgt sie maximal 120 Franken pro Tonne, in Zukunft sollen es bis zu 210 Franken sein.

Die Flugticketabgabe

Die Flugticketabgabe ist der Zankapfel, der vor zwei Jahren zum Absturz des Gesetzes führte, weil die SVP sowie Teile von FDP und CVP sie aus dem Gesetz

Zankapfel ist die Flugticketabgabe, die vor zwei Jahren zum Absturz des Gesetzes führte.

strichen. Der Ständerat hat sie wieder eingefügt. Zwar wehren sich noch immer einige Bürgerliche gegen die Abgabe oder wollen sie verzögern, doch dürften diese unterliegen.

Die Abgabe beträgt voraussichtlich mindestens 30 und maximal 120 Franken. Grüne und SP verlangen, dass Passagiere der Business und First Class noch höhere Abgaben leisten sollen, doch dürfte dieser Antrag chancenlos sein. Für Privatjets soll die Abgabe zwischen 500 und 5000 Franken betragen; von der Abgabe befreit werden sollen kleine Privatflugzeuge.

Die Energievorschriften

Eigentlich sind die Energievorschriften für Gebäude Sache der Kantone. Weil viele von ihnen es aber verpasst haben, die Verbrauchswerte rechtzeitig zu senken, soll nun der Bund eingreifen: Ab 2023 würde es faktisch verboten, neue Ölheizungen einzubauen, es sei denn, diese werden mit Biobrennstoff betrieben. Die Kantone hatten sich dagegen gewehrt. Im Nationalrat zeichnet sich nun ein Kompromiss ab: Die Bundesregeln gelten nur in jenen Kantonen, welche keine Massnahmen beschlossen haben.

Kultur & Gesellschaft



Seit Corona regeln viele Museen die Zuschauerströme: Bis 40'000 pro Tag besuchten früher den Pariser Louvre (Bild), jetzt hats bei Mona Lisa viel mehr Platz. Foto: Getty Images

Kurz nach Paris fürs Mona-Lisa-Selfie

Kunst und Klima Grosse Museen haben mit erfolgreichen Ausstellungen den Städtetourismus angeheizt. Zwingt sie das neue Klimabewusstsein zu neuer Bescheidenheit?

Christoph Heim

Der Louvre in Paris ist nach dem Corona-Lockdown wieder offen. Vor der Krise zählte er 30'000 bis 40'000 Besucher pro Tag. Jetzt gewährt er täglich nur noch 5000 Besuchern Einlass. Die Schliessung während der letzten drei Monate brachte dem Riesemuseum, in dessen Sälen über 35'000 Werke hängen, über 43 Millionen Franken Verlust.

Frances Morris, Direktorin der Tate Modern in London, gab unlängst zu bedenken, dass ihr Museum im Jahr 26'000 Tonnen CO₂ ausstosse, während die Millionen Besucher, die das Museum noch letztes Jahr stürmten, mit ihren Reisen das Zehnfache, also 260'000 Tonnen CO₂ pro Jahr, ausstossen würden. Sie ist überzeugt davon, dass das so nicht weitergehen könne und die Tate Modern sich künftig nicht mehr auf die Easy-Jet-Touristen, sondern nur noch auf die Menschen aus Greater London ausrichten müsse – wo ja auch schon ein Millionenpublikum wohnt.

Fehlende Ticketeinnahmen und der Besuchereinbruch zwingen nicht nur den Louvre und die Tate Modern zu neuen Strategien, sondern Museen weltweit. Und schon hebt eine breite Debatte darüber an, ob der durch Corona bedingte Niedergang nicht auch sein Gutes habe, weil er Tür und Tor öffne für eine nachhaltige Museumsstrategie, die sich als klimafreundlich und tourismusfeindlich beschreiben lässt.

Dabei verweisen die Museumsdirektoren meist auf die riesigen Ausstellungssäle, die ausser bei Louvre, Tate Modern und etwa einem Dutzend anderer Museen weltweit auch im Normalbetrieb kaum je zu Rum-

melplätzen werden. Damit sind die meisten Museen – anders als Konzert und Theater – unter Corona-Bedingungen ein geradezu idealer Aufenthaltsort, da ein grosser Abstand zwischen den Besuchern fast von selbst gegeben ist. Und sollte das Interesse an einer Ausstellung über das gesunde Mass wachsen, kann der Strom der Besucher am Eingang so gedrosselt werden, dass die Distanz zwischen den einzelnen immer gewährleistet ist.

Besucherrückgang um zwei Drittel

Der Direktor des Museums Ludwig in Köln, Yilmaz Dziewior, sagte kürzlich im Radiosender Deutschlandfunk, dass in seinem Museum nur noch ein Drittel des früheren Besucheraufkommens gezählt werde, dass die Touristen fehlten und natürlich auch die Schulklassen. Mit Hygienemasken und Desinfektionsmitteln könnten dennoch die Voraussetzungen für einen angstfreien Museumsbesuch geschaffen werden.

Laut Yilmaz Dziewior brachten die letzten Monate eine überhitzte Kunstwelt zur Besinnung. Dziewior verspricht, künftig weniger Dienstreisen zu machen, und ist überzeugt, dass die Ära der Blockbuster-Ausstellungen definitiv der Vergangenheit angehört. Auch von Museumsdirektoren in der Schweiz hört man, dass Nachhaltigkeit das Gebot der Stunde sei.

Bei Blockbustern in der Museumswelt geht es um ein Geschäftsmodell, bei dem ein hohes Besucheraufkommen hohe Ticketeinnahmen generiert, mit denen sich ein Kunsthaus eine prächtige Ausstellung finanzieren kann. Es kann damit sowohl

Leihgaben aus aller Welt importieren, die meist in einem Flugzeug samt Begleitpersonal angefliegen werden, als auch die horrenden Versicherungssummen bezahlen, die durch die konzentrierte Ausstellung von Spitzenwerken entstehen.

Aus der Perspektive des Publikums möchten wir hier dennoch eine Lanze brechen für die erfolgreiche Publikumsausstellung, die nicht unbedingt ein veritabler Blockbuster sein muss. Sie verwöhnt die Besucher mit einem Kunstgenuss der Extraklasse, was diese dann eben mit massenhaftem Museumsbesuch honorieren: Das ist das kalkulatorische Argument. Sie bringt zudem Menschen ins Museum, die sich sonst wenig für Kunst interessieren: Das ist das soziale Argument. Wenn nun der Umweltschutz dafür sorgen soll, dass solche Ausstellungen nicht mehr ausgerichtet werden, schüttet man gewissermassen das Kind mit dem Bade aus.

Rekorde in der Schweiz bei Tutanchamun oder Gauguin

Zuerst gilt es einmal, die Dinge insofern zurechtzurücken, als Blockbuster-Ausstellungen in den Schweizer Museen die grosse Ausnahme sind. Blockbuster waren hierzulande die Ausstellungen zu Tutanchamun im Antikenmuseum Basel (2004) mit 600'000 Besuchern und zu Van Gogh im Kunstmuseum Basel (2009) mit 520'000 Besuchern. Oder wohl auch die Ausstellung zu Paul Gauguin in der Fondation Beyeler (2015), die es auf 370'000 Besucher brachte. Was aber sonst in Schweizer Kunstmuseen in den letzten Jahren als erfolgreiche Ausstellung gilt, das lockte 50'000 bis 100'000 Besu-

cher an, was nichts mit einem Blockbuster gemein hat.

Dann gilt es zu trennen zwischen Ausstellung und Städtetourismus. Nicht das Museum sollte die Verantwortung übernehmen für die Art des Verkehrsmittels, das die Städtetouristen für ihre Anreise wählen. Das ist eine Aufgabe der Politik, die für bessere Zug- und schlechtere Flugverbindungen sorgen muss. Und das ist eine Frage des Umweltbewusstseins jedes Einzelnen. Allerdings, die Ausstellung für sich genommen generiert im internationalen Leihverkehr einen beträchtlichen CO₂-Ausstoss.

Dabei ist weniger das Bild das Problem, das zum Beispiel in einem Frachtflugzeug aus Chicago nach Zürich gebracht werden könnte, sondern der Kurier, der jedes wertvolle Bild begleitet. Einerseits generiert diese Be-

Blockbuster-Ausstellung?

Pro:

- Seltene Konzentration von herausragenden Werken
- Hohe Ticketeinnahmen dank grossem Publikumsinteresse
- Breites, nicht nur intellektuelles Publikum
- Kunst wird zum Stadtgespräch
- Gute Reklame für das Museum
- Belebt die städtische Hotellerie und Gastronomie

Kontra:

- Hohe Transportkosten für internationale Leihgaben
- Klimaschädliche Reisen der Bilder-Kuriere
- Hohe Versicherungskosten
- Museum wird wegen Ansturm zum Rummelplatz
- Städtetourismus mit negativen Klimafolgen wird angeheizt

gleitperson beträchtliche Reisekosten, die sich bei 63 Bildern aus Übersee, wie das beispielsweise bei Edward Hopper in der Fondation Beyeler der Fall ist, zu einem hohen Betrag aufsummieren. Andererseits entsteht bei diesen Flugreisen auch ein hoher Ausstoss an klimaschädlichen Gasen.

Nur das Beste ist gut genug für die Besucher

Nun muss es ja nicht unbedingt eine Blockbuster-Ausstellung sein. Wenn wir aber von Museumsdirektoren hören, dass sie ganz und gar auf dieses Geschäftsmodell verzichten wollen, beschleicht uns die Angst, dass sie den Publikumsrennern unter den Ausstellungen ganz den Garaus machen wollen. Uns graut bei der Vorstellung, dass sich nun unter dem Vorwand, eine klimaneutrale Museumspolitik zu betreiben, die Ausstellungshäuser bequemen könnten, ihre Sammlungen einmal pro Saison neu zu hängen, um wenigstens ein bisschen Abwechslung zu bieten.

Die Museen sollten es aber nicht zu ihrer Strategie machen, den Städtetourismus zum Absterben zu bringen. Das kann nicht ihre Aufgabe sein. Nein, nur das Beste ist gut genug für die Besucher. Gehört es nicht zu den vornehmsten Aufgaben eines Museums, uns die kostbarsten Schätze dieser Welt zu präsentieren? Einfach zum puren Genuss? Einfach weil es eine der hinreissendsten Erfahrungen ist, fünfzig Gauguins nebeneinander zu sehen? Darum sind wir ja auch dafür, dass der Staat jährlich Dutzende von Millionen Franken an Subventionen in unsere Museen investiert.

«Der Klimawandel ist auch eine Krankheit»

Interview mit Aktivist Die Corona-Krise hat der Klimabewegung die Show gestohlen. Philippe Kramer, Mitorganisator des Klimastreiks Basel, ist aber überzeugt, dass sie sich den Platz in der Öffentlichkeit bald wieder erkämpfen wird.

Nathalie Reichel

Herr Kramer, die Corona-Krise stellt sämtliche Bereiche der Gesellschaft auf den Kopf. Hat sie der Klimakrise die Show gestohlen?

Wir haben momentan tatsächlich mehr Schwierigkeiten damit, die Aufmerksamkeit auf die eigentlich nach wie vor aktuelle Klimaproblematik zu lenken.

Wieso hätte die Klimakrise die Aufmerksamkeit auch in Zeiten der Pandemie verdient?

Ich finde, wir müssen beiden Krisen gleichzeitig Beachtung schenken. Wer den Fokus nur auf der drängendsten Krise hat, manövriert sich dadurch direkt in die nächste Krise hinein. Man könnte dies vielleicht mit folgendem Bild veranschaulichen: Wenn du unter Wasser bist und dir ein Hai fisch entgegenschwimmt, ist es verständlich, dass du dich zuerst mit dem Hai fisch beschäftigst, weil er die dringendere Gefahr darstellt. Du wirst jedoch ertrinken, wenn du nicht schnell genug wieder aus dem Wasser gehst.

Gerät der Einsatz fürs Klima in den Hintergrund?

Es ist verständlich, dass Menschen immer nur wenige Dinge im Kopf haben können. Und wenn die Gefahr besteht, dass man in absehbarer Zeit ernsthaft krank wird, dann ist das fassbarer als abstrakte Konzepte, die das Klima betreffen. Das Entscheidende ist aber: Im Prinzip geht es bei beiden Krisen um dasselbe – es sind weltweit Menschen in Lebensgefahr.

Menschen handeln eher dann, wenn die Gefahr akut ist. Das ist bei der Klimakrise nicht der Fall, zumindest im Westen.

Genau. Es ist völlig logisch, dass wir jetzt alle darauf schauen, was



Im vergangenen Jahr gingen Jugendliche fast jeden Freitag auf die Strasse, um gegen den Klimawandel zu demonstrieren. Foto: Dominik Plüss



Philippe Kramer
Mitorganisator des
Klimastreiks Basel

im Moment wehtut. Das Problem ist: Mit diesem Blickwinkel verursachen wir, dass es später viel mehr wehtun wird. Es ist falsch, wegen der Pandemie die Klimakrise zu vernachlässigen. Es ist absurd. Man muss ganzheitlich denken und einsehen, dass die Handlungen von heute einen Einfluss auf morgen haben. Die Pandemie hat zwar gezeigt, wie kurzfristig wir denken, sie ist

aber gleichzeitig ein Weckruf, um genau daran etwas zu ändern.

Was kann man aus der Corona-Krise für die Klimaproblematik lernen?

Vieles. Menschen sind erstens extrem solidarisch, denn sie haben innerhalb von kürzester Zeit Nachbarschaftsnetze aufgebaut. Zweitens haben praktisch alle Branchen Lösungen gefunden, um gemeinsam die Krise zu bewältigen. Und genau das braucht es auch für die Klimakrise, damit wir als Gesellschaft die Umstellung machen können: weg von einer Gesellschaft, die diesen Planeten und somit sich selber kaputt macht – hin zu einer Ge-

sellschaft, die diesen Planeten pflegt. Eigentlich sehe ich in der Corona-Krise ein hoffnungsvolles Zeichen.

Hat die Angst vor den drohenden Folgen der Pandemie nicht gerade Priorität für die Menschheit?

Ja, es geht zweifellos um ein Abwägen der Prioritäten. Das Problem der Klimakrise ist aber trotzdem nicht gelöst, nur weil es gerade nicht im Fokus steht. Im Gegenteil: Es geht gerade jetzt darum, die Folgen der Klimaproblematik sichtbar zu machen. Wenn ich zum Beispiel nach Mallorca fliege, sehe ich nicht unmittelbar, was ich damit verursache.

Beim Coronavirus ist es genauso: Der Zusammenhang zwischen der Handlung, ohne Maske in den Bus steigen, und deren Folge, dass sich das Virus verbreitet, ist unsichtbar. Bei Corona ist dieser Zusammenhang zwischen Handlung und Konsequenz von Behörden und Medien sehr gut vermittelt worden – beim Klimawandel nicht. Der entscheidende Unterschied ist: Man kann niemandem die Krankheit «Klimawandel» diagnostizieren – auch wenn sie weltweit Opfer fordert.

Sie bezeichnen den Klimawandel als Krankheit?
Er ist natürlich keine Krankheit im klassischen Sinn, aber er

«Das Problem der Klimakrise ist nicht gelöst, nur weil es gerade nicht im Fokus steht.»

schadet den Menschen. Und er trifft – genauso wie Corona – auch eher die Ärmere. Denn: Nicht alle können im Homeoffice arbeiten, und nicht alle können sich einen Corona-Test oder eine Therapie leisten. Es trifft also nicht alle gleich, und beim Klimawandel ist das noch extremer der Fall. Aber in der Schweiz haben wir nie die Notwendigkeit gesehen, etwas gegen die Klimakrise zu tun, weil sie uns – noch – nicht direkt betrifft.

Es ist schon vor Corona nicht gelungen, die Notwendigkeit aufzuzeigen. Nun wird es noch schwieriger werden.

Es wird sicher auch danach noch schwieriger sein, aber wir befinden uns gleichzeitig auch in einer Umbruchszeit: Die Leute kommen der Natur näher und freuen sich, im Wald zu spazieren, Velo zu fahren, Vogelgezwitscher zu hören. Und indem man seine Routinen überdenkt, kann auch das Umdenken in anderen Gebieten angestossen werden.

Wird der Klimaaktivismus jemals wieder das sein, was er einst war?

Auf jeden Fall. Ich bin sehr überzeugt davon, dass der Klimastreik nicht an Stärke verloren hat. Im Gegenteil: Die Bewegung hatte sogar Zeit, neue Projekte zu planen. Bald wird sie sich wieder den Platz in der Öffentlichkeit erkämpfen, damit die nach wie vor grundlegende Klimakrise wieder in den Vordergrund rückt.

Ein Drittel Regen weniger

Ausgetrocknete Stadt Bei der Bewässerung von Basels Grünanlagen priorisiert die Stadtgärtnerei die Jungbäume. Langfristig sollen die einheimischen Bäume durch hitzeresistente Arten aus dem Mittelmeerraum ersetzt werden.

Simon Erlanger

Basel trocknet aus. Die Hitzeperioden folgen immer öfter aufeinander und dauern länger. Das hat Konsequenzen, wie Meinrad Gunti von der Basler Stadtgärtnerei am Dienstagmorgen im Margarethenpark den Medien eindrücklich demonstrierte.

Anhand von zwei quadratischen, etwa 30 Zentimeter tiefen Rasenstichen zeigte er, wie trocken der Basler Untergrund mittlerweile ist. Dank Bewässerung und kürzlichem Regen ist die Erde bis zu einer Tiefe von etwa 25 Zentimetern zwar noch feucht, braun und lehmig. Danach kommt aber eine gelbliche, ausgetrocknete, harte Schicht zum Vorschein, die beim Berühren sofort zerbröckelt.

Das dritte Dürrejahr in Folge

Daran ändern auch die intensiven Regenfälle seit Sonntag nichts. «Es hat in den letzten Jahren einfach zu wenig geregnet», wie Yvonne Aellen, Leiterin Grünflächenunterhalt bei der Basler Stadtgärtnerei, erklärt (siehe Interview unten). Noch immer wirke der trockene Sommer 2018 nach», erklärt Aellen. Damals fielen in Basel nur 500 Millimeter Regen. Der normale Jahresdurchschnitt beträgt aber 850 Millimeter. Auch 2019 sei mit 600 Millimetern ein sehr trockenes Jahr gewesen.

«Seit Sonntag fielen jetzt 40 Millimeter Regen. Wir sind aber mit 270 Millimetern Mitte 2020 immer noch unter dem langjährigen Durchschnitt», so Aellen.



Stadtgärtner Meinrad Gunti demonstriert, wie trocken der Basler Boden mittlerweile ist. Immer noch sichtbar sind die Folgen des Hitzesommers 2018 auch an den Bäumen – zum Beispiel im Margarethenpark. Fotos: Nicole Pont

Insgesamt regnet es in Basel rund ein Drittel weniger als früher. Wegen des Rheins noch nicht beeinträchtigt sei der Grundwasserspiegel. Es bestehe keine Wasserknappheit. Eine direkte Wasserentnahme aus dem Fluss lehnt die Stadtgärtnerei aber ab. Es sei ökologisch wenig sinnvoll, mit Tankwagen durch die Stadt zu fahren.

Derweil zeigt sich die Trockenheit im Stadtbild. Allenthalben sind gelbe, verdorrte Flächen zu sehen, die zum Teil schon an Halbwüsten gemahnen. Diese Flächen seien allerdings oft rund um das Trasse der BVB-Tramlinien zu finden und fielen nicht in die Verantwortung der Stadtgärtnerei, so Yvonne Aellen gegenüber der BaZ. Diese unter-

nehme alles, die Grünflächen und den Baumbestand so zu pflegen, dass dabei keine nachhaltigen Schäden entstünden.

Solche sind bei manchen Bäumen aber schon sichtbar. Der Befall mit Pilzen und Insekten nimmt zu. Wegen der Trockenheit stellen die Bäume den Wasserfluss in Blätter und Äste ein und konzentrieren sich auf das



So etwa verspritzt eine Sprinkleranlage auf der 13'000 Quadratmeter grossen Rasenfläche des Margarethenparks einmal pro Woche rund 270'000 Liter Wasser. Bei den Parks sei es das Ziel der Stadtgärtnerei, grüne Anlagen zu erhalten, die der Bevölkerung im Sommer auch Kühle und Schatten spenden. Wiesen und Gehölzsäume würden der Verdorrung überlassen, da sie sich schnell regenerierten.

Mediterranisierung Basels

Erste Priorität hätten aber die rund 2000 Jungbäume in der Stadt. Dabei erfolgt die Bewässerung gezielt. Bei den Jungbäumen setzt man auch auf fest installierte Bewässerungssysteme. Wo dies nicht möglich ist, werden Wassersäcke an die Bäume gehängt. Schwieriger sei es bei den älteren Bäumen. Deren Wurzeln seien zu tief. «Wir kommen nicht in die Tiefe. Wir können nicht ein paar Hundert Liter Wasser pro Tag zuführen», so Aellen. Solange der Grundwasserspiegel noch hoch sei, würden diese Bäume aber überleben.

Da die Stadtgärtnerei wegen des Klimawandels auch künftig mit heissen und trockenen Sommern rechnet, will man langfristig hitzeresistente Baumarten anpflanzen, wie etwa die Steineiche, die Hopfenbuche, die italienische Erle und den Zürgelbaum. Sie alle gedeihen im Mittelmeerraum von Portugal über Süditalien, Griechenland bis in die Türkei. Die immer wieder beschworene Mediterranisierung Basels dürfte also beim Baumbestand voranschreiten.

«Wir werden dieses Jahr viele Bäume fällen müssen»

Trockenheit stresst die Natur Yvonne Aellen, Leiterin Grünflächenunterhalt der Stadtgärtnerei, verrät, welche Folgen die Hitze für den Baumbestand haben wird und warum eine selektive Bewässerung besser ist als eine grossflächige.

Frau Aellen, die Trockenheit zeigt sich unter anderem am Höhenweg im westlichen Teil des Gundeldinger Quartiers besonders krass. Verdorrte Blätter der Platanen liegen dort derzeit knöcheltief am Boden. Für den Laien sieht die Lage dramatisch aus. Was sagen Sie als Fachfrau dazu?

Bäume werfen bei Trockenheit Blätter ab. Dadurch verdunsten sie weniger Wasser. Das schwächt die Bäume zwar und macht sie anfälliger für Krankheiten. Aber es beweist, dass sie ihren natürlichen Schutzmechanismus aktiviert haben. Dass viel Laub am Boden liegt, heisst also nicht, dass die Bäume faktisch tot sind. Im Gegenteil: Sie haben ihren Überlebensmechanismus aktiviert.

Handelt es sich beim Höhenweg, wo es derzeit aussieht wie im Herbst, um eine ausserordentliche Problemzone?

Ja, der Höhenweg ist kein Einzelfall. Wir haben derzeit an vielen Orten in der Stadt eine Menge Laub am Boden. Unter den Linden am Friedhof Hörnli beispielsweise liegt ebenfalls eine dicke Laubschicht.



Yvonne Aellen, Leiterin Grünflächenunterhalt der Stadtgärtnerei. Foto: Nicole Pont

Es tut einem als Anwohner im Herzen weh, wenn man sieht, wie die über 70 Jahre alten Bäume am Höhenweg unter dem Stress der Trockenheit leiden und bald kahl sind wie im Winter. Was empfinden Sie?

Dass der Baumbestand in der Stadt leidet, tut uns Fachleuten natürlich auch weh. Wir setzen aber alles daran, den Bestand von heute etwa 26'000 Bäumen im öffentlichen Raum zu erhalten. Wir kontrollieren ihn auch intensiv. Schliesslich ist es ein Risiko für Passanten, wenn Bäume Totholz bilden; es könnten Äste auf das Trottoir fallen.

Der Standort der kränkenden Platanen am Höhenweg ist vorteilhafter als derjenige vieler anderer Bäume in der Stadt. Warum leiden die Bäume trotzdem so stark?

Es könnte sein, dass der Mergel mit den Jahren aufgrund starker Beanspruchung entsprechend verdichtet ist und das Wasser nicht so gut in den Boden dringt. Grosse Bäume sind oft auch von den Grundwasserströmen abhängig, und diese Ströme können durch Bautätigkeit gestört werden.

Am Höhenweg gibt es aber keine Bautätigkeit, dort stehen vorwiegend geschützte Baumgärtnerhäuser aus den 1920er- und 1930er-Jahren.

Wenn Bäume kränkeln, stehen auch wir manchmal vor einem Rätsel. Es gibt Bäume, die plötzlich absterben, ohne dass wir die genaue Ursache eruieren können. Wir hatten letztes Jahr deshalb ausserordentlich viele Fällungen. Wir werden wohl auch dieses Jahr viele Bäume fällen und ersetzen müssen.

Werden die Platanen am Höhenweg ebenfalls auf der Liste der zu fällenden Bäume landen? Sind ihre Tage gezählt?

So würde ich es nicht formulieren. Viele Bäume haben noch erstaunlich viel Kraft, um sich zu wehren und im nächsten Frühjahr wieder neue Blätter auszutreiben. Wir geben jedem Baum eine Chance. Bevor nicht ganz klar ist, dass er nicht mehr austreiben wird, werden wir ihn niemals fällen.

Die Platanen sind von einem Pilz befallen. Ist dieser für andere Bäume ansteckend?

Die Sporen des spezifischen Pilzes, der die sogenannte Blattbräune auslöst, sind in der Regel nur auf Platanen entwicklungsfähig.

Es liegen enorme Mengen Laub am Boden. Warum entfernt die Stadt dieses nicht, um zu verhindern, dass die Pilzsporen sich weiter verbreiten?

Wenn man das Laub rasch wegschafft, kann man die Verbreitung etwas eindämmen, aber es befinden sich immer Pilzsporen in der Luft. Entscheidend ist, ob der Baum die Kraft hat, sich gegen den Pilz zu wehren. Wässern ist wichtiger als das Wegschaffen von Laub. Wir müssen Prioritäten setzen.

Die Stadtgärtnerei bewässert öffentliche Parks und Anlagen. Wäre es aber nicht sinnvoller, das Wasser zur Bewässerung der gestressten Bäume zu verwenden, statt Ästhetik für die Bevölkerung zu betreiben? Bäume tragen ja auch mehr zur Verbesserung des Stadtklimas bei als Rasenflächen.

Die grossen Bäume können wir nicht bewässern. Deren Hauptwurzeln befinden sich mehrere Meter tief im Boden. Mit einer künstlichen Bewässerung erreichen wir diese tiefen Wurzeln nicht. Zudem verdunstet ein grosser Baum pro Tag bis zu 400 Liter Wasser. Diese Menge bringen wir nicht an einem Tag in den Boden.

Aber in diesem Jahr herrscht besondere Not. Da könnte die Stadtgärtnerei doch eine Ausnahme machen und zum Beispiel Schwemmwagen einsetzen, um auch grosse Bäume zu bewässern.

Jungbäume bewässern wir regelmässig. Die grossen Bäume aber wollen wir nicht dazu erziehen, ihren Wasserbedarf aus den oberen Bodenschichten zu beziehen, indem wir sie bewässern und dadurch verwöhnen. Sie müssen

ihre Wurzeln unten behalten und das Wasser tief im Grund selber suchen. Kommt hinzu, dass wir es gar nicht schaffen würden, das Wasser drei Meter tief in den Boden zu bringen.

Auch nicht, wenn die Stadtgärtnerei Leitungen legen und tagelang bewässern würde?

Die Schwierigkeit ist, dass man das Wasser sehr, sehr langsam einsickern lassen müsste. Wir müssten Schläuche darum wochenlang liegen lassen. Das ist angesichts der vielen Bäume in der Stadt eine Illusion. Langfristig ist die Bewässerung von Jungbäumen die bessere Strategie, als die alten Bäume notfallmässig an den Wassertropf zu hängen.

In Basel gibt es diverse Alleen und Baumreihen mit derselben Baumart. Ist das ein Konzept mit Zukunft?

Nein, nicht wirklich. Zwar hat eine Allee aus einer einzigen Baumart eine besondere ästhetische Ausstrahlung. Aber bereits heute legen wir gemischte Alleen an mit Bäumen, die hoffentlich mit dem Klimawandel besser umgehen können.

Martin Furrer

Basler Klimajugend streikt wieder

Proteste in der Innenstadt Die rund 500 Jugendlichen werfen der Regierung Untätigkeit vor.

Unter dem Stichwort «Klimastreik Schweiz» wurde in den sozialen Medien zu Kundgebungen für eine klimafreundlichere Politik aufgerufen. Dem Aufruf sind in Basel mehrere hundert Personen, vorwiegend Jugendliche und junge Erwachsene, gefolgt: Sie trafen sich am frühen Freitagnachmittag auf dem Münsterplatz. Schätzungsweise 500 Menschen haben dort zu einem Sitzstreik zusammengefunden.

Zu Beginn der Kundgebung haben die Organisatoren – namentlich die Klimagerechtigkeitsinitiative Basel 2030 – die Einhaltung der Covid-Hygienerregeln und das Maskentragen angemahnt. Dann wurde die Klimapolitik in der Region angeprangert: Der Kanton



Das Sit-in auf dem Münsterplatz. Foto: Simon Bordier

Basel-Stadt besitze eine Regierung mit rot-grüner Mehrheit, doch diese habe bisher klimapolitisch zu wenig unternommen. Ein Redner warf ihr «Totalversagen» vor. Denn weiterhin werde Standort-

förderung zugunsten des Euro-Airport Basel-Mulhouse unternommen; man wolle den Flughafen offenbar möglichst attraktiv halten. Auch Projekte wie die geplante Osttangente Basel oder

der Bau des Hafenbeckens 3 zeigten, dass es der Politik mit der Umsetzung ambitionierter Klimaziele nicht ernst sei. Aus diesem Grund habe man die Klimagerechtigkeitsinitiative 2030 lanciert, erklärte der Redner.

Auf der einschlägigen Homepage heisst es dazu: «Letztes Jahr hat der Basler Grosse Rat den Klimanotstand ausgerufen, aber konkrete Taten sind kaum erfolgt. Mit der Klimagerechtigkeitsinitiative fordern wir, dass endlich angemessen auf die Klimaerhitzung reagiert wird! Dazu ist die globale Temperaturerhöhung auf maximal 1.5 Grad Celsius zu begrenzen. Und darum gehört das Ziel netto null Treibhausgasemissionen bis 2030 und Klimage-

rechtigkeit in unsere Verfassung.» Die anwesenden Klimastreikenden auf dem Münsterplatz wurden gebeten, das Anliegen zu unterstützen sowie Angehörige darauf aufmerksam zu machen. Man müsse ein Netzwerk aufbauen. Auf dem Münsterplatz wurden Unterschriften gesammelt.

Nach 15 Uhr zogen die Demonstranten über die Freie Strasse Richtung Kleinbasel weiter. Laut BVB war wegen des Demonstrationsmarsches am Freitagnachmittag mit Störungen im öffentlichen Verkehrsnetz zu rechnen. Gemäss SDA endete die unbewilligte Demonstration am Nachmittag auf dem Messeplatz.

Simon Bordier

Angriff auf das Zentrum der Macht

Aktion auf dem Bundesplatz Demonstranten haben gestern den Platz vor dem Bundeshaus illegal besetzt, weil die Politik beim Klimaschutz versage. Parlamentarier reagieren gereizt bis erbost – nur die Grünen zeigen viel Verständnis.

Fabian Fellmann
und Stefan Häne

«Wir haben ein Problem», sagt der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried am Montagmorgen auf dem Bundesplatz. Anstelle der gewohnten bundesstädtischen Beschaulichkeit herrscht vor dem Parlamentsgebäude buntes Treiben. Einige Hundert Klimaschützer haben kurz vor 5 Uhr den Platz mit Strohhallen ummauert, Zelte aufgebaut, Transparente ausgerollt und Kompost-WCs aufgestellt.

Sie sind entschlossen, eine Woche lang draussen auf dem harten Steinplatz auszuharren, weil die dort drinnen im Bundeshaus auf ihren weichen Sesseln beim Klimaschutz nicht schnell genug handelten. Die Demonstration ist eine Provokation der Institutionen. Während der Parlamentssessionen sind Kundgebungen auf dem Bundesplatz verboten. Das ist unangenehm für von Graffenried, denn der Politiker der Grünen Freien Liste regiert die Stadt, die dieses Recht durchsetzen muss, eine links-grüne Stadt im Wahlkampfmodus, weil in zwei Monaten Parlament und Regierung neu bestellt werden.

«Das ist Amtsmissbrauch»

Nun werfen Bürgerliche von Graffenried vor, links-grüne Demonstranten gewähren zu lassen. Der erboste Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann schimpft vor laufenden Kameras: «Dich sollte man büssen. Was du da machst, ist Amtsmissbrauch.» Und die Präsidien von National- und Ständerat fordern die Stadt Bern per Brief auf, «schnellstmöglich für die Einhaltung der geltenden Rechtsbestimmungen zu sorgen».

Friedfertiger geht es bei den Demonstranten zu und her. Sie sehen ihre Aktion als Fortsetzung der Klimastreiks, doch ist das Durchschnittsalter markant gestiegen. Statt Schüler prägen jetzt Aktivisten zwischen 20 und 30 das Bild, ergrauende und ergraute Häupter sind zahlreich. Isabelle und Pascal Veillon aus Lausanne, 75 und 81, engagieren sich bei den «Klima-Grosseltern». «Man hört uns nicht zu, legale Aktionen funktionieren nicht», sagen sie. Den zivilen Ungehorsam überliessen sie dann aber doch den Jüngeren.

Zu ihnen gehört Sozialarbeiterin Pauline Prioret aus Lausanne. «Wir müssen radikale Massnahmen ergreifen», sagt die 28-Jährige, während sie die Gitarre weglegt. Die Bewegung habe sich der Gewaltlosigkeit verschrieben, betont sie. Für den zivilen Ungehorsam lägen Ketten und Schlösser bereit, um sich auf ein Signal hin anzuketten.

Durchorganisierte Aktion

Die Aktion ist straff durchgeplant. Am Sonntag reisten die Aktivisten nach Bern ins Zeltcamp. Nur wenige wissen bis zum Weckruf um 4 Uhr, dass die Aktion auf dem Bundesplatz steigt, erzählen mehrere Teilnehmerinnen. Ziel der geheimen Planung: die Polizei überrumpeln, damit die Behörden entweder eine medienwirksame illegale Demonstration



Aktivisten besetzen den Bundesplatz, weil das Parlament beim Klimaschutz nicht schnell genug vorangehe. Foto: Raphael Moser

«Unsere Demokratie hat Instrumente, die für die Lösung der Klimakrise nicht geeignet sind.»

Kommunikationsteam
«Rise up for Change»

dulden oder eine ebenso medienwirksame Räumung anordnen. Es ist eine Taktik, die einige der involvierten Gruppen und Teilnehmer bestens kennen, erprobt unter anderem bei der Besetzung von Banken in Zürich, Genf und Lausanne.

Eine zentrale Küche gibt am Mittag Black-Bean-Spaghetti mit vegetarischer Soja-Bolognese aus, alle Teilnehmer verrichten Ämtli. Doch die Verantwortung soll dezentral bleiben: Alle strategischen Entscheidungen fallen in Plenar- und Delegiertenversammlungen auch zur Frage, wie weit der zivile Ungehorsam reichen soll.

Wie weit sie gehen wollen, entscheiden aber letztlich kleine «Bezugsgruppen», in der alle einander vertrauen. Das ist von deutschen Anti-Kohle-Aktivisten abgeschaut, offensichtlich ist auch professionelles Kampagnen-Wissen von Gruppen wie Greenpeace eingeflossen. Dort arbeitet eine der Sprecherinnen, Alexandra Gavilano. Auf den hohen Organisationsgrad angesprochen, antwortet sie: «Wir beweisen hier, wie stark wir sind, wenn alle zusammenarbeiten und alle ihre Expertise einbringen.»



Alec von Graffenried, Berner Stadtpräsident. Foto: Keystone

Von den Parteien sagen sich viele Demonstranten los; von den rechten würden sie beschimpft, von den linken benutzt und belogen, formuliert es das Kommunikationsteam von «Rise up for Change». Die Bewegung will weder links noch rechts sein, stützt sich aber stark auf die autonome Berner Reitschule. Über anonyme Mail- und Videokonferenzdienste aus deren Umfeld lief die Planung, dort lagerte Material, dort wurden die Flyer gedruckt, dort erhalten Aktivisten Rechtsberatung.

«Zu extreme» Forderungen

Wie es die Klimabewegten mit der Demokratie halten, bleibt unfassbar. Intern basisdemokratisch organisiert, bekunden sie mit der institutionellen Politik grosse Mühe. Ein Zürcher Lehrer sagt, er hoffe, «dass wir das Klimaproblem in der Demokratie lösen können, aber ich bin immer weniger überzeugt davon». Seinen Namen nennt er nicht, weil er keine Medienschielung habe. Das Kommunikationsteam schickt diese Sätze: «Unsere scheinbare Demokratie hat Instrumente, die für die Lösung der Klimakrise nicht geeignet sind. Wir brauchen ein neues Verständnis von Demokratie, welches die Interessen aller von der Klimakrise betroffenen Personen einbezieht.»

Solche Rufe machen es den grünen Kräften im Parlament schwieriger, die Klimaaktivisten zu verteidigen. Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen, hält Forderungen nach einem Systemwechsel für «zu extrem». Er hat für die Klimabewegung gros-

se Sympathien, weil sie den Finger auf den wunden Punkt lege. Aber: «Ziviler Ungehorsam bringt uns politisch keinen Millimeter weiter.» Es wachse das Risiko, dass sich Teile der Bevölkerung abwenden würden.

Andere Politiker sagen nur indirekt, ob sie das Verhalten der Klimaaktivisten goutieren. «Die Klimafrage ist sehr dringend», sagt SP-Fraktionschef Roger Nordmann. «Wir müssen sie aber innerhalb der demokratischen Institutionen anpacken.» Das mache das Parlament auch, mit einem «guten CO₂-Gesetz». Mehr liege derzeit nicht drin. Nordmann geht davon aus, dass das Volk das CO₂-Gesetz gutheissen wird.

Diese Akzeptanz gefährdeten die Klimaaktivisten, argumentiert CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Seit drei Jah-

15 Forderungen zum Klimaschutz

Die Kundgebung für den Klimaschutz in Bern findet unter dem Namen Rise up for Change statt. Getragen wird sie von Greenpeace, Klimastreik, Extinction Rebellion, «Collective for Climate Justice» und «Collectif Break Free». Die zentralste ihrer 15 Forderungen: Die Schweiz muss bis 2030 CO₂-neutral sein, 20 Jahre früher, als es Parlament und Bundesrat mit dem neuen CO₂-Gesetz planen. Weitere Anliegen sind die Stärkung lokaler ökologischer Landwirtschaft, eine partizipative und transparente Demokratie sowie Klimagerechtigkeit und klimaneutrale Finanzflüsse. (ffe)

ren kämpfe er für ein griffiges CO₂-Gesetz, nun aber werde er beschimpft, kommentiert er in den sozialen Medien: «Liebe Klimademonstranten, hört auf mit dem Scheiss auf dem Bundesplatz, den ihr «zivilen Ungehorsam» nennt. Brecht eure Zelte ab und setzt euch an den Tisch – mit euren demokratischen Mitstreitern. So erreicht ihr eure Ziele.» Mit Aktivismus hingegen spielten sie den Gegnern in die Hände. Das bestätigt SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann: «Jetzt wird allen vor Augen geführt, wie radikal die sind.»

Die Grünen hingegen verteidigen die Klimaaktivisten. Die Aktion sei illegal, räumt Nationalrätin Regula Rytz ein. Die Grünen hätten jedoch immer schon gefordert, dass politische Kundgebungen auf dem Bundesplatz auch während der Session möglich sein sollten. Eine rote Linie zieht aber auch Rytz: Für sie müssen die «nötigen Veränderungen» demokratisch und friedlich umgesetzt werden.

Bis Redaktionsschluss blieb unklar, wie friedlich die Atmosphäre auf dem Bundesplatz bleibt. Die Demonstranten wollen am Dienstagmorgen dem Bauernmarkt Platz machen – schliesslich fordern sie mehr kleinbäuerliche, lokale Landwirtschaft. Die Stadt Bern wird den Demonstranten danach einen anderen Ort anbieten. Das fordert auch der Nationalrat: Auf Antrag von SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi beschloss er am Abend mit 109 zu 83 Stimmen, die Stadt Bern zur Räumung des Bundesplatzes aufzufordern.

Eine Besetzung in grün

Klimaaktivisten ziehen auf den Bundesplatz, bringen die Behörden in ein Dilemma – und entfachen einen Streit.

Dominic Wirth

Sie kommen in der Nacht. Und als der Morgen anbricht, ist der Bundesplatz ein anderer. Eine kleine Stadt steht nun dort. Zelte reihen sich auf dem Platz aneinander. Ein grosses steht in der Mitte. Daneben eine Bühne. In einer Ecke rühren junge Menschen in einem riesigen Topf, das Mittagessen, alles vegan

Neben der kleinen Stadt stehen die Machtzentren des Landes. Die Nationalbank. Das Bundeshaus. Auf die Strasse, die das Parlamentsgebäude vom Bundesplatz trennt, hat jemand in riesigen Grossbuchstaben «ACT NOW» geschrieben, handelt jetzt. Es ist die Botschaft, welche die Aktivisten mitgebracht haben: Es reicht nicht. Wir wollen mehr. Netto Null Treibhausgasemissionen bis 2030 zum Beispiel. Ein Klimagesetz, das viel weiter geht als jenes, das die Räte diese Woche verabschieden werden.

Lange war es ruhig um die Klimaaktivisten. Jetzt melden sie sich zurück. Und nehmen einen Rechtsbruch in Kauf: die Besetzung des Bundesplatzes. Eine friedliche zwar. Aber eben doch: eine Besetzung. Denn auf dem Bundesplatz sind während der Sessionen keine Demonstrationen erlaubt. So steht es im Kundgebungsreglement der Stadt Bern. Nur 15 Personen dürfen protestieren. Und auch das nur, wenn sie eine Bewilligung haben.

Stadtpräsident von Graffenried im Kreuzfeuer

Diese haben die Aktivisten nicht. Und fühlen sich doch im Recht. «Es geht um unsere Zukunft», sagt ein junger Mann, der aus der Zentralschweiz kommt. Er trägt eine Maske im Gesicht – so, wie das fast alle Aktivisten tun. Der Mann gehört zur Klimastreik-Bewegung und auch zu Extinction Rebellion, einer Umweltschutzbewegung, die schon seit längerem zum Mittel des zivilen Ungehorsams



Protestieren an symbolischer Stelle: Klimaaktivisten bei der illegalen Besetzung des Bundesplatzes.

Bild: Peter Schneider/Keystone

greift, weil sie Regierungen so zum Handeln zwingen will.

Der Bundesplatz, dieser symbolträchtige Ort, ist also besetzt, die Zufahrten blockiert. Das weckt Emotionen. Einer bekommt das besonders zu spüren: Alec von Graffenried, der grüne Stadtpräsident der Hauptstadt. Im November will er wiedergewählt werden. Er kann gerade vieles brauchen. Aber keine jungen Demonstranten, die für eine Sache kämpfen, die ihm, dem Grünen, so fremd nicht ist. Und sich dabei illegal verhalten, was ihn, den Stadtpräsidenten, in Zugzwang bringt.

«Räumen», fordern verschiedene Politiker von rechts bis in die Mitte. Und nehmen von Graffenried ins Visier. Hans-Peter Portmann, Zürcher

FDP-Nationalrat, wirft dem Stadtpräsidenten vor, sein Amt für seine ideologische Überzeugung zu missbrauchen, weil er die Demonstranten gewähren lässt. Die Kameras filmen vor dem Bundeshaus mit.

«Räumen», das fordern auch die Ratspräsidenten von National- und Ständerat. Zwar nicht in diesen Worten, aber sie schreiben in einem Brief an Stadt und Kanton Bern, dass die Berner Behörden «schnellstmöglich für die Einhaltung der geltenden Rechtsbestimmungen» sorgen sollen. Rückendeckung erhalten die jungen Demonstranten aus dem linken Lager im Bundeshaus. Regula Rytz, die ehemalige Präsidentin der Grünen, sagt etwa, sie verstehe, dass die Jugendlichen die

Geduld verlieren. Ähnlich äussert sich auch Cédric Wermuth, der designierte Co-Präsident der SP. Beide wollen aber auch festgehalten haben, dass ihr Verständnis nur so lange gilt, wie die Besetzung friedlich verläuft.

Die Aktivisten wollen bis am Freitag bleiben

Es ist schon später Nachmittag, als die Aktivisten im grossen Zelt sitzen, um ein Plenum abzuhalten. Unterdessen liegt ein Forderungskatalog der Stadt Bern auf dem Tisch. Man kann ihn als Kompromissvorschlag lesen, um eine verworrene Situation zu entschärfen. Auf den Vorschlag, das Klimacamp auf die Schützenmatte am Rand der Altstadt zu verlegen, gehen die Aktivisten nicht ein. Den Bundesplatz her-

geben? Kommt nicht in Frage. Kontroverser wird diskutiert, wie denn nun mit den Marktleuten umzugehen ist. Denen gehört am Dienstagmorgen sonst der Bundesplatz, und das soll er, so der Wille der Stadt, auch in dieser Woche. Für sie, so beschliesst man am Ende, soll teilweise Platz gemacht werden. Und leiser will man auch sein, wenn es sonst den Ratsbetrieb im Bundeshaus stört.

Die weiteren Forderungen der Stadt lehnen sie aber ab, etwa jene, die Zufahrten für den ÖV freizuräumen. Es ist schon Abend, als die Stadt darauf reagiert, sie bietet jetzt den Waisenhausplatz an. Der Bundesplatz soll bis am Dienstagmittag geräumt werden. Ob es so weit kommt? Man wird sehen.



Ihre Stimme hat Gewicht: Alexandra Gavilano präsentiert am Dienstag auf dem Bundesplatz die Forderungen der Protestierenden. Foto: Peter Klauzner (Keystone)



Hanna Fischer ist auf allen Kanälen der Klimabewegung aktiv. Foto: Manuela Matt



«Wir sind eine Bewegung, und wir lassen uns nicht teilen», sagt Anaïs Tilquin. Foto: Keystone

Die Gesichter des Klimaprotests

Besetzter Bundesplatz in Bern Die Streikbewegung, die seit Montag illegal vor dem Bundeshaus campiert, setzt sich aus mehreren Aktivistengruppen zusammen. Um wen es sich handelt – und warum an vorderster Front ausschliesslich Frauen stehen.

**Fabian Fellmann und
Jacqueline Büchi**

Die eine heisst Hanna Fischer, ist 19 Jahre alt und Medizinstudentin. Sie begrüsst Klimastreikende und solche, die es werden wollen, im offiziellen Video der Bewegung. «Hallo, voll cool, kommst du ans «Rise up!»», sagt sie in die Kamera. Und kündigt eine Woche mit «friedlichem, buntem, zivilem Ungehorsam» an.

Die andere ist Alexandra Gavilano. Die 31-jährige Umweltwissenschaftlerin stimmt die Demonstranten am Dienstagmittag auf die erwartete Räumung des Platzes durch die Polizei ein. Als die Aktivisten die Bundesgasse blockieren, ist sie es, die als Sprecherin die Forderungen Richtung Bundeshaus schmettert.

Die beiden Frauen sind zwei der Köpfe der Protestbewegung, die seit Montag illegal auf dem Bundesplatz campiert. Es handelt sich um eine Gruppe, die sich «Rise up for Change» nennt und als Klammer für mehrere Organisationen dient. Gemein ist ih-

nen, dass sie gewaltfrei protestieren – und Passanten auf dem Bundesplatz gut gelaunt willkommen heissen.

Auch Anaïs Tilquin gehört zu ihnen. «Wir sind eine Bewegung, und wir lassen uns nicht teilen», sagt sie. Dennoch lassen sich Unterschiede zwischen den Gruppierungen ausmachen. Eine Übersicht:

— **Extinction Rebellion:** Ihr Ziel ist es, mit gewaltfreien Aktionen Aufmerksamkeit für den Klimaschutz zu schaffen. Die Bewegung stammt aus Grossbritannien und zählt in der Schweiz rund 500 Aktivistinnen. Die Aktivistinnen legen es häufig darauf an, verhaftet zu werden.

— **Klimastreik:** Unter dieser Marke fanden die Schülerstreiks im vergangenen Jahr statt. Auf dem Bundesplatz sitzen die eher jüngeren Aktivistinnen des Klimastreiks mehrheitlich ruhig in einer Ecke, während sich die Vertreter von Extinction Rebellion direkt vor dem Bundeshaus breitgemacht haben und lautstark auf sich aufmerksam machen.

— **Collective Climate Justice:** In Basel gegründet, ist die Gruppe inzwischen in mehreren Deutschschweizer Städten aktiv. Sie erregte Aufsehen mit der Blockade des Basler Rheinhafens und besetzte im vergangenen Sommer zwei Bankeingänge am Zürcher Paradeplatz.

— **Collectif Breakfree:** Die Westschweizer Aktivistinnen legen den Fokus auf den Finanzplatz Schweiz und die klimatischen Folgen seiner Investitionen.

— **Greenpeace Schweiz:** Die Minderung des Klimawandels gilt als eines der Kernziele der Umweltorganisation, die in der Schweiz seit 1984 als gemeinnützige Stiftung existiert. Sie hat hierzulande nach eigenen Angaben 145'000 regelmässige Spender.

— **Reitschule:** Das autonome Kulturzentrum in Bern ist nicht offizieller Teil von «Rise up for Change». Doch leistet ihr Umfeld logistische Unterstützung mit verschlüsselten Maildiensten, dem Drucken von Flyern und rechtlicher Beratung. Auch organisatorisch gibt es Verbindun-

gen: So sprachen sich die Initiatoren einer illegalen Demonstration von Kritikern des Asylwesens am Dienstag mit den Klimademonstranten ab.

Wie fliegend die Grenzen zwischen den Organisationen sind, zeigt das Beispiel Gavilanos: Sie arbeitet bei Greenpeace, tritt in Bern jedoch als Vertreterin von Extinction Rebellion auf. Gleichzeitig ist sie auf Klimastreik-Fotos an vorderster Front zu sehen und hat schon wiederholt an Veranstaltungen von Collective Climate Justice teilgenommen.

Auffallend ist, dass ausschliesslich Frauen als Gesichter des Protests auftreten. Das ist ein bewusster Entscheid, wie Kim Teuscher, eine weitere Sprecherin, erklärt: Sobald auch Männer als Sprecher amtierten, würden diese deutlich häufiger zitiert. Die Vorbereitungen auf die Aktionswoche liefen schon seit Wochen. Arbeitsgruppen schrieben Packlisten und erarbeiteten einen 27-seitigen Leitfaden, der die Demonstranten über die rechtlichen Konsequenzen ihres Tuns

aufklärt. Die Gruppe profitiert dabei auch vom Kampagnenwissen von Greenpeace. Sprecherin Yvonne Anliker sagt: «Wir geben den Aktivistinnen kommunikativen und inhaltlichen Support, da sie gemeinsame Anliegen in die Öffentlichkeit tragen.»

Juristischer Leitfaden

An der Finanzierung von «Rise up» ist Greenpeace nach eigenen Angaben nicht beteiligt. Man habe nur einige kleinere Übersetzungsarbeiten für die Gruppe gemacht. Kostenpunkt: rund 4500 Franken. Das Budget der Protestveranstaltung dürfte ein Vielfaches betragen. Auf dem Bundesplatz wurden vier grosse Zelte aufgebaut, die sonst als Konzertbühnen dienen, sowie eine voll ausgerüstete Feldküche und eine ganze Zeile von Kompost-WC. Hinzu kommen Transportfahrzeuge und Informationsmaterial.

Die Bewegung will selbst die Marktfahrer, die wegen des Protestcamps Umsatzbussen beklagten, finanziell entschädigen.

Woher sie das Geld nehmen wollen, sagten die Protestierenden nicht. In einem Crowdfunding auf der Plattform Wemakeit sammelte «Rise up for Change» bislang rund 40'000 Franken. Über eine Kontoverbindung nimmt die Bewegung zudem direkte Spenden entgegen.

Die Klimastreiker sind sich bewusst, dass nicht nur die Besetzung des Bundesplatzes illegal ist, sondern auch manche der geplanten Protestformen. Im juristischen Leitfaden wird akribisch aufgelistet, welche Folgen verschiedene Tatbestände haben können – von einem Strafregistereintrag bis hin zu Geld- und Freiheitsstrafen.

Bisher tauchten die Klimastreikenden nicht auf dem Radar des Nachrichtendienstes auf. Sprecherin Isabelle Graber hält jedoch fest: «Falls an Klimastreiks oder durch Klimaaktivisten Gewalt befürwortet, gefördert oder ausgeübt werden sollte, würde der NDB dies im Rahmen des Themengebiets gewalttätiger Extremismus behandeln.»

Bern hadert mit Bundesplatz-Besetzung

Während die linke Stadtregierung ein Ultimatum nach dem anderen verstreichen lässt, meistern die Klimaaktivisten eine heikle Phase.

Pascal Ritter und Doris Kleck

Wann genau das Ultimatum an die Klimajugend auf dem Bundesplatz ablaufe, fragt ein Journalist den Berner Sicherheitsvorsteher Reto Nause (CVP), als er am Mittwoch um 16:20 vor die Presse tritt. Er sagt: «So sechs, sieben Uhr». Etwas später fragt eine andere Journalistin noch einmal das Gleiche. Die Antwort von Nause: «So sieben Uhr, acht Uhr».

Die Stadt Bern wirkt im Umgang mit den Klimaaktivisten, die seit Montagmorgen den Bundesplatz besetzen, unentschlossen. Die fünfköpfige, linksdominierte Regierung wird von den Klimaaktivisten richtiggehend vorgeführt. Sie laviert. Und laviert. Der Berner Gemeinderat bezeichnete die Besetzung zuerst als grundsätzlich illegal, weil Kundgebungen während der Session des Parlaments verboten seien. Am Montagabend teilte der Gemeinderat dann mit, die Aktivisten müssten den Platz bis am Dienstagmittag räumen. Doch die Aktivisten dachten nicht daran, so schnell wieder zu gehen. Auf Twitter schrieben sie um 12:31 Uhr knapp: «wir bleiben».

Stadtpolitik trifft auf Bundespolitik

Also traf sich der Gemeinderat wieder zu einer Sitzung. Wieder hielt er fest, die Aktivisten müssten den Platz verlassen. Bis am Dienstagabend, sechs, sieben oder acht Uhr. Ein richtiges Ultimatum tönt anders. Vor allem liess Sicherheitsvorsteher Nause offen, ob die Polizei den Platz räumen wird. Bern hat den Ruf, die linkste Stadt der Schweiz zu sein. Es gibt nicht nur die SP, sondern auch Grüne in all ihren Schattierungen. In der Regierung stellt die SP zwei Vertreter, das Grüne Bündnis und die Grüne freie Liste je einen. Reto Nause wiederum gilt als der letzte Bürgerliche im Gemeinderat, obschon er in der CVP am linken Rande politisiert. Die politischen Mehrheitsverhältnisse sind klar links. Eine Räumung



Ist das noch Aktionstraining oder schon die Blockade? Berner Polizisten und Klimaaktivisten.

Bilder: Peter Klauzner/Keystone



Volksfeststimmung: Kinder spielen mit Weltkugel.

Bild: Keystone



Der Protest ist gut organisiert und digital.

Bild: Keystone

des Bundesplatzes durch die Polizei ist unpopulär. Kommt dazu: In zwei Monaten sind Wahlen. Beobachter sehen deshalb besonders Stadtpräsident Alec von Graffenried (Grüne) im Dilemma. Er ist der einzige Kan-

didat für das Stapi-Amt. In seinen ersten vier Jahren hat er zwar keine Fehler gemacht, aber auch nichts bewegt. Böse Zungen sagen: Die Klimaaktivisten auf dem Bundesplatz seien seine erste richtige Bewährungs-

probe. Er gilt als ein Mann, der es allen recht machen will. Und der vor allem von Mitte-Rechts gewählt worden ist. Das weiss auch die Klimajugend. Ein Aktivist sagte am Montagabend darum deutlich: Alec von Graffen-

ried werde alles daransetzen, wieder Recht und Ordnung durchzusetzen.

Die städtische FDP, die gute Chancen hat, wieder in die Regierung einzuziehen, nutzte die Klimajugend um vor den Wah-

len gegen den Gemeinderat Stimmung zu machen. Die FDP könnte den Sitz auf Kosten der SP oder der CVP gewinnen. Entsprechend ungemütlich ist auch die Situation für Nause. Der Sicherheitsdirektor wirkte gestern ungehalten. Er ist das Schutzschild seiner Regierungskollegen, um unpopuläre Entscheidungen öffentlich zu vertreten.

Der Märit verlief trotz Besetzung fast reibungslos

Der Klimajugend gelang es derweil, eine heikle Phase der Besetzung unbeschadet zu überstehen. Sie machten am Dienstag Platz für Gemüse- und Obststände des beliebten «Märit». Zwar äusserten sich einzelne Verkäufer negativ und beklagten Umsatzeinbussen. Andere solidarisierten sich aber mit den Anliegen der Klimajugend, die auf einem Flugblatt die «Bevorzugung klimafreundlicher, agro-ökologischer Methoden und Produkte» forderte.

Während des Tages gesellten sich zudem Parlamentarier zu den Besetzern. Die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran signalisierte, dass sie grundsätzlich bereit sei, den Besetzern beizustehen, wenn eine Räumung droht.

Auch die St.Galler Grünen-Nationalrätin Franziska Ryser sagte: «Wenn ich rechtzeitig von einem Termin zurück bin, schliesse ich mich dem gewaltfreien Protest an». Ähnlich lauwarm klang die Solidarität von Grünenpräsident Balthasar Glättli. «Ich bin solidarisch, aber ich suche mir nun auch kein Zelt auf dem Bundesplatz», sagt er und lacht. SVP-Nationalrat Mauro Tuena sieht es ganz anders: «Das ist eine absolute Sauerei», sagt er.

Am Abend war der Bundesplatz gut besucht. Es gab Konzerte. Das Ultimatum verstrich langsam, aber sicher. Die Aktivisten hielten ein Plenum ab — und entschieden sich schliesslich zu bleiben. Und wieder stellte sich die Frage: Was passiert nun? Räumen sie oder räumen sie nicht?

Warum ist die Politik so nervös?

Klimaprotest auf dem Bundesplatz Sie fluchten, sie beleidigten, sie wurden ausfällig. Während der Aktion vor dem Bundeshaus zeigten sich Parlamentarier von ihrer dünnhäutigsten Seite. Wieso bloss?

Philipp Loser und
Philippe Reichen

Sie raucht mehr, als ihr guttut; sie raucht noch mehr als sonst. Nationalrätin Sibel Arslan von den Grünen hatte schon bessere Tage im Bundeshaus. Sie steht auf dem Balkon vor der Wandelhalle und schaut immer wieder auf ihr Telefon. Hunderte Nachrichten hat sie nach dem Zusammenstoss mit SVP-Nationalrat Andreas Glarner bekommen. Glarner hatte sie vor dem Bundeshaus mit «Frau Arschlan» angesprochen und ihr gesagt, das sei eben Recht und Ordnung, das gebe es in «ihrem Staat» halt nicht. Arslan ist Baslerin mit kurdischen Wurzeln.

Viele der Nachrichten auf dem Telefon der Nationalrätin waren aufmunternd, unterstützend, positiv. Einige waren ziemlich übel: «Geh heim, Arschlan.» «Das sind ganz kleine Männer, die so etwas nötig haben», hatte eine Parteikollegin von ihr am Morgen in einer dunklen Ecke des Bundeshauses gesagt. «Männer, die am liebsten gegen unten treten. Männer, die es nicht ertragen, wenn eine Frau auch eine Meinung hat.»

«Halt den Rüssel!»

Auf der anderen Seite der Wandelhalle, vor den Plätzen der SVP, sitzt Roland Rino Büchel. Auch er hat sein Smartphone vor sich, er scrollt durch seine Whatsapp-Nachrichten. «Gut gemacht, Rino!», hat einer geschrieben, «endlich sagt es einer diesen linken Schnudergöfen!»

Büchel, SVP-Nationalrat aus dem Rheintal, wurde tags zuvor gefilmt, wie er ziemlich hässig auf einen Klimaaktivisten einredete. «Halt den Rüssel!», schrie Büchel. Laut einer anwesenden Journalistin soll er die Aktivisten zuvor, noch bevor die Kamera lief, als «Arschlöcher» bezeichnet haben.

«Es machte mich einfach wütend, wie diese Aktivisten mit den Marktfahrern umgegangen sind, die auf dem Bundesplatz ihren Markt abhalten wollten. Sie haben sie belächelt», sagt der Nationalrat. Dabei würden diese Marktfahrer mit dem Verkauf ihrer lokalen Produkte doch auch etwas für den Klimaschutz tun. «Mich stört es, wenn sich jemand über die Regeln hinwegsetzt, nur weil er das Gefühl hat, sein Anliegen sei irgendwie edler als das von anderen.»

Der SVP-Nationalrat bekam nach seinem Ausbruch ebenfalls viele Nachrichten. Die meisten waren unterstützend, aufmunternd, positiv. Einige weniger. Büchel und Glarner waren nicht die Einzigen, die wegen des Klimaprotestes auf dem Bundesplatz aus der Haut fuhren. FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann wurde dabei gefilmt, wie er lautstark mit dem Berner Stadtpräsidenten Alec von Graffenried schimpfte und ihm dabei Amtsmissbrauch vorwarf. Portmann will nun den Nachrichtendienst des Bundes aktivieren, um die Vorgänge auf dem Bundesplatz zu untersuchen – er glaubt, die Demonstration sei mehrheitlich aus dem Ausland gesteuert gewesen. In der Westschweiz teilte



Die da draussen, die da drinnen: Auf die Besetzung des Bundesplatzes reagierten viele bürgerliche Politiker sehr erbost. Foto: Peter Schneider (Keystone)

der Walliser Nationalrat Philippe Nantermod (FDP) heftig gegen die Aktivisten aus. Die Gruppe Extinction Rebellion bezeichnete er als Sadisten. Ihr Camp auf dem Bundesplatz sei schmutzig, hässlich, illegal, undemokratisch. Und Anaïs Tilquin, der Sprecherin der Gruppierung «Rise Up for Change», empfahl er live im Radio den Besuch bei einem Psychiater.

Bis in den Gerichtssaal

Was sich am Dienstag auf dem Bundesplatz abspielte, gelangte bruchstückhaft auch in einen Gerichtssaal in Renens. Dort war der Waadtländer Generalstaatsanwalt Eric Cottier daran, zwölf Klimaaktivisten vor dem Kantonsgericht den Prozess zu machen. Der FDP-Mann hatte einen Hausfriedensbruch geahndet, weil die Studierenden im November 2018 in einer Filiale der Credit Suisse in Lausanne Tennis spielend gegen klimaschädliche Investitionen der Bank protestiert hatten. In erster Instanz waren die Aktivisten freigesprochen worden. Der entsprechende Richter hatte den Klimawandel als «rechtfertigenden Notstand» anerkannt und den zivilen Ungehorsam der Aktivisten gutgeheissen. Staatsanwalt Cottier sieht dies ganz anders. Er

«Statt über die Inhalte der Aktivisten zu reden, befinden wir uns in einer Empörungshysterie.»

Mattea Meyer
SP-Nationalrätin

habe mit dem Klimaprotest ein grundsätzliches Problem, konstatierte Cottier vor Gericht. Die Untergangsszenarien der Klimaaktivisten hält er für eine Fiktion. Ziviler Ungehorsam sei damit nicht zu rechtfertigen. Das Kantonsgericht habe nur eine Option: Es müsse die Klimaaktivisten bestrafen. Cottier war aufgekratzt und irritiert bei seinem Auftritt. So wütend wie die Politiker in Bern, so wütend wie Glarner, Büchel oder Nantermod.

Die Aggressivität gegenüber den Streikenden sei schon sehr erstaunlich, sagt die Grünen-Nationalrätin Regula Rytz. «So habe ich das noch nie erlebt.» Rytz erkennt darin ein Zeichen für die Formkrise der SVP, weil es am Schluss am ehesten SVP-Männer waren, die ihren Frust bei den Aktivisten abladen, sagt sie im Gespräch im Bundeshaus. Später schickt sie noch ein erklärendes Mail hinterher: «Vielleicht ist es – neben der Frustration über die Wahlverluste, die Abstimmungsniederlagen und die innerparteilichen Brüche – vor allem dies: Sie verteidigen die patriarchale Ordnung. Eine Ordnung, in der sie viele Privilegien haben. Sie wollen sich deshalb von Jugendlichen (und von Frauen) nicht sagen lassen, was Sache ist.»

«Diese Männer spüren Druck. Druck, der immer grösser wird», sagt auch SP-Nationalrätin Tamara Funciello. «Sie haben geglaubt, mit den Wahlen sei der Spuk vorüber. Ist er aber nicht.» Mattea Meyer, baldige Co-Präsidentin der SP, glaubt Nebelpetarden zu erkennen, gezielte Provokationen. «Mit ihren Ausbrüchen wollen diese Männer vom Inhalt ablenken. Das gelingt ihnen nicht schlecht. Statt über die berechtigten Inhalte der Aktivisten zu reden, befinden wir uns in einer Empörungshysterie, aus der wir fast nicht mehr rauskommen.»

Keine Rüge für Glarner

Ueli Mäder, emeritierter Professor für Soziologie, beobachtet die Klimabewegung seit langem. Ihre genaue Grösse sei nicht bezifferbar, sagt er. Aber allein in den Städten Basel, Lausanne und Zürich umfasse sie viele Tausende Personen und wachse weiter, auch weil sich ihr neben vielen Jugendlichen immer mehr ältere Personen und Vertreter von Berufsgruppen wie Ärzten und Pflegenden anschliessen. «Für den Erfolg der Bewegung ist die Grösse allein nicht entscheidend», hält Mäder fest. Ebenfalls für wichtig hält der Basler ihre Ausdrucksweise, ihre Körpersprache oder die gegenseitige Aufmerk-

samkeit untereinander. Dieser höfliche Umgang sei bemerkenswert und wecke Sympathien bei der Bevölkerung, auch bei jenen, die bürgerlich wählen.

Für Sibel Arslan ist das nur ein schwacher Trost. Sie hätte es gerne gehabt, wenn der Rat und sein Präsidium nach dem Glarner-Zwischenfall ein öffentliches Zeichen gesetzt hätten. Den ganzen Tag über suchten Mitglieder der grünen Fraktion im Geschäftsreglement nach einem Hebel, um Andreas Glarner zumindest eine Rüge für sein Verhalten zu erteilen. Nach längeren Verhandlungen mit dem Büro des Nationalrats und Ratspräsidentin Isabelle Moret wurde am späteren Nachmittag klar: Es gibt keine Handhabe gegen das Verhalten von Glarner. Es gibt auch keinen Anspruch darauf, das Verhalten des SVP-Manns während der Sitzung öffentlich zu thematisieren – weil der verbale Angriff ausserhalb des Saals stattgefunden hat. Eine Erklärung von Fraktionschefin Aline Trede wäre reglementswidrig gewesen. «Ich hätte gesagt, dass Glarner eine Linie überschritten habe und als Präsident der Staatspolitischen Kommission nicht mehr tragbar sei», sagt Trede. «Es ist des Amtes nicht würdig, so mit einer Kollegin umzugehen.»

Ohne Anstand

Während der Besetzung des Bundesplatzes durch Klimaaktivisten überhitzten gewisse Nationalräte und überboten sich mit Beleidigungen.

Christoph Bernet

Der Valsler Gneis auf dem Bundesplatz ist wieder eine leere Fläche. Am Vormittag kehrten einzelne Teilnehmende des Klimacamps zurück, um die letzten Überreste wegzuräumen. In der Nacht auf Mittwoch hatte die Kantonspolizei Bern das Lager der Klimaaktivisten geräumt, welche den Bundesplatz seit dem frühen Montagmorgen unter dem Motto #RiseUpForChange in Beschlag genommen hatten.

Noch stärker als das Klima der Erde schienen sich während der Besetzung die Köpfe mancher Parlamentarier im Bundeshaus zu erhitzen. Vor allem bürgerliche Politiker zeigten sich verärgert über das Klimacamp und den Unwillen der Berner Stadtregierung, den besetzten Bundesplatz freizuräumen.

Andreas Glarner angeblicher «Arschlan»-Versprecher

Einige von ihnen verloren vollends die Contenance. So bezeichnete der als Provokateur bekannte Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner die Klimaaktivisten als «Kommunisten und Chaoten». Am Eingang des Bundeshauses nannte er seine Nationalratskollegin Sibel Arslan (Grüne, Basel-Stadt) vor laufenden Kameras «Frau Arschlan». Er erklärte der von der Basler Bevölkerung zweimal in den Nationalrat gewählten Arslan, es gehe hier um Recht und Ordnung, «das gibt es in deinem Staat nicht». Auf Rückfrage Arslans sagte Glarner, er meine damit die Türkei. Arslan wurde 1980 im türkischen Erzincan geboren, kam 1991 als Elfjährige nach Basel und nahm 2004 das Schweizer Bürgerrecht an.

Auf Anfrage der CH-Media-Redaktion streitet Glarner ab, die Baslerin beleidigt zu haben: «Ich habe Nationalrätin Sibel Arslan nicht als Frau Arschlan bezeichnet, das war ein unabsichtlicher Versprecher». Für diesen entschuldigte er sich später gegenüber TeleZüri.

Die Fernsehaufnahmen seien irreführend. Denn kurz vor der Auseinandersetzung mit Arslan habe er einen der Demonstranten beobachtet, wie dieser den Transporter eines Marktfahrers aufgehalten habe. «Ich habe den Mann daraufhin fotografiert und ihm gesagt, ich werde ihn bei der Polizei anzeigen». Der Aktivist habe sich daraufhin hilfesuchend an Sibel Arslan gewandt. «Arslan kündigte daraufhin an, sie werde



«Frau Arschlan»: SVP-Nationalrat Andreas Glarner (rechts) streitet sich mit der Grünen Sibel Arslan. Bild: Peter Klauzner/Keystone



Auch SVP-Nationalrat Roland Büchel und SP-Nationalrätin Jacqueline Badran wurden ausfällig. Bilder: Urs Bucher, Claudio Thoma



mich anzeigen. Ich habe ihr erläutert, dass es dafür in der Schweiz einen Grund braucht, im Gegensatz zur Türkei». Arslan sei schweizerisch-türkische Doppelbürgerin, somit sei die Türkei halt auch ihr Staat.

Sibel Arslan wollte sich am Mittwoch nicht zur Episode äussern. Grü-

nen-Präsident Balthasar Glättli hingegen zeigte sich wenig beeindruckt von Glarner's Erklärung: «Herr Glarner hat eine lange und gut dokumentierte Geschichte von Provokationen und dem Überschreiten aller Grenzen des Anstands.» Die Öffentlichkeit sei deshalb in der Lage, die jüngste Episode

mit Sibel Arslan richtig einzuordnen «als das, was sie ist: eine Verachtung und Respektlosigkeit gegenüber einer politisch andersdenkenden Person.»

Ebenfalls zu Ausfälligkeiten griff Andreas Glarner's St. Galler Parteikollege Roland Büchel. Am Dienstag bezeichnete er die Klimaaktivisten vor

den Augen einer Reporterin von «Blick TV» als «Arschlöcher». Als die Journalistin die Szene zu filmen begann, rief Büchel einem Aktivisten zu, er solle «abfahren» und «den Rüssel» halten.

Keine rechtlichen Konsequenzen zu befürchten

Anders als ihre SVP-Ratskollegen ärgerte sich SP-Nationalrätin Jacqueline Badran (Zürich) nicht über die Klimaaktivisten, sondern die Medienberichterstattung. Einem SRF-Journalisten vom «Echo der Zeit» sagte sie, die Medien filmten die falschen Szenen und stellten die falschen Fragen: «Vorher habt ihr den huere fucking Glarner, who cares, gefilmt, statt die Forderungen der Jugendlichen», schimpfte Badran.

Rechtliche Konsequenzen dürften die Ausfälligkeiten der Nationalratsmitglieder keine haben - zumindest nicht unter der Bundeshauskuppel. Eine Sprecherin der Parlamentsdienste erklärt auf Anfrage, das Parlamentsgesetz sehe keine Sanktionsmöglichkeiten vor für Äusserungen, die Ratsmitglieder ausserhalb des Bundeshauses tätigen. Nationalratspräsidentin Isabelle Moret (FDP, Waadt) ging am Mittwoch im Nationalratssaal nicht auf die Vorfälle ein. Am Abend teilte sie jedoch auf eine Anfrage schriftlich mit, dass «der Anstand eine Grundvoraussetzung für das gesellschaftliche Zusammenleben» sei. Dies gelte zwischen Familienmitgliedern, Arbeitskollegen und auch zwischen Parlamentariern.

Versammlungsfreiheit während Sessionen ausser Kraft gesetzt

Das Klimacamp hatte das Parlament seit Wochenbeginn beschäftigt. Am Montag hatten Nationalratspräsidentin Moret und Ständeratspräsident Hans Stöckli (SP, Bern) die Behörden von Stadt und Kanton Bern in einem Brief aufgefordert, raschestmöglich gegen die «unrechtmässige Veranstaltung» vorzugehen. Am Montagabend stimmte die Mehrheit des Nationalrats einem Ordnungsantrag von SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi zu, der eine Räumung bis am Dienstagmorgen verlangte. Die von der Verfassung garantierte Versammlungsfreiheit gilt während Sessionen auf dem Bundesplatz nicht. Das Kundgebungsreglement der Stadt Bern verbietet dort Demonstrationen, wenn das Parlament tagt.

Die Klimajugend will keine Ruhe geben

Der Bundesplatz ist geräumt. Die Demonstranten feiern die Aktion als Erfolg - und stehen vor einer brisanten Entscheidung.

In der Nacht fing alles an. Und in der Nacht ging alles wieder zu Ende. Nach langem Zögern griffen die Behörden am Mittwoch in aller Frühe durch und räumten den Bundesplatz. Teilweise trugen Polizisten die Aktivisten weg. Rund hundert von ihnen müssen laut der Berner Kantonspolizei mit Anzeigen rechnen. Etwa, weil sie sich Anweisungen widersetzt haben. Zur grossen Eskalation kam es nicht. Die Polizei habe sich korrekt verhalten, heisst es von Seiten des Klimastreiks; die Polizei schreibt, der Einsatz sei ohne grössere Zwischenfälle verlaufen.

Schon um zehn Uhr morgens stehen dann nur noch vereinzelt Aktivisten vor dem Bundeshaus. Rollen Transparente ein. Bauen Zelte ab. Tragen Abfall zu

einer Mulde. Der Rest hat sich zurückgezogen in eine Kirche im Berner Breitenrain-Quartier.

Ja zum Referendum an der Seite der SVP?

Viel wurde geredet und geschimpft über den besetzten Bundesplatz; er hat die Bundesstadt für zwei Tage in eine aufgewühlte Stimmung versetzt. Doch was bleibt davon? Kim Teuscher, Sprecherin des Klimastreiks, spricht von einem vollen Erfolg. «Die Coronakrise hat die Klimakrise von der Agenda verdrängt. Jetzt steht sie wieder drauf», sagt Teuscher. Die Bewegung sei nun stärker vernetzt als je zuvor. «Wir spüren definitiv Rückenwind», sagt Teuscher. Die Aktivisten planen am Freitag

auf dem Berner Helvetiaplatz eine neue Demonstration, für die sie keine Bewilligung beantragt haben - und wollen auch danach aktiv bleiben.

Fest steht aber auch: Der Klimastreik hat es zwar in die Schlagzeilen geschafft. Doch seine politischen Ziele haben dort kaum Platz gefunden. Es wurde nicht über Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2030 - eine Hauptforderung - gesprochen. Sondern darüber, ob es nun recht oder unrecht ist, den Bundesplatz im Namen des Klimaschutzes zu besetzen.

Noch während auf dem Bundesplatz die Spuren der Besetzung weggeräumt wurden, befasste sich im Bundeshaus der Nationalrat mit dem Stein des Anstosses, dem neuen CO₂-Gesetz.

Dem Klimastreik geht dieses viel zu wenig weit. «Es ist nicht gerecht, hat keine tauglichen Instrumente, und mit ihm nimmt die Schweiz ihre Verantwortung nicht wahr», so Teuscher.

Im Parlament befindet sich das Gesetz trotz der Kritik auf der Zielgeraden: Am Freitag steigt die Schlussabstimmung in den beiden Räten. Danach müssen die Klimaaktivisten eine brisante Frage beantworten: Jene nämlich, ob sie ein Referendum gegen das Gesetz unterstützen. Innerhalb der Bewegung sorgt die Frage seit längerem für hitzige Diskussionen. Soll man sich gegen das Gesetz einsetzen - und damit auf der gleichen Seite wie die SVP landen? Oder soll man darauf verzichten, weil das Gesetz zwar nicht so viel bringt

wie verlangt - aber besser ist als nichts? Diese Position vertreten etwa die Jungen Grünen, die Juso und auch die Grünen - jene Partei, von der sich die Klimaaktivisten besonders im Stich gelassen fühlen. Fraktionschefin Aline Trede verteidigt das CO₂-Gesetz als «Basis, die wir brauchen». Sie appelliert an den Klimastreik, ein Referendum nicht zu unterstützen, «man kann nicht einen Systemwechsel fordern und in diesem Fall zum konservativsten Instrument greifen», so Trede.

Der Klimastreik will sich bis zur Schlussabstimmung bedeckt halten. Gerade in der Westschweiz soll die Referendumslust aber gross sein.

Dominic Wirth

Kultur & Gesellschaft

«Lehrlinge gibt es in der Klimabewegung kaum»

Ziviler Ungehorsam Was hat die Aktion der Schweizer Klimajugend auf dem Bundesplatz gebracht ausser Aufmerksamkeit? Und wer macht da eigentlich mit? Antworten gibt Protestforscher Philip Balsiger.

Philippe Zweifel

Herr Balsiger, Schweizer Klimaaktivisten haben diese Woche Gesetzesverstösse begangen und wurden von Polizisten weggetragen. Eine neue Strategie der Bewegung?

Sie berufen sich damit auf die Tradition des zivilen Ungehorsams. Dabei geht es meist darum, bewusst gegen Gesetze zu verstossen, die als illegitim angesehen werden. Ein berühmtes Beispiel sind die Sit-ins von schwarzen Bürgerrechtlern in den USA in den 60er-Jahren – sie haben sich an Theken in Restaurants gesetzt, in denen Schwarze nicht bedient wurden. Im Fall der Besetzung des Bundesplatzes geht es aber weniger darum, die Illegitimität des Demonstrationsverbots an sich zu thematisieren, als um die Dringlichkeit der Klimaproblematik.

Verliert die Klimabewegung durch diese Radikalisierung ihr Image als vernünftige Gruppierung?

Das ist für Bewegungen immer ein Dilemma – wie weit soll man gehen mit Disruption? Ich würde die Aktion allerdings nicht als Radikalisierung bezeichnen, es handelte sich um eine friedliche, wenn auch nicht autorisierte Besetzung eines Platzes. Es gab meines Wissens weder Ausschreitungen noch irgendwelche Sachbeschädigungen.

Mit welcher politischen Jugendbewegung ist die Klimajugend am ehesten zu vergleichen?

Man sieht viele Parallelen mit den Occupy- und Anti-Austeritäts-Bewegungen, die vor zehn Jahren mobilisierten – weniger in der Schweiz als vielmehr in den USA und in Spanien oder Griechenland. Die geplanten Veranstaltungen, Workshops und so weiter, das Aufnehmen von verschiedenen anderen linken Bewegungsanliegen wie Antirassismus, Feminismus, die Art der Organisation, die horizontalen Entscheidungsprozesse – das sind alles Dinge, die man aus diesen Bewegungen kennt.

Inwiefern ist die Bewegung neuartig?

Sicher anders ist die starke Verankerung in den Schulen, so was



«Akrribisch koordinierte Aktion»: Klimaaktivisten auf dem Bundesplatz in Bern. Foto: Adrian Moser



Philip Balsiger
ist Soziologie-Professor an der Uni Neuenburg. Eines seiner Fachgebiete sind soziale Bewegungen.

gab es zuvor nicht oder jedenfalls sehr lange nicht mehr. In Bezug auf die Umweltbewegung ist es wohl die starke Präsenz auf der Strasse, durch die sich die aktuelle Bewegung unterscheidet. Zuletzt war die Umweltbewegung – mit Ausnahme von Demonstrationen bei den grossen Klimakonferenzen – vor allem von professionellen NGOs dominiert.

Ist sie eine gymnasiale, akademische Bewegung? Oder demonstrieren da auch Lehrlinge mit?

Die Umfragen, die wir bei einigen Demos gemacht haben, zeigen tatsächlich, dass vor allem die akademische Mittelklasse bei der Bewegung mitmacht. Lehrlinge gibt es kaum. Das ist aber nicht sehr überraschend, da dies meist so ist bei sozialen Bewegungen.

Ist dies längerfristig ein Problem?

Es kann bei der Umweltproblematik ein Problem sein, dass das Anliegen oft bei den gebildeten Eliten verbleibt, die dann sehr

klimabewusst leben können dank Gemüseabo, GA, Velo und Carsharing, sozialen Genossenschaftswohnungen und so weiter. Ich finde aber, dass die aktuelle Klimabewegung gerade mit ihren politischen Anliegen weitergeht. Sie versucht, auf die Gewerkschaften zuzugehen. Anknüpfungspunkte gibt es auch mit den Bauern, für die die Klimafrage immer wichtiger wird – und auch die Bauern sind Aktionen des zivilen Ungehorsams nicht abgeneigt! Für jede Bewegung ist es allgemein wichtig, eine breite Koalition zu bilden – ohne aber Kernanliegen zu verwässern. Ob das auch klappen kann, ist eine andere Frage.

Zeichnet sich ab, dass erste Vertreterinnen in die Politik einsteigen?

Kooperationen mit grünen und linken Parteien gibt es schon einige. Ausserdem standen bei den Wahlen Klimaaktivisten auf einigen Listen.

Wie ist die Schweizer Klimabewegung im internationalen Vergleich einzuordnen?

Die Bewegung ist offensichtlich gut aufgestellt. Eine so akribisch koordinierte Aktion wie jene in Bern wäre sonst nicht möglich. Dass die Bewegung in der Schweiz trotz Corona bereits wieder aktiv ist, ist kaum ein Zufall.

Die hiesige Klimabewegung hat keine Galionsfiguren. Wieso?

Es gibt sicher ein paar Figuren in der Bewegung, die intern bekannt, aber öffentlich nicht gut sichtbar sind. Es ist aber gerade ein Ziel dieser Bewegung, sich horizontale Strukturen zu geben und nicht auf offizielle Leader zu setzen.

Was hat die Bewegung – ausser Aufmerksamkeit – bisher erreicht?

Sicher hat sie sehr viele vor allem junge Leute mobilisiert und politisiert, was längerfristig eine grosse Wirkung haben kann. Sie haben wohl auch die Debatte schon weitergebracht. Man spricht heute viel selbstverständlicher über gewisse Themen, die noch vor zwei Jahren als quasi

«Protestdynamiken verlaufen oft in Wellen oder Zyklen, sie dauern meistens mehr als ein paar Jahre.»

weltfremd oder zumindest als sehr idealistisch gegolten hätten. Was als denkbare und sagbare Massnahme gilt, ist heute schon nicht mehr das Gleiche – man denke zum Beispiel an Verbote für Inlandflüge.

Der Klimawandel lässt sich nicht von heute auf morgen stoppen. Wie lange wird es solche Proteste geben?

Protestdynamiken verlaufen oft in Wellen oder Zyklen, sie dauern meistens mehr als ein paar Jahre. Es kann so zu Desillusionierung kommen. Auch weil die Mobilisierten von heute älter werden und sich vielleicht anderen Dingen zuwenden, weil sie weniger Zeit haben. Es ist aber wahrscheinlich, dass sich die Klimadiskussion intensiviert, da die offiziell angestrebten Ziele weiterhin nicht erreicht werden und sich die Umweltkatastrophen, so wie es aussieht, häufen.

CO₂-Gesetz: Die unheilige Allianz ist da

Regionalgruppen des Klimastreiks ergreifen das Referendum. Elf Wirtschaftsverbände, die SVP und wohl der Gewerbeverband tun es auch.

Othmar von Matt

Die Wut der Klimastreikenden ist immens. Das zeigte sich an einer Medienkonferenz von regionalen Vertretern der Bewegung zum CO₂-Gesetz. «Unser Parlament inklusive grüner Welle hat uns verraten», sagte Franziska Meinherz. Sie gehört dem nationalen Klimastreik an und ist auch Mitglied der Waadtländer Regionalgruppe. «Statt uns zuzuhören, hat uns das Parlament vom Bundesplatz entfernt. Wir vertrauen ihm nicht mehr.»

Die Bewegung müsse mehr mobilisieren denn je, sagte Meinherz. Das tut sie mit dem Referendum gegen das CO₂-Gesetz. Nicht der nationale Klimastreik ergreift es. Sondern verschiedene Regionalgruppen: Genf, Waadt, Neuenburg, Wallis, Jura und Berner Jura. Auch die Regionalgruppe Zürich erwägt den Schritt.

Dass sich der nationale Klimastreik zurückhält, hat mit den föderalen Strukturen zu tun. «Es ist uns wichtig, dass wir eine Formulierung haben, in der sich alle finden», sagt Meinherz. Die Sensibilitäten liegen in der Romandie offenbar anders als in der Deutschschweiz. Fast alle Westschweizer Regionalgruppen wollen das Referendum – anders als in der Deutschschweiz. Weitere Organisationen haben bereits zugesagt, die Gruppen zu unterstützen.

Teile des Klimastreiks brechen mit der Politik

An der Medienkonferenz liessen die Vertreter der Regionen Genf, Waadt und Zürich keinen Zweifel offen, dass grosse Teile des Klimastreiks mit der offiziellen Politik brechen. Mit dem Gesetz wolle die Schweiz vermitteln, dass sie eine gute Klimapolitik habe, sagte Meinherz. «Das ist aber nicht wahr. Die Massnahmen sorgen mehr für das Wirtschaftswachstum der Schweiz als für das Klima.»

Es sei Zeit für mutige, systemische und soziale Veränderungen wie kostenlose öffentliche Verkehrsmittel oder ökologische Übergangseinnahmen, sagen die Vertreter der Bewegung. Der



Klimaaktivisten bei ihrer Demo auf dem Bundesplatz.

Bild: Peter Klauzner/Keystone (Bern, 22.09.2020)

Klimastreik wolle eine globale Erneuerung der politischen und wirtschaftlichen Systeme.

Mit dem Referendum aus den Kreisen des Klimastreiks kommt es zu einer unheiligen Allianz mit der SVP und Teilen der Wirtschaft. Diese ergreifen ebenfalls das Referendum, wie Recherchen zeigen. Am Dienstag wird das CO₂-Gesetz im Bundesblatt publiziert – und am Freitag treten diverse Wirtschaftsverbände an die Öffentlichkeit mit ihren Referendumsplänen. Sie haben unter dem Namen *vernuenftig-bleiben.ch* bereits eine eigene Website aufgeschaltet.

Klima und Umwelt seien dann am besten geschützt, wenn jeder eigenverantwortlich handle und die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung praxisnah umgesetzt würden, heisst es dort. «Innovation und wirtschaftliche Dynamik sind zentrale, erfolgversprechende Faktoren im Hinblick auf eine Reduktion der CO₂-Emissionen – nicht staatliche Vorschriften und Steuern.» Ein wirksamer Umwelt- und Naturschutz sei nur in einem marktwirtschaftlichen System möglich. Der Slogan «System change, not climate change» der Klimaaktivisten spreche Bände: «Ihnen

geht es um einen radikalen Systemwechsel. Der Kapitalismus soll abgeschafft werden.»

Der Domainname der Website gehört dem Kommunikationsbüro Rutz und Partner

GmbH von SVP-Nationalrat Gregor Rutz. «Es ist eine ganze Reihe von Wirtschaftsverbänden, die das Referendum ergreifen», sagt Roland Bilanz, Geschäftsführer von Avenergy

«Wir distanzieren uns klar von den Klimaleugnern der SVP und den Nimmersatten von Economiesuisse.»



Franziska Meinherz
Klimaaktivistin
Regionalgruppe Kanton Waadt

Suisse. «Das ist beeindruckend.» Es sind elf Verbände aus den Bereichen Energie, Mobilität, Strasse und Gebäude.

Damit ist auch die SVP an Bord. «Der Parteileitungsaus-

schuss hat beschlossen, dass die SVP das Referendum aktiv unterstützt, sobald Wirtschaftsverbände es ankündigen», sagt SVP-Nationalrat Christian Imark. Mit von der Partie ist aber möglicherweise auch der Gewerbeverband. «Das CO₂-Gesetz ist an der Schweizerischen Gewerbekammer vom 27. Oktober traktandiert», sagt Direktor Hans-Ulrich Bigler. Dort werde die Gewerbekammer beschliessen, ob man das Referendum ergreife oder nicht. Bigler: «Es steht 50:50.»

Der Klimastreik möchte auf keinen Fall in einen Topf mit SVP und Wirtschaft geworfen werden. «Wir distanzieren uns klar von den Klimaleugnern der SVP und den Nimmersatten von Economiesuisse», sagte Meinherz. Ziel sei es, die 50 000 Unterschriften selber zusammenzubringen.

Für den Klimastreik gibt es aber einen Schönheitsfehler: Ergreifen mehrere Gruppierungen das Referendum gegen das CO₂-Gesetz, werden die Unterschriften zusammengezählt.

3700 Basler und Baslerinnen wollen einen emissionsfreien Kanton

Initiative eingereicht Mehr Unterschriften als nötig sind für die Klimagerechtigkeit zusammengekommen. «Basel ist prädestiniert für die Pionierrolle», sagt SP-Grossrätin Sarah Wyss. Doch wie stellt sie sich das vor?

Jan Amsler

Mittwoch, 15 Uhr, Marktplatz: Ein Dutzend Tänzerinnen und Tänzer bewegt sich, begleitet von Trommel und Akkordeon, in übergrossen Schritten nach vorn. Sie drehen sich zur Seite in die Hocke. Wieder aufgerichtet, tänzeln sie in kleinen Schritten zurück.

Diese Showeinlage umrahmt einen sonst eher trockenen Vorgang: Das Komitee der Klimagerechtigkeitsinitiative Basel 2030 reicht seine gesammelten Unterschriften ein. In den vergangenen vier Monaten konnte es 3700 Menschen aus dem Kanton davon überzeugen, für das Anliegen einzustehen. Das ist respektabel, wenn man bedenkt, dass die Corona-Pandemie nicht nur zu Zurückhaltung im zwischenmenschlichen Austausch führte, sondern auch von der Klimathematik ablenkte.

Erstaunlich ist das Sammelergebnis auch, weil die Initiative Radikales fordert. So soll in der Verfassung festgeschrieben werden, dass Parlament und Regierung dafür sorgen, den Treibhausgasausstoss in Basel-Stadt auf netto null zu senken – und das bis 2030. Weiter soll der Kanton nach seinen Möglichkeiten dazu beitragen, dass die globale Erwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt.

Zuschauer weichen zurück

Im zweiten Teil der Aufführung auf dem Marktplatz vernetzen sich die einzelnen Tänzer mit einem Seil. Kinder singen «Lau fed e bitzli, Biireschnitzli», während sich das Netzwerk auf den Weg ins Rathaus macht, wo die Initiative überreicht wird.

Die Botschaft ist klar: Gemeinsam für die Kinder, die Welt von morgen. «Beim Tanz ging es auch darum, Hindernisse zu überwinden, der Realität ins Auge zu blicken und in Aktion zu treten», fasst David Metzger zusammen, der Fragen zur Aktion beantwortet. Ob es so gewollt war, dass das Publikum von den Tänzern mit ihren grossen Schritten auch zurückgedrängt



Am Ende sind alle vernetzt: Ein Tanz umrahmt die Einreichung der Klimagerechtigkeitsinitiative beim Rathaus in Basel-Stadt. Foto: Kostas Maros

wurde? Jedenfalls sind die Zuschauer in den vorderen Reihen gewichen, und manch einer dürfte sich angegriffen gefühlt haben. Das gilt auch für jene, die sich im Moment nicht vorstellen können, wie das Ziel denn erreicht werden soll, ohne dass man die eigenen Bedürfnisse massiv zurückschrauben muss.

Die Initiative selber gibt keine konkreten Massnahmen, sondern nur Leitprinzipien vor. In den Augen von Sarah Wyss, SP-Grossrätin und Mitglied des Initiativkomitees, liegt der Ball jetzt bei der Politik: «Nun sind Parlament und Regierung am Zug für Vorschläge.» Eine erste Reaktion müsse in spätestens sechs Monaten erfolgen. Sollte

«Nun sind Parlament und Regierung am Zug für Vorschläge.»

Sarah Wyss
SP-Grossrätin und Mitglied des Initiativkomitees

ein Gegenvorschlag unterbreitet werden, wolle das Komitee überprüfen, ob sein Ziel damit erreicht werden könne.

Wie man mit der Initiative dann weiter verfahren will, ob sie etwa zur Volksabstimmung gelangt oder zurückgezogen wird, sei bewusst offengelassen, sagt Wyss.

«Müssen in Basel beginnen»

Sie sehe zwar die Problematik, dass die Umsetzung noch unklar ist. Doch als utopisch will sie die Zielsetzung nicht bezeichnen: «Wir müssen dort anfangen, wo wir können, und in Basel beginnen. Wir waren der erste Kanton, der den Klimanotstand ausgerufen hat – Basel ist prädestiniert

für die Pionierrolle.» Ideen lägen vor, nun müsse die Politik «das Bouquet an Vorschlägen» zusammenstellen. Sie selber setzt auf den technologischen Fortschritt und dessen Einfluss etwa auf Mobilität, Energiegewinnung, Recycling und Gebäudebewirtschaftung.

Die andere Möglichkeit, nämlich dass die Politik die Initiative einfach zur Ablehnung empfiehlt und es auf einen Volkentscheid ankommen lässt, scheint für sie keine Option zu sein. Wie es weitergeht, hängt wesentlich von den Mehrheitsverhältnissen in Regierung und Parlament ab – deren Vertreter am 25. Oktober bekanntlich neu gewählt werden.

Video- und Audiobeiträge



Gespräch mit Helena Gärtner und Kasimir Krneta zum Klimastreik

(Telebasel-Talk, 05.02.2019, 9:42 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/b99be88b-ee02-4948-b482-bd9d64dfcb6b/media=dfcdf8e1-b3b3-466e-b14b-f168f4135c48>



«Auf dem Weg zum dritten Klimastreik»

(Telebasel-Report, 27.02.2019, 13:49 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/b99be88b-ee02-4948-b482-bd9d64dfcb6b/media=ac6b85e4-46e6-4b45-bedd-1d54b2ab6b76>



«Klimajugend trägt Secondhand»

(Telebasel-Report, 11.12.2019, 13:07 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/b99be88b-ee02-4948-b482-bd9d64dfcb6b/media=02c2078f-1c76-42ee-9ea6-b208f09220e0>



«Klimademo fordert Politik zum Handeln auf»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 16.02.2020, 4:49 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/b99be88b-ee02-4948-b482-bd9d64dfcb6b/media=5aae8c5b-3c81-4972-8971-f2cb6013340d>



«Die Klimastreiks sind zurück»

(Telebasel-News, 04.09.2020, 2:00 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/b99be88b-ee02-4948-b482-bd9d64dfcb6b/media=fb9723a3-ef3f-4458-8d25-c557a864f19d>



«Klimastreik als Zeichen einer politisierenden Jugend?»

(Radio SRF1, Tagesgespräch, 23.09.2020, 27:09 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/b99be88b-ee02-4948-b482-bd9d64dfcb6b/media=a2bb21cb-b1b1-4406-ac5b-92a1bbd9a724>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2020:
Von der Klimademo zum Klimanotstand

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Oktober 2020
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2020 Leitartikel (S. 2–5): Hanna Girard
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.
www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch